Bericht der Zentrale

an den 2. Parteitag der V.K.P.D.
vom 22. bis 26. August 1921
in Jena

Herausgegeben von der Zentrale der V.K.P.D.

Bericht der Zentrale

an den 2. Parteitag der V. K. P. D. vom 22. bis 26. August 1921 in Jena

Herausgegeben von der
Zentrale der V. K. P. D.

321.743
K136b

Inhaltsverzeichnis.

Bericht der Zentrale.

Seite

Einleitung 5
Organisatorisches 7
Tätigkeitsbericht 9

Berichte der Abteilungen.

Abteilung für das Zeitungswesen 17
Druckabteilung 19
Literaturabteilung 20
Propaganda-Abteilung 22
Frauen-Reichssekretariat 24
Reichsgewerkschaftszentrale 28
Abteilung Land 36
Genossenschaftsabteilung 40
Kommunalpolitische Abteilung 44
Zentral-Archiv 45
Pressebüro 47
Redaktion „Rote Fahne“ 48
Verlag „Rote Fahne“ 52
Bericht der Reichstagsfraktion 53

Bericht des Zentralausschusses. 59

1. Sitzung (27. Januar) 60
2. „ (22. u. 23. Februar) 60
3. „ (17. März) 61
4. „ (7. u. 8. April) 62
5. „ (3. bis 5. Mai) 63
6. „ (2. u. 3. August) 64

Berichte der Bezirke.

Seite

Bezirk 1 (Berlin-Brandenburg) 65
Bezirk 2 (Lausitz) 68
Bezirk 3 (Pommern) 70
Bezirk 4 (Ostpreußen) 73
Bezirk 5 (Danzig) 74
Bezirk 6 (Schlesien) 74
Bezirk 7 (Oberschlesien) 76
Bezirk 8 (Ostsachsen) 78
Bezirk 9 (Erzgebirge-Vogtland) 79
Bezirk 10 (Westsachsen) 81
Bezirk 11 (Halle-Merseburg) 84
Bezirk 12 (Magdeburg-Anhalt) 87
Bezirk 13 (Thüringen) 89
Bezirk 14 (Niedersachsen) 91
Bezirk 15 (Mecklenburg) 93
Bezirk 16 (Wasserkante) 94
Bezirk 17 (Nordwest) 96
Bezirk 18 (Oestliches Westfalen) 97
Bezirk 19/20 (Niederrhein) 98
Bezirk 21 (Mittelrhein) 102
Bezirk 22 (Hessen-Waldeck) 103
Bezirk 23 (Hessen-Frankfurt) 104
Bezirk 24 (Pfalz) 104
Bezirk 25 (Baden) 105
Bezirk 26 (Württemberg) 107
Bezirk 27 (Nordbayern) 110
Bezirk 28 (Südbayern) 111

Bericht der Zentrale.

Einleitung.

Als der linke Flügel der USP. sich im Dezember vergangenen Jahres in Berlin mit der KPD. (Spartakusbund) zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zusammenschloß, wußte jedes Mitglied der neuen Partei, daß seiner wichtige und schwierige Aufgaben warteten. Als Sektion der Kommunistischen Internationale hatte die neue Partei für den Kommunismus unter den deutschen Arbeitern zu werben, und schon auf dem Gründungsparteitage wurde allgemein betont, daß diese Werbetätigkeit sich nicht auf bloße Agitation und Propaganda erstrecken könne. Andererseits war jedem Mitgliede von vornherein klar, daß heute die VKPD. erst einen Teil der gesamten Arbeiterschaft organisatorisch umfaßt, so daß die Voraussetzung für jede Aktion die Gewinnung der Sympathien und der tätigen Anteilnahme breiterer Arbeiterschichten bilden müsse. Diese Einstellung auf die Agitation und auf die Aktion ist eine selbstverständliche Forderung an die Organisation. Ihre praktische Durchführung mußte jedoch bei einer so jungen Partei wie der VKPD. auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen. Es kommt hinzu, daß revolutionäre Situationen an die politischen Parteien und erst recht an eine revolutionäre Partei ohne langjährige Tradition und größere eigene revolutionäre Erfahrungen besonders hohe Anforderungen stellen. Unsere Partei hat versucht, ihren Aufgaben in jeder Beziehung gerecht zu werden. Trotz des begreiflichen Optimismus, der nach dem Gründungsparteitage in unseren Reihen über die Stärke und den Einfluß unserer Partei herrschte, ging unsere Partei zunächst daran, durch gesteigerte Propaganda und Agitation die Organisation zu stärken und den Einfluß auf die übrigen Arbeitermassen zu erweitern und zu vertiefen. Die Partei verkannte nicht ihre Pflicht, selbst aktiv und kämpfend gegen die Feinde des Proletariats aufzutreten. Sie suchte indessen von vornherein die übrigen Organisationen der Arbeiterschaft und die Parteilosen zur Teilnahme an dem Kampfe zu bewegen. Durch den Offenen Brief sollte der Zusammenschluß aller Arbeiter zum Kampfe erfolgen. Diese Taktik des Offenen Briefes hätte dann den erhofften Erfolg gehabt, wenn der Ankündigung des Kampfes nun der Kampf selbst gefolgt wäre, nachdem unerwartet große Arbeitermassen sich zu den Forderungen des Offenen Briefes bekannt hatten. In der Parteipresse wurde im Februar d. J. ganz offen die konsequente Durchführung dieser Taktik gefordert. Die Differenzen über die Spaltung der Sozialistischen Partei Italiens innerhalb der alten Zentrale der VKPD. warfen indessen eine Frage auf, die zwar scheinbar eine außerdeutsche Frage war, in Wirklichkeit aber bestehende Gegensätze innerhalb der deutschen Partei

selbst offenbarte. Nach dem Rücktritt der alten Zentrale ging die durch Ergänzungswahlen teilweise neu zusammengesetzte Zentrale sofort daran, alle Vorbereitungen zur Realisierung der Forderungen des Offenen Briefes durch gesteigerte Propaganda und Agitation, die in die Aktion selbst ausmünden sollten, zu treffen.

Inzwischen hatte die Frage des Ultimatums mit ihren zu erwartenden Wirkungen die Arbeiterschaft außerordentlich erregt. Die zunehmende Sabotage der Produktion durch die Unternehmer und die Versuche auf Lohnabbau stärkten in immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft die Ueberzeugung, daß die Arbeiterschaft selbst entschieden den Kampf gegen das Unternehmertum und gegen die Regierung aufnehmen müsse. Die zunehmende Zuspitzung des oberschlesischen Konfliktes erweckte weiterhin in der Arbeiterschaft die berechtigte Furcht, daß die Arbeiter erneut zu Zwecken der nationalistischen Verhetzung und Bekämpfung mißbraucht werden sollten. Gerade in den fortgeschrittenen Teilen der Arbeiterschaft, die ja in unserer Partei organisiert sind, wuchs deshalb der Wille, womöglich noch dem Schlage der Unternehmer gegen das Proletariat zuvorzukommen. Die Zentrale versuchte, diese revolutionäre Ungeduld organisatorisch auszuwerten, indem sie in der Zentralausschußsitzung vom 17. März die Losung zur Aktivisierung der Gesamtpartei und zur schleunigen Vorbereitung auf kommende Kämpfe ausgab.

Die Konterrevolution empfand die Gefahr, die ihr in der Stimmung der Arbeiterschaft erwuchs. Um jeden Kampf — und sei es nur ein rein wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher — unmöglich zu machen, begann sie mit Hilfe der rechtssozialistischen Regierungsmänner die Arbeiterschaft noch vor dem Versuch eines Kampfes zu knebeln. Hörsing und Severing belegten zunächst das revolutionäre Zentrum Mitteldeutschland mit Sipo. Diese Provokation konnte von der Arbeiterschaft nicht unbeantwortet bleiben. Die mitteldeutschen Arbeiter selbst griffen zum Teil sofort zu den schärfsten Mitteln der Abwehr. Um die kämpfenden Brüder in Mitteldeutschland zu unterstützen, gab die Zentrale der Partei daraufhin die Losung zum Generalstreik in ganz Deutschland aus.

Der schmähliche Verrat der SPD. und USP. erleichterten der Konterrevolution die Niederschlagung der Märzkämpfer. Was Sipo, Reichswehr und Orgesch und die Verhängung des Belagerungszustandes nicht erreichen konnten, das suchte die Regierung durch eine unerhörte Verfolgung der ganzen kommunistischen Bewegung und durch die freche Schandjustiz zu vollenden. Die Schwierigkeiten für die Partei wurden dadurch noch wesentlich vermehrt, daß der bisherige Vorsitzende der Partei, Paul Levi, mit einer kleinen Gruppe von Anhängern vor aller Oeffentlichkeit der Partei in den Rücken fiel. Die gesamte Mitgliedschaft stellte sich dagegen mit ganz verschwindend geringen Ausnahmen hinter die kämpfenden Arbeiter, und trotz mancher Einwendungen im einzelnen hinter die grundsätzlichen und taktischen Maßnahmen der Partei.

Die Gesamtpartei verkannte indessen auch nicht die Fehler, die während der Märzaktion begangen worden sind und suchte sie für die Zukunft abzustellen. In den Beschlüssen des Zentralausschusses trat das klar zutage, und die im Mai angenommenen Thesen für den Dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale sprechen das so deutlich aus, daß diese Thesen kaum in einem Punkte zu den auf dem Weltkongreß beschlossenen Thesen im Widerspruche stehen.

Die zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze, steigende Teuerung, wachsende Arbeitslosigkeit, drohende Steuerlasten ließen in der gesamten Arbeiterschaft die Notwendigkeit einer einheitlichen Kampfesfront immer stärker ins Bewußtsein kommen. Während die SPD. und USP. dieses Bedürfnis nach Einigung auszunutzen suchten, um Ministersessel zu retten und neu zu gewinnen, und die Einigung auf parlamentarischem Boden zu verwirklichen suchten, wies die VKPD. auf die Notwendigkeit der Einigung im Kampfe und zum Kampfe hin. Die Partei nahm sogar davon Abstand, in ihren April- und Maiaufrufen neue Forderungen für den Kampf aufzustellen. Sie erklärte ihre Bereitwilligkeit, sich die Forderungen des ADGB. und der USP. zu eigen zu machen, falls auf dieser Basis die übrigen Arbeiterorganisationen bereit wären, den Kampf zur Verwirklichung dieser Forderungen ernsthaft aufzunehmen.

Die Beschlüsse des Dritten Kongresses über die Taktik der Kommunistischen Internationale waren so durch die Praxis der politischen Tätigkeit der VKPD. bereits aufgenommen. Die Partei hat, verstärkt durch die Autorität der gesamten Internationale, in den letzten Wochen ihre gesamte Tätigkeit auf die Gewinnung der breiten Massen zum Kampfe eingestellt. Auch die Parteikreise, die der Märzaktion mit einer gewissen Skepsis gegenüberstanden, sind dadurch überzeugt worden, daß unsere Partei ihre Pflichten der Werbung für die kommunistischen Ideen nicht vernachlässigt. Die Partei vergißt dabei keineswegs ihre historische Aufgabe als einer aktiven revolutionären Partei, die nicht nur durch das Wort, sondern auch durch die Tat den Massen voranzugehen hat. Getragen von dem Geiste der Offensive wird unsere Partei sich an dem Kampfe gegen alle Nöte des Proletariats beteiligen, diese Kämpfe selbst anregen, leiten und zu steigern versuchen. Bereichert und gestärkt durch die Erfahrungen des letzten Jahres blickt sie hoffnungsvoll der Zukunft entgegen, die sie schon in allernächster Zeit vor neue große, konkrete Aufgaben stellen wird.

* * *

Organisatorisches.

Auf dem Vereinigungsparteitag wurden die Genossen Paul Levi und Ernst Däumig zu Vorsitzenden der Partei, zu Sekretären die Genossin Klara Zetkin und die Genossen Koenen, Brandler, Stoecker, Pieck, Braß, Remmele und zu Beisitzern die Genossen A. Hoffmann, Thalheimer, K. Geyer, Heckert und Gäbel gewählt. Ferner gehörten der Zentrale mit beschließender Stimme an als Vertreter der Jugend-Zentrale der Genosse Heilmann, später Genosse Gyptner, als Vertreterin des Frauen-Reichssekretariats die Genossin Braunthal. In der Februarsitzung des Zentralausschusses traten wegen des Beschlusses zur italienischen Parteispaltung die Genossen Levi, Däumig, Hoffmann, Braß und die Genossin Zetkin aus der Zentrale aus. An ihre Stelle wurden in die Zentrale gewählt als Sekretäre die Genossen Böttcher, Frölich, Meyer und Sievers, als Beisitzer der Genosse Wegmann. Zu Vorsitzenden der Zentrale wurden bestimmt die Genossen Brandler und Stoecker. Genosse Wegmann nahm die Wahl als Beisitzer nicht an, und Genosse Sievers wurde auf Grund seiner Stellungnahme zur Märzaktion in der Aprilsitzung des Zentralausschusses seines Postens in der Zentrale

enthoben. Die Ersatzwahl erfolgte erst in der Sitzung des Zentralausschusses vom 3. bis 5. Mai, nachdem auch noch in dieser Sitzung der Genosse K. Geyer wegen seiner Stellung zur italienischen Frage und zur Märzaktion aus der Zentrale abberufen worden war. Es wurden gewählt als Sekretär der Genosse Eberlein und als Beisitzer die Genossen Walcher und Höllein. Der Genosse Brandler wurde am 18. April unter der Angabe, sich des Hochverrats schuldig gemacht zu haben, verhaftet und am 6. Juni zu fünf Jahren Festung verurteilt.

Die Zentrale nahm zur Erledigung ihrer Aufgaben folgende Arbeitsteilung unter ihren Mitgliedern vor:

Internationale Beziehungen und Berichterstattung: Zetkin, Stoecker, Brandler.
Parlamentarisches: Levi, Koenen, Frölich.
Organisatorisches und Bildungswesen: Pieck, Koenen, Eberlein.
Gewerkschaften, Betriebsräte: Brandler, Walcher, Heckert.
Genossenschaftliches, Landagitation, Kommunales: Remmele, Höllein.
Kasse und Zeitungswesen: Braß, Remmele.
Literarische Arbeiten: Thalheimer, Frölich.
Pressebüro, Pressekontrolle: Meyer, Stoecker.

Im übrigen ist innerhalb der Zentrale ein organisatorisches und ein politisches Büro geschaffen worden. Ferner wurden die 28 Parteibezirke auf die Mitglieder der Zentrale verteilt und diesen die Verpflichtung auferlegt, die engste Verbindung mit den Bezirksleitungen zu unterhalten und diese ständig zu beraten und ihre Tätigkeit zu kontrollieren.

Für die Erledigung der verschiedenen Spezialaufgaben der Partei sind von der Zentrale folgende Abteilungen eingerichtet worden: Propagandaabteilung, Reichs-Frauensekretariat, Reichs-Gewerkschaftszentrale, Abteilung Land, Kommunalpolitische Abteilung, Genossenschaftsabteilung, Zentralarchiv, Pressebüro, Zeitungsabteilung, Druckabteilung und Literaturabteilung. Ferner bestehen zur Agitation unter den in Deutschland lebenden ausländischen Arbeitern eine russische, eine ungarische und eine polnische Sektion.

Da für die Büros der Zentrale und ihrer Abteilungen geeignete Mieträume nicht gefunden wurden, so war die Zentrale gezwungen, ein Grundstück in Berlin, Rosenthaler Straße 38, zu erwerben und das darauf befindliche Hintergebäude für die Büroräume herrichten zu lassen. Die Uebersiedelung in das Bürohaus erfolgte am 24. Februar.

* * *

Der Vereinigungsparteitag beschloß, das gesamte Reichsgebiet in folgende 28 Bezirke einzuteilen: 1. Berlin-Brandenburg; 2. Lausitz; 3. Pommern; 4. Ostpreußen; 5. Danzig; 6. Schlesien; 7. Oberschlesien; 8. Ost-Sachsen; 9. Erzgebirge-Vogtland; 10. West-Sachsen; 11. Halle-Merseburg; 12. Magdeburg-Anhalt; 13. Thüringen; 14. Niedersachsen; 15. Mecklenburg; 16. Wasserkante; 17. Nordwest; 18. östliches Westfalen; 19. westliches Westfalen; 20. Niederrhein; 21. Mittelrhein; 22. Hessen-Waldeck; 23. Hessen-Frankfurt; 24. Pfalz; 25. Baden; 26. Württemberg; 27. Nordbayern; 28. Südbayern. Die Bezirke sind weiterhin gegliedert in Unterbezirke, Ortsgruppen und Zehnergruppen.

In der ersten Zeit entsandte die Zentrale bei besonderen Anlässen politische Kommissare in die einzelnen Bezirke, auf die Dauer hat sich jedoch diese Einrichtung nicht bewährt. Für die Propaganda und den organisatorischen Aufbau der Partei war es notwendig, mehrere Bezirke zu einem Oberbezirk zusammenzufassen und sie unter die Kontrolle und Beratung durch einen Oberbezirkssekretär zu stellen. Dieser hat die Möglichkeit, sich fortgesetzt um die ihm unterstellten Bezirke zu kümmern und auch in engster Verbindung mit der Zentrale zu bleiben. So ist das notwendige Mittelglied zwischen Bezirksleitung und Zentrale geschaffen worden.

Folgende Oberbezirke wurden eingerichtet:

1. Nordost (15. Mecklenburg, 3. Pommern, 5. Danzig, 4. Ostpreußen). 2. Südost (2. Lausitz, 6. Schlesien, 7. Oberschlesien). 3. Mitte (8. Ost-Sachsen, 9. Erzgebirge-Vogtland, 10. West-Sachsen, 11. Halle-Merseburg, 12. Magdeburg-Anhalt, 13. Thüringen). 4. Nordwest (14. Niedersachsen, 16. Wasserkante, 17. Nordwest). 5. Westen (18. östliches Westfalen, 21. Mittelrhein, 19/20. Rheinland-Westfalen). 6. Südwest (22. Hessen-Waldeck, 23. Hessen-Frankfurt, 24. Pfalz, 25. Baden). 7. Süden (26. Württemberg, 27. Nordbayern, 28. Südbayern).

Tätigkeitsbericht.

Die Zentrale hielt an Sitzungen in der Berichtszeit wöchentlich zwei Plenarsitzungen und in der letzten Zeit täglich Sitzungen des politischen und des organisatorischen Büros ab. Die beiden Büros hatten die politischen und organisatorischen Angelegenheiten zu besprechen und entsprechende Vorlagen für die Plenarsitzungen vorzubereiten.

Die mit den Parteibezirken und einzelnen Personen geführte Korrespondenz war sehr umfangreich, an Eingängen sind allein rund 12 000 verzeichnet worden. Die Ausgänge übersteigen die Eingänge um ein beträchtliches Maß.

In 36 organisatorischen Rundschreiben wurden den Bezirksleitungen Anweisungen für den Ausbau der Organisation und für die Agitation gegeben.

Ferner wurden sieben gedruckte politische Rundschreiben an die Bezirksleitungen und Ortsgruppen verschickt, in denen in ausführlicher Weise zu politischen Angelegenheiten Stellung genommen und Anweisungen gegeben wurde, so in

Nr. 1 (26. 2.) zu dem Parteikonflikt anläßlich der italienischen Frage;
Nr. 2 (15. 4.) zu den Märzkämpfen und dem sich daran anknüpfenden Parteikonflikt;
Nr. 3 (10. 5.) zur Wiedergutmachungskrise;
Nr. 4 (10. 5.) zur Reorganisation des Parteiaufbaus;
Nr. 5 (15. 7.) zum Ententeultimatum und seine Steuerfolgen;
Nr. 6 (14. 7.) zu den Einigungsbestrebungen zwischen SPD. und USP.;
Nr. 7 (23. 7.) zu den „Nie wieder Krieg"-Demonstrationen der SPD. und USP.

Die Zentrale hat sich mit folgenden Aufrufen an die Arbeiterschaft und an die Parteigenossen gewandt:

12. 12. 20 „An die Parteigenossen zur Arbeit für die Partei".

1. 1. 21 Aufruf zum Protest gegen den weißen Schrecken in Ungarn.

5. 1. 21 Wahlaufruf zu den Preußischen Landtagswahlen.

7. 1. 21 Offener Brief an den ADGB., Afa, SPD., USPD., KAPD., AAU. und Syndikalisten (Aufforderung zur Einleitung einer Aktion zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, gegen die Konterrevolution, Freilassung aller politischen Gefangenen und sofortige Aufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland).

15. 1. 21 Aufruf: „An das deutsche Proletariat" (Ablehnung des Offenen Briefes durch die Führer, Aufforderung zu gemeinsamen Vorgehens der Arbeiterschaft).

20. 1. 21 Aufruf zur Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften (Ausschluß der Kommunisten aus den Gewerkschaften).

19. 2. 21 Aufruf an die Arbeiterschaft in den Ententestaaten für das Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland, gegen den Ententeimperialismus.

25. 2. 21 Aufruf: „An die Partei (Abschluß der Preußischen Landtagswahlen, Londoner Konferenz, Forderung nach der proletarischen Einheitsfront für das Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland, Parteikonflikt wegen italienischer Frage).

4. 3. 21 „An das deutsche Proletariat" (Londoner Ultimatum, gegen das Doppeljoch fremder und deutscher Ausbeuter, Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland, Aufforderung zur Demonstration am 10. März).

9. 3. 21 Aufruf: „An die Arbeiter, Beamten und Angestellten" (Sanktionen, Bündnis mit Sowjetrußland).

9. 3. 21 Aufruf: „An die Oberschlesier" (Gegen den Plebiszitschwindel)

24. 3. 21 „An das deutsche Proletariat" (Aufruf zum Generalstreik gegen die Hörsingaktion in Mitteldeutschland).

1. 4. 21 Aufruf zum Abbruch des Generalstreiks (Kampf gegen den weißen Schrecken).

6. 4. 21 Aufruf: „Zur Hilfe für die Märzopfer" (Bildung der „Roten Hilfe").

20. 4. 21 Aufruf: „An die Parteigenossen" (Wahrt die Parteidisziplin, Ausschluß Levis, Solidaritätserklärung von acht Genossen).

22. 4. 21 Aufruf zum 1. Mai.

6. 5. 21 Aufruf gegen verschärfte Sanktionen, Kriegsgefahr, oberschlesischer Aufstand.

21. 5. 21 Maiaufruf an die Mitglieder der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien (Zur Einheitsfront gegen Kriegshetze, Arbeitslosenelend, Lohnabbau, Ausnahmegerichte, für Freilassung der politischen Gefangenen, Entwaffnung der Orgesch, Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter).

11. 6. 21 Aufruf zum Protest gegen den Meuchelmord an Gareis (Zum Kampf für proletarischen Selbstschutz und zum Sturz der Kahrregierung in Bayern, Aufruf zur Demonstration).

23. 6. 21 Aufruf: „Zur Hilfsaktion für Sowjetrußland".

Die Zentrale forderte bei den verschiedenen Anlässen die Organisation auf, Kundgebungen zu veranstalten, so gegen die Vollstreckung der Todesurteile an den ungarischen Volkskommissaren (Anfang Januar), zum Gedächtnis an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (15. Januar), gegen den bürgerlichen Reichsgründungsrummel (18. Jan.), gegen die Ententeforderungen (Anfang Februar), zum 50. Jahrestag der Pariser Kommune (18. März), am 1. Mai, gegen die Verurteilung Brandlers und gegen die allgemeine Justizschande (Mitte Juni), zur Eröffnung des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (15. Juni), gegen die Ermordung Gareis und die bayerische Kahrregierung (10. Juni), gegen den imperialistischen Krieg (4. August).

Die preußischen Landtagswahlen am 20. Februar brachten der Partei eine Stimmenzahl von 1 207 695 und 30 Mandate. Ein zahlenmäßiger Vergleich mit früheren Wahlergebnissen ist nicht möglich, weil es die erste Wahl war, an der sich die VKPD. beteiligte. Die Wahlkampagne wurde von uns nach besten Kräften zur Aufrüttelung der breiten Volksmassen benutzt, um sie für den Kommunismus und den revolutionären Kampf zu gewinnen. Zur Unterstützung der Propagandisten wurde ein Wahlhandbuch herausgegeben.

Die Zentrale beschickte fast alle Bezirkskonferenzen, die in der Berichtszeit stattfanden und auf denen die Mitglieder der Zentrale meistens Referate über die politische Lage und die Aufgaben der Partei hielten, wobei sie sich gleichzeitig über den Stand der Organisation und die Stimmung der Mitglieder in den Bezirken unterrichteten.

Für die theoretische und politische Ausbildung der Genossen wurde die wissenschaftliche Zeitschrift „Die Internationale" und als Materialsammlung die „Kommunistische Propaganda" herausgegeben.

An Schriften wurden von der Zentrale herausgegeben:
Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, Band 1 und 2.
Brandler: Rede auf dem Betriebsrätekongreß über die Aufgaben der Betriebsräte.
— Gewerkschaften und Betriebsräte.
— Betriebsräte und politische Arbeiterräte.
Zetkin: Die Frau und die Kommunistische Partei. (Rede auf dem Gründungsparteitag.)
— Die Frau bei der Verteidigung und beim Aufbau Sowjetrußlands. (Rede auf der Frauen-Reichskonferenz.)
Richtlinien für die Kommunistische Frauenbewegung.
Organisationssatzungen.
Gesetze über die Wahl zum preußischen Landtag.
Material zur Landtagswahl in Preußen, Heft 1 und 2.
Die Frauen und die Landtagswahlen.
Was wir den Frauen zu sagen haben.
K. Radek: Die Krise in der Vereinigten Kommunistischen Partei.
W. Schuster: Der Dank des Vaterlandes. (Kriegsopfer.)
Das Leunawerk. (Märzaktion.)
E. Unfried: Die Agrarfrage. (Leitfaden.)
Das Agrarprogramm der VKPD.
Taktik und Organisation der revolutionären Offensive.

Gertrud Meyer: Mutter und Kind in Deutschland und Sowjetrußland.
Hölz' Rede vor dem Ausnahmegericht.
Der Hochverratsprozeß gegen Heinrich Brandler.
Das freie Land. (Bauernkalender.)
Der Jud' ist schuld. (Bauernbroschüre.)
Richtlinien für Gemeindevertreter.

Von der Zentrale werden 3 Kursuslehrer beschäftigt, die in den Bezirken Kurse über den kapitalistischen Zusammenbruch und den kommunistischen Aufbau abgehalten haben. Jeder Kursus besteht aus 8 Vorträgen. Für die Vorbereitung der Kurse wurden gedruckte Richtlinien herausgegeben. Ein zentraler Parteikursus für Funktionäre war mehrfach geplant, seine Abhaltung wurde aber durch die Märzaktion und ihre Folgen vereitelt.

An Flugblättern gab die Zentrale heraus:
Ende Dezember: An die Gewerkschaftsmitglieder (Stuttgarter Forderungen.)
Anfang Januar: Offener Brief.
Mitte Januar: Wahlaufruf zur preußischen Landtagswahl.
Wahlflugblatt für Eisenbahner.
" " Bergarbeiter.
" " Beamte.
" " Frauen.
Am 20. Februar ist Wahltag!
Anfang März: Zu den Betriebsrätewahlen.
Zum internationalen Frauentag.
9. März: Für das Bündnis mit Sowjetrußland!
25. März: Aufruf zum Generalstreik!
An die Eisenbahner!
An den Sipomann!
1. April: Abbruch des Generalstreiks!
Mitte April: An die Arbeiter der USPD. und SPD.!
Landarbeiter, bist Du Kommunist?!
Organisiert den Selbstschutz des Proletariats!
An die Arbeiter und Bauern des oberschlesischen Landes!
An die Soldaten der Reichswehr!
An die Arbeitslosen!
Anfang Mai: Proletarier, wollt Ihr kämpfen oder verenden?!
An die Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern!
21. Mai: An das deutsche Proletariat! (Maiaufruf!)
15. Juni: Wo stehen die Arbeiter der USPD.?
Mehrere Soldatenflugblätter.
Kleinbauer, Häusler, wach auf!
Weckruf an die Landarbeiterfrauen.
Landarbeiterinnen und Landarbeiter!

Die Flugblätter wurden in der Regel in sieben Bezirksdruckereien hergestellt, von denen sie die Bezirksleitungen zu beziehen hatten. Vielfach wurden die Flugblätter den Bezirksleitungen auch im Manuskript übermittelt und ihnen die Herstellung überlassen. Für die allgemeine Verbreitung kam eine Auflage von 2¾ Millionen, für die kleinere Verbreitung 1¼ Millionen in Betracht. Die enorm gesteigerten Herstellungskosten zwangen die Zentrale zur größten Einschränkung in der Herausgabe von Flugblättern, wie auch zur Einschränkung ihrer Auflagen.

Von den russischen Genossen wurden uns ein Teil der von ihnen herausgegebenen Propagandaplakate und photographische Aufnahmen zur Verfügung gestellt. Wir haben das Material für eine Ausstellung hergerichtet, die zum erstenmal in Berlin stattfand.

Die russische Ausstellung, die 49 Plakate und 92 Photographien enthält, ist dann weiter in folgenden Bezirken vorgenommen worden: Leipzig, Erfurt, Baden, Württemberg, Franken, Hannover, Bremen, Köln a. Rhein.

Im Durchschnitt wurde die Ausstellung in den verschiedenen Bezirken von 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht.

* * *

Ueber die Mitgliederzahl in den Bezirken gibt nachfolgende Tabelle Auskunft:

Bezirk:	Mitgliederzahl:
1. Berlin-Brandenburg	25 998
2. Lausitz	2 433
3. Pommern	4 261
4. Ostpreußen	9 000
5. Danzig	4 300
6. Schlesien	6 000
7. Oberschlesien	——
8. Ostsachsen	4 459
9. Erzgebirge-Vogtland	23 798
10. Westsachsen	14 338
11. Halle-Merseburg	66 000
12. Magdeburg-Anhalt	7 207
13. Thüringen	23 000
14. Niedersachsen	1 050
15. Mecklenburg	6 100
16. Wasserkante	40 000
17. Nordwest	7 064
18. Oestl. Westfalen	1 102
19/20. Rheinland-Westfalen	52 874
21. Mittelrhein	12 000
22. Hessen-Waldeck	1 579
23. Hessen-Frankfurt	11 521
24. Pfalz	3 308
25. Baden	7 398
26. Württemberg	15 000
27. Nordbayern	7 829
28. Südbayern	1 994
Zusammen	359 613

Aus dem Bezirk Oberschlesien konnten wir Angaben über den Mitgliederbestand nicht erhalten, weil dort während des Aufstandes eine ordnungsgemäße Führung der Mitgliederlisten nicht möglich war. Wenn wir gleich nach dem Gründungsparteitage auf Grund der schätzungsweisen Angaben der Bezirke über ihren Mitgliederbestand eine Gesamtmitgliederzahl von rund 450 000 feststellen konnten, so waren die Schätzungen der Bezirke sicher reichlich hoch bemessen. Es trifft aber wohl auch zu, daß viele Arbeiter, die sich bei den damaligen Abstimmungen in der USPD. für den Beitritt zur 3. Internationale entschieden hatten, nicht Mitglieder der VKPD.

wurden, sei es, daß sie es aus Nachlässigkeit versäumten oder sich vor der offenen Mitgliedschaft scheuten. Die Mitgliedschaft in der VKPD. bedeutet eben nicht nur Bezahlung von Beiträgen, gelegentlichen Besuch von Versammlungen und das Abonnement der Parteizeitung; die Mitgliedschaft in der VKPD. verlangt den ernsten Willen, für die Ziele des Kommunismus zu kämpfen und Opfer zu bringen. So konnte es nicht ausbleiben, daß viele Mitglieder der Partei untreu wurden, als diese zum erstenmal gezwungen war, den offenen Kampf gegen die Konterrevolution aufzunehmen. Die VKPD. ist nicht hervorgegangen als unmittelbares Ergebnis eines von den Arbeitern geführten Kampfes; sie kam zustande durch Abstimmungen in den Ortsgruppen über die Vereinigung der unabhängigen Arbeiter mit den Kommunisten. Es war die Aufgabe der VKPD., ihre Mitglieder politisch und theoretisch so zu schulen, daß die formale Einigung zu einer wirklich lebendigen Kampfesgemeinschaft wurde. Diese Arbeit, die im besten Gange war, wurde unterbrochen durch die Märzaktion, die von den Mitgliedern der VKPD. verlangte, das Wort zur Tat zu machen und in die vorderste Kampffront einzurücken. Aber der Kampf hat die Mitglieder gestählt und die Organisation, die die VKPD. nach der Märzaktion darstellt, ist ein Bund von Kämpfern, die der Kampf zusammengeschmiedet hat. Es gilt, den Kampfesgeist in der Partei zu stärken, die Mitglieder politisch zu schulen und sie zur größten Opferwilligkeit zu erziehen.

Dazu dient zu einem Teile die kommunistische Presse, die in viel zu geringem Maße von den Arbeitern gelesen wird. Es soll nicht verkannt werden, daß es einem großen Teil der Arbeiter durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sehr schwer gemacht wird, den Abonnementsbetrag für die Zeitung aufzubringen, aber jeder Arbeiter muß bedenken, daß ihm die Verbindung mit der revolutionären Arbeiterbewegung verloren geht, wenn er sich nicht über sie täglich durch die Zeitung unterrichtet.

Die Beitragskassierung ist in vielen Bezirken bisher sehr vernachlässigt worden. Ein Teil Schuld daran trägt allerdings die Zentrale, indem es ihr nicht möglich war, die Bezirke gleich nach der Gründung der Partei mit dem erforderlichen Material (Mitgliedskarten und Beitragsmarken) zu versehen. Die Herstellung der von den Bezirken bestellten 600 000 Mitgliedskarten, 5½ Million Männermarken und 1½ Frauenmarken verzögerte sich bis Mitte Januar, so daß die Bezirke erst gegen Ende Januar in den Besitz des Materials kamen. Als dann die Bezirke dabei waren, die Beiträge zu kassieren, kam die Märzaktion dazwischen, durch die in vielen Bezirken infolge der einsetzenden Verfolgungen der Organisationsapparat empfindlich gestört wurde. Die Zentrale hat nach der Märzaktion in allen Bezirken darauf gedrängt, daß die Beitragskassierung prompt erfolgt und die Bezirksleitungen für eine genaue Abrechnung Sorge tragen. In Zukunft werden gegen die Bezirke, die diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, strenge Maßnahmen getroffen werden.

Den meisten Bezirken mußten von der Zentrale erhebliche Zuschüsse für die Propaganda und die Herausgabe von Zeitungen gegeben werden. Es muß die Aufgabe der Bezirksleitungen sein, die Organisation so zu stärken, daß sie die notwendigen Ausgaben selbst zu decken vermögen.

Der Kassenbericht der Zentrale wird auf dem Parteitag mündlich gegeben werden.

* * *

Die internationalen Verbindungen wurden durch fortlaufenden schriftlichen Verkehr mit den ausländischen Bruderparteien und der Exekutive der KJ. gepflegt. Auch wurden zu den verschiedenen ausländischen Parteitagen Mitglieder der Zentrale entsandt, so zum Schweizer Spaltungsparteitag und zum Parteitag der K. P. Oesterreichs Genosse Stoecker, zum französischen Parteitag nach Tours und zum luxemburgischen Parteitag die Genossin Zetkin, zum italienischen Parteitag die Genossen Levi und Böttcher, zum englischen Parteitag in Leeds wurde die Genossin Zetkin delegiert, erhielt aber nicht die nachgesuchte Einreiseerlaubnis, zum russischen Parteitag der Genosse K. Geyer, zum Schweizer Parteitag wurde der Genosse Böttcher delegiert, erhielt aber ebenfalls nicht die Einreiseerlaubnis. Zum Gründungsparteitag der deutschen Abteilung der KP. in der Tschechoslowakei wurde Genosse Stoecker entsandt. Am Parteitag der tschechischen Linken nahm Genosse Meyer teil, am Parteitag der KP. Luxemburgs Genosse Schumann-Halle. Am 23. März fand in Berlin eine internationale Konferenz der westeuropäischen Kommunistischen Parteien statt, in der über die politische Lage und über die Verhinderung von Waffentransporten gesprochen wurde. Zur Vertretung der VKPD. in der Exekutive der Kommunistischen Internationale wurde sofort nach dem Gründungsparteitag der Genosse K. Geyer delegiert, der dann wegen seiner Stellungnahme in der italienischen Frage abberufen wurde. Zu gleicher Zeit wurde der Genosse Koenen zur Exekutive geschickt, um der Exekutive über den Parteikonflikt anläßlich der italienischen Frage zu berichten. Die aus der Zentrale ausgetretenen 5 Genossen schickten den Genossen Braß zur Berichterstattung zur Exekutive. Alle 3 Genossen kehrten nach der Märzaktion nach Deutschland zurück. Längere Zeit war die VKPD. in der Exekutive nicht vertreten, weil wegen des Parteikonflikts und der zugespitzten politischen Situation alle Mitglieder der Zentrale in Deutschland gebraucht wurden. Anfangs Mai wurde der Genosse Heckert als Vertreter der VKPD. in die Exekutive delegiert.

Auf dem 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale war die VKPD. durch 18 Genossen vertreten, davon als Mitglieder der Zentrale die 5 Genossen Thalheimer, Frölich, Heckert, Koenen und die Genossin Braunthal, und als Vertreter der Bezirke 13 Genossen: Friesland-Berlin, Mayenburg-Rostock, Singermann-Breslau, Gäbel-Dresden, Lieberasch-Leipzig, Koener-Merseburg, Schnetter-Erfurt, Thälmann-Hamburg, Hehnen-Hannover, Mieves-Köln, Stelzer-Mannheim, Hammer-Stuttgart, Grönsfelder-Nürnberg. Außerdem waren zum Internationalen Frauenkongreß die Genossinnen: Hertha Sturm, Bertha Braunthal, Hertha Geffke, Johanne Mildner, Frau Faber-Berlin delegiert. Auf dem gleichzeitig in Rußland tagenden Internationalen Gewerkschaftskongreß waren die deutschen kommunistischen Gewerkschafter durch ungefähr 60 Delegierte vertreten. Zum Internationalen Jugendkongreß war der Genosse Hörnle delegiert.

Die Zentrale hat wiederholt die Bezirkssekretäre zu besonderen Konferenzen zusammenberufen, um mit ihnen über den Ausbau der Organisation und über Maßnahmen zur Durchführung von Aktionen zu sprechen. Die erste Bezirkskonferenz im unmittelbaren Anschluß an den Gründungsparteitag beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Aufbau der Organisation. Die zweite Konferenz fand am 7. Januar statt, in der die Zentrale ihren Plan auf Herausgabe des Offenen Briefes den Sekretären unterbreitete.

Diese stimmten bis auf einen den Vorschlägen der Zentrale zu. Außerdem wurden Organisationsfragen besprochen. Die 3. Bezirkssekretärkonferenz fand am 2. März statt, die sich erneut mit dem Ausbau der Organisation und einer gesteigerten Propagandatätigkeit befaßte. Außerdem wurden die Sekretäre einigemale zu den Sitzungen des Zentralausschusses hinzugezogen.

Wie die Bezirkssekretäre, so wurden auch die Redakteure zu Konferenzen berufen. Die erste Redakteurkonferenz fand im Anschluß an den Gründungsparteitag am 7. Dezember in Berlin statt, wo in der Hauptsache über die Errichtung des Presse-Büros und über den Ausbau unserer Presse gesprochen wurde. Die Redakteure wurden dann weiter zugezogen zu der Sitzung des Zentralausschusses am 17. März, in der zu der politischen Lage Stellung genommen wurde. Ferner nahmen die Redakteure an der August-Sitzung des Zentralausschusses teil, um sich über den Bericht vom 3. Weltkongreß zu informieren.

Den vom Gründungsparteitag der Zentrale überwiesenen Anträgen ist von der Zentrale Rechnung getragen worden, nur der Antrag Magdeburg, wonach Mitglieder des Zentralausschusses nicht Angestellte der Partei sein dürfen, wurde abgelehnt.

* * *

Berichte der Abteilungen.

Abteilung für das Zeitungswesen.

Am 1. Juli hatte die Partei 33 Zeitungen und zwar: „Die Rote Fahne", Berlin, „Der Stürmer", Stettin, „Rote Fahne der Lausitz", Kottbus, „Die Rote Fahne des Ostens", Königsberg, „Danziger Arbeiterzeitung", Danzig, „Schlesische Arbeiterzeitung", Breslau, „Die oberschlesische Rote Fahne", Gleiwitz, „Volksblatt", Dresden, „Der Kämpfer", Chemnitz, „Vogtländische Arbeiterzeitung", Plauen, „Der Rote Kurier", Leipzig, „Die Tribüne", Halle a. S., „Tribüne", Magdeburg, „Neue Zeitung", Jena, „Gothaer Volksblatt", Gotha, „Volkswille", Suhl, „Niedersächsische Arbeiterzeitung", Braunschweig, „Volkswacht", Rostock, „Hamburger Volkszeitung", Hamburg, „Norddeutsche Arbeiterzeitung", Kiel, „Die Rote Fahne", Bremen, „Ruhr-Echo", Essen, „Bergische Volksstimme", Remscheid, „Bergische Arbeiterstimme", Solingen, „Rote Tribüne", Elberfeld-Hagen, „Freiheit", Düsseldorf, „Sozialistische Republik", Köln, „Arbeiterzeitung für Hessen-Waldeck", Kassel, „Der Kommunist", Frankfurt, „Der Kommunist", Stuttgart, „Rote Fahne", Mannheim, „Volkswille", Augsburg, „Weckruf für Nordbayern".

Davon sind 11 Kopfblätter und zwar die Organe in Kottbus, Stettin, Dresden, Plauen, Magdeburg, Kiel, Bremen, Kassel, Mannheim, Nordbayern, Elberfeld-Hagen.

Eigene Druckereien befinden sich in Gleiwitz, Chemnitz, Leipzig, Jena, Gotha, Suhl, Rostock, Hamburg, Remscheid, Solingen und Stuttgart. Ferner befinden sich in den Orten Halle a. S., Bremen, Essen und Köln eigene Druckereien in der Einrichtung, die in Kürze in Betrieb genommen werden.

Von den aufgeführten Zeitungen sind zur Zeit des Berichtes durch die Organe der Ebertrepublik noch 3 verboten. Es sind dieses die „Rote Fahne des Ostens", Königsberg, „Volkswille", Augsburg und „Weckruf" für Nordbayern". Die „Schlesische Arbeiterzeitung" weigert sich der bisherige Drucker in Breslau weiter herzustellen, weil die Staatsanwaltschaft ihn durch Verfügungen, „er werde für das Erscheinen „aufreizender" Artikel unter Anklage gestellt", einschüchterte. Sie wird nunmehr vorübergehend in Berlin gedruckt.

Die weitere Einrichtung von Kopfblättern sowie mehrere Druckereien ist in verschiedenen Bezirken vorgesehen. Voraussetzung dafür ist freilich, daß in den in Frage kommenden Gebieten die Organisation soweit ausgebaut und gestärkt wird, daß eine gesunde und gesicherte Basis für das Unternehmen vorhanden ist.

Die von der Zentrale eingerichtete Abteilung für das Zeitungswesen

muß streng darauf achten, daß bei Herausgabe eines Kopfblattes mindestens 5000 Bezieher vorhanden sind, sowie in dem vorgesehenen Verlagsort die Parteiorganisation gut ausgebaut und geleitet ist. Wo bisher in einzelnen Fällen auf Drängen der Genossen diese Voraussetzungen aus dem Auge gelassen wurden, haben wir keine guten Erfahrungen gemacht. Das Gleiche gilt für die Errichtung eigener Druckereien, die heute das Zehnfache an Mitteln erfordern als vor dem Kriege. Ohne einen festen Abonnentenstand von 10—12 000, sowie eine gute Einnahme aus Anzeigen kann das Risiko einer eigenen Druckerei nicht übernommen werden. Viel zu wenig stützten sich hierbei die Organisationen bisher auf ihre eigene Kraft, die geschickt mobilisiert viel stärker ist als die Organisationsleitungen allgemein annehmen. Beweise hierfür haben einzelne Bezirke in glänzender Weise erbracht. Die Genossen vergessen zu sehr, daß neben der ideellen die materielle Verknüpfung der Genossen mit ihrem Zeitungsunternehmen erst demselben eine sichere Basis verschafft. Wenn die Gesamtpartei ohne größere Opfer der in Frage kommenden Verbreitungsgebiete die Unternehmungen finanziert, ist das Interesse und das Verantwortungsgefühl der Genossen niemals so groß, als wenn sie selbst durch ihre Beihilfe an dasselbe gebunden sind. Es muß also daran festgehalten werden, daß die Unterstützung der Gesamtpartei nur in den Fällen eintritt, wo die Bezirke zeigen, daß sie auch selbst Opfer für ihre Presse zu bringen imstande sind.

Die bei der Zentrale bestehende Abteilung für das Zeitungswesen hat die Aufgabe, die Organisationen in allen das Zeitungswesen betreffenden Fragen zu beraten und darauf zu achten, daß die für die Gründung von Zeitungen aufgestellten Grundsätze eingehalten werden. Es werden von ihr alle dahingehenden Anträge mit den Bezirken vorbesprochen und auf ihre Notwendigkeit und Durchführbarkeit geprüft. Sie gibt ihren Rat in finanziellen Fragen und prüft die Zweckmäßigkeit von Kauf- oder Mietobjekten. Miet- und Druckverträge müssen der Zeitungsabteilung vor ihrem Abschluß vorgelegt werden, damit überall die notwendigen Sicherungen für die einzelnen Unternehmungen wie der Zentrale aufgenommen sowie auch Ueberforderungen von Privatleuten verhindert werden. Die notwendig gewordenen Neueinrichtungen von Druckereien geschehen auch zentral durch die Abteilung, wofür ein Genosse besonders eingestellt wurde.

Da immer mehr die einzelnen Unternehmungen in das Eigentum der Gesamtpartei übergehen, ist schon bisher eine starke Revisionstätigkeit von der Abteilung für das Zeitungswesen ausgeübt worden, die aber, sollen die Unternehmungen schneller einer Gesundung entgegengeführt werden, in viel größerem Umfange und regelmäßig erfolgen muß. Es zeigte sich in den meisten Fällen, daß die für den Bestand der Zeitung so notwendige enge Verbindung mit der Parteiorganisation fehlte. Man nimmt vielfach an, wenn die Zeitung gegründet ist, die Geschäftsleitung des Verlages alles andere besorgen muß. Es wird dabei vergessen, daß sich der Verbreitung der kommunistischen Presse ungeheure Schwierigkeiten entgegengestellen und daß zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten der gesamte Organisationsapparat aufgeboten werden muß.

Zu den nächsten Aufgaben der Zeitungsabteilung gehört, daß neben der besseren Durchbildung der Geschäftsleitungen auch eine möglichst einheitliche und einfache kaufmännische Verwaltung in den Unternehmungen durchgeführt wird.

* * *

Druckabteilung.

Seit dem Vereinigungs-Parteitag wurden an Drucksachen herausgegeben:

1. Schriften:

Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, Band I und II (5000), Band II (5000).

Rede Brandlers auf dem Betriebsräte-Kongreß (10 000), Richtlinien für Vortragskurse (5000), Die Arbeiterin in Sowjetrußland (11 600), Was wir den Frauen zu sagen haben (zweimal 10 000), Die Aufgaben der Betriebsräte und politischen Arbeiterräte (10 000), Die Krise in der VKPD. (20 000) Wahl-Handbuch für die Preußenwahlen, Teil I und II (je 5000), Zetkins Rede zur Frauenfrage (10 000), Das Leunawerk (10 000), Der Dank des Vaterlandes (20 000), Die Agrarfrage (5000), Agrar-Programm (10 000), Lehren der Märzaktion (6000), Mutter und Kind in Sowjetrußland (10 000), Brandlers Rede vor dem Ausnahmegericht (10 000), Hölz' Rede vor dem Ausnahmegericht (20 000), Ungarische Broschüren Nr. 2, 3, 5, 6, 8 (je 5000), Polnische Broschüre (10 000), Propaganda Nr. 21—26 (je 75000), Beschlüsse des Vereinigungs-Parteitages (40 000), Die Frauen und die Landtagswahlen (10 000), Die Frau im Aufbau Sowjetrußlands (10 000), Das freie Land (Bauernkalender) (50 000), Der Jud ist Schuld (50 000), Landarbeiter, arbeitende Frauen (10 000), Die Masken sind gefallen (ungarisch) (5000), Richlinien für Gemeindevertreter (12 500), Manifest des Gründungsparteitags (in zwei Ausgaben) (100 000).

2. Zeitschriften.

„Die Internationale", „Die Schmiede", „Kommunistische Propaganda", „Der Kommunistische Gewerkschafter", „Rote Gewerkschaftsinternationale", „Der Kommunistische Landarbeiter", „Der freie Landarbeiter", „Der Kommunistische Genossenschafter", „Die Kommune", „Agrarkorrespondenz".

3. Flugblätter.

Polnisches Flugblatt (30 000), Schaffende Arbeiterinnen (1 777 000), Proletarier, wollt ihr kämpfen oder langsam verelenden (1 777 000), Zehn Fragen an die deutschen Kleinbauern (150 000), Offener Brief (3 070 000), Am 20. Februar ist Wahltag (250 000), Männer und Frauen (1 777 000), Flugblatt zum Internationalen Frauentag (1 777 000), Arbeiter, Angestellte, Beamte (1 777 000), Arbeiter, Genossen (3 040 000), Frauen der Arbeiterklasse (1 777 000), Organisiert den Selbstschutz (1 777 000), Arbeiter der USP. und SPD. (3 930 000), An das deutsche Proletariat (Maiaufruf) (3 930 000), Landarbeiter, Kleinpächter (100 000), Landarbeiter, bist du Kommunist (100 000), Kleinbauern, Häusler wacht auf (150 000), Wo stehen die Arbeiter der USP. (1 777 000), Landarbeiter und Landarbeiterinnen (100 000), Weckruf an die Landarbeiter-Frauen (30 000), An die Arbeiter und Bauern Oberschlesiens (30 000), Arbeitslosenflugblatt (50 000), Zur März-Aktion (Flugblätter und Handzettel in fünf Sorten) (170 000), Aktion der „Freiheit" (10 000), Eisenbahner-Flugblatt (20 000), sieben Soldatenflugblätter (260 000).

4. Plakate und Sonstiges.

Plakat: Zehn Fragen an die Landarbeiter (10 000), Plakat: Zehn Fragen an die Kleinbauern (10 000), Mai-Zeitung 1921 (175 000), Frauenzeitung zum Internationalen Frauentag (65 000), Organisations-Statuten (200 000), Politische Rundschreiben Nr. 1—7 (je 15 000).

Literaturabteilung.

Die Literaturabteilung der VKPD. wurde gegründet aus dem bereits im alten Spartakusbund vorhandenen Verlagsgeschäft und der Reichsexpedition der VKPD. Sie besteht aus zwei Abteilungen in Leipzig und Berlin und hat zur Aufgabe die Herausgabe und den Vertrieb von Parteiliteratur und Propagandamaterial. Die Abteilung in Leipzig hat die Aufgabe, das Auslandsgeschäft zu erledigen und gleichzeitig in Deutschland den Literaturbedarf aus anderen Verlagsanstalten zu besorgen. Die Berliner Abteilung hat vor allen Dingen die Parteiorganisation möglichst schnell und gleichzeitig mit allen Neuerscheinungen zu versehen und das Propagandamaterial in die Massen zu bringen.

In einzelnen Bezirken stellte sich in der Praxis heraus, daß die Organisation für die Weiterleitung an die Unterbezirke und Ortsgruppen sehr mangelhaft war, und daher ein großer Teil der Broschüren und des Propagandamaterials in den Bezirksvorort liegen blieb und somit die notwendige schnelle politische Einwirkung nicht auslösen konnte. Eine weitere Schwierigkeit für einen geregelten Vertrieb bildete einmal die Verhängung des Belagerungszustandes über große Teile des Reiches und auch der außergewöhnlich starke Funktionärwechsel innerhalb der Organisationen. Hinzu traten noch mehr oder weniger große Mißhelligkeiten bei der Anlieferung der Manuskripte, bei der Herstellung des Druckes und vor allem bei der Auslieferung. Um die Mängel des Literaturvertriebes auszumerzen, wurde in letzter Zeit von der Literaturabteilung dazu übergegangen, die Literaturvertriebsstellen von den Organisationen loszulösen und als selbständige Filialen der Literaturabteilung anzugliedern. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen waren bisher gute zu nennen und soll diese Form des Vertriebes auch noch in einer ganzen Reihe anderer Bezirke durchgeführt werden.

Mangelhaft war vor allen Dingen die Abrechnung über die gelieferte Literatur und insbesondere mangelhaft bei den periodisch erscheinenden Zeitschriften. Eine Umstellung im Verrechnungsmodus soll auch hier Wandel schaffen.

Zum Vertrieb gebracht wurden von der Berliner Abteilung seit der Gründung der Partei:

1. Broschüren

a) aus eigenem Verlag:

Beschlüsse des 5. Parteitags der KPD. (2500), Beschluß des Gründungsparteitags der VKPD. (60 000), Manifest des Vereinigungsparteitags (127 000), Organisationssatzungen (340 000), Richtlinien für die Frauenagitation (28 000), Richtlinien für die Kommunistische Frauenbewegung (18 000), Brandler: Betriebsräte und politische Arbeiterräte (9000), Brandler: Gewerkschaften (20 000), Losowski: Moskau oder Amsterdam (3300),

Landtagswahlgesetz (5000), Landtagswahlhandbuch (9800), Die Frauen und die Landtagswahlen (10 000), Was wir den Frauen zu sagen haben (30 000), Die Frauen und die KPD. (9800), Zetkin: Die Frau bei der Verteidigung Sowjetrußlands (10 000), Die Arbeiterin in Sowjetrußland (11 000), Mutter und Kind in Deutschland und Sowjetrußland (4700), Weckruf an die Landarbeiterfrauen (29 000), Ein Wort an die Landarbeiterinnen (50 000), Festzeitschrift zum Internationalen Frauentag (70 000), Bauernkalender 1921 (20 000), Der Jud ist schuld (50 000), Radek: Die Krise in der VKPD. (20 000), Die Lehren der Märzaktion (6000), Düwell: Der Kapp-Putsch in Rheinland-Westfalen (2000), Offener Brief an die Arbeiter Englands (10 000), Sinowjew-Losowski: Wer beleidigt das deutsche Proletariat? (10 000), Das Problem der Kriegsopfer (8500), Der Dank des Vaterlandes (20 000), Hölz' Anklagerede (3000), Brandlerprozeß (5000), Die Erteilung von Konzessionen in Sowjetrußland (2200), Maizeitung (170 000), Maikarten (131 000).

b) aus dem Verlag der Kommunistischen Internationale.

Bibliothek der Kommunistischen Internationale Nr. 1 (3500), Nr. 2 (42000), Nr. 3 (4000), Nr. 4 (800), Nr. 5 (5000), Nr. 6 (2900), Nr. 7 (2900), Nr. 8 (3000), Nr. 9 (4200), Nr. 10 (24 000), Nr. 11 (12 300), Nr. 12 (20 000), Nr. 13 (5600), Nr. 14 (10 0000), Nr. 16 (3500).

Kommunistische Internationale Nr. 9—15 (22 867).

Kleine Russische Bibliothek Nr. 19—48 (178 300).

Russische Korrespondenz Nr. 19/20, Jahrgang 1920, Nr. 1—6, Jahrgang 1921 (26 400).

Sinowjews Rede in Halle (21 000), Radek: Die Masken sind gefallen (8000), Miljukow: 2 Jahre wirtschaftliche Diktatur (8000), Marchlewski: Polen und die Weltrevolution (8000), Lenin: Weltlage (4500), Radek: Luxemburg, Liebknecht und Jogisches zum Gedächtnis (25 200), Der weiße Schrecken in Polen (26 000), Miljutin: Organisation der Weltwirtschaft in Sowjetrußland (2000), Sinowjew: Zum Werdegang unserer Partei (7500), Der II. Kongreß der Komm. Internationale (7800), Sinowjew: Zwölf Tage in Deutschland (6800), Losowski: Amsterdam, London, Moskau (5600), Kodex der Arbeit (4500), Die Gründung der Kommunistischen Partei Italiens (8000), Das Gesicht der herrschenden Klasse (5300), Radek: Soll die VKPD. eine Massenpartei sein usw. (23 000), Leipziger Kongreß der USPD. (51 000), Miljutin: Sozialismus und Landwirtschaft (2000), Varga, Die Krisen der kapitalistischen Weltwirtschaft (7500).

c) aus anderen Verlagen:

Franz Rakos: Revolutionäre Gerichtsbarkeit (5000), Lenin: Agrarfrage in Rußland (2000), A. Kolontai: Die neue Moral und die Arbeiterklasse (1000), ABC des Kommunismus I. Band (5000), ABC des Kommunismus II. Band (4000), Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale (Billige Ausgabe) (60000), Varga: Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur (500), Larin-Kritzmann: Wirtschaftsleben (1900), Räte-Lehrbücher Nr. 1, 2, 3 (150), Nr. 4 (400), Nr. 5 (100), Protokoll des Parteitages der USPD. in Halle (2000).

2. Periodisch erscheinende Zeitschriften.

„Die Internationale". Wissenschaftliches Organ Nr. 1—10 (insgesamt 82 400), „Die Schmiede", Bildungsorgan für Funktionäre Nr. 1 (3000)

„Komm. Propaganda", Materialsammlung, Nr. 18—26 (57 900), „Die Kommunistin", Frauenzeitung Nr. 3—14 (453 900), „Der Kommunistische Gewerkschafter", Nr. 1—28 (1 266 000), „Rote Gewerkschaftsinternationale", Nr. 1—26 (1 453 000), „Der Kommunistische Landarbeiter", Nr. 1—14 (250 000), „Der Freie Landarbeiter", Nr. 1 (27 000), „Die Agrarkorrespondenz", Nr. 15—27 (23 400), „Der Kommunistische Genossenschafter", Nr. 1—3 (21 500), „Die Kommune" (Kommunalpolitik), Nr. 1 (4500).

3. Flugblätter:

Beamtenflugblatt (125 000), Gewerkschaftsflugblatt (100 000), Offener Brief (500 000), Bündnis mit Sowjetrußland (295 000), 3 Wahlflugblätter (558 000), Frauenflugblatt (100 000), Organisiert den Selbstschutz (185 000), USPD. und SPD. (182 000), An die Arbeiterinnen (111 000), Landarbeiter, bist du Kommunist? (15 000), Arbeiter, wollt ihr kämpfen oder langsam verenden (85 000), Wollt ihr den Krieg? (185 000), An das Proletariat (Maiaufruf) (487 000), Oberschlesien (30 000).

4. Plakate:

2 Wahlplakate (60 000), 10 Fragen an Kleinbauern (20 000), 10 Fragen an Landarbeiter (20 000), Arbeiter, vereinigt euch (25 000), Moskau-Berlin (50 000), Kommunistische Gewerkschaftler (6500), Die Steuerwirkung (32 000), Rote Fahne Oberschlesien (6000).

5. Propaganda- und Sammelmarken:

Landarbeiter und Kleinbauern (100 000), Moskau-Berlin (366 000), Maimarken (746 000).

6. Sonstiges Material.

Richtlinien für Gemeindevertreter (9500), Richtlinien für Vortragskurse (5000), 6 politische Rundschreiben (90 000).

7. Umsatz.

Insgesamt wurden seit dem Vereinigungsparteitag bis zum 1. Juni nach Abzug der retournierten Schriften an die Bezirksleitungen für 965 159,29 Mark und an die Parteibuchhandlungen für 263 859,36 Mark Schriften geliefert.

Propaganda-Abteilung.

Die Abteilung wurde Anfang März geschaffen. Sie trägt ihren Namen eigentlich zu unrecht, denn ihre Hauptaufgabe ist nicht die allgemeine Propaganda, sondern die Organisation so aufzubauen und den Parteiapparat so zu schulen, daß beide jederzeit auf die illegale Tätigkeit eingestellt werden können.

Die etwas unklare Formulierung in den vom Zweiten Weltkongreß beschlossenen Thesen hat bei vielen Genossen den Gedanken aufkommen lassen, als wäre es Pflicht der Partei, *neben* der legalen Organisation eine illegale zu schaffen. Diese Auffassung ist falsch, und es war zuerst notwendig, den Genossen begreiflich zu machen, daß unter der illegalen

Organisation nicht die Schaffung einer illegalen Sonderorganisation zu verstehen ist.

Wenige Tage nach der Gründung der Abteilung begann die Märzaktion. Dadurch wurde der Tätigkeitsbeginn der Abteilung um einige Wochen verzögert. Es zeigte sich die Notwendigkeit, die Parteiorganisation überhaupt erst einmal unseren Aufgaben entsprechend aufzubauen. Fast überall waren die Mitglieder nur zu losen Vereinen zusammengeschlossen, die Organisation trug noch den Charakter der alten sozialistischen Wahlvereine, in denen nur eine ganz lose Verbindung der Mitglieder bestand. Diese Organisationsform zeigte gerade in der Märzaktion die große Gefahr der nur allzu leichten Zerstörung der Organisation, sobald diese in Kämpfe verwickelt wurde.

Nach langen Beratungen wurde das politische Rundschreiben Nr. 4 beschlossen, in welchem der Aufbau der Organisation nach dem Zehnersystem eingehend dargelegt ist. Die Propaganda-Abteilung machte zuerst zu ihrer Aufgabe, die Anweisungen dieses Rundschreibens in die Tat umzusetzen, denn die Umstellung der gesamten Partei zur illegalen Arbeit ist erst möglich, wenn die legale Organisation aufgebaut ist. Zur Arbeit der Propaganda-Abteilung wurde in allen Bezirken ein zweiter Bezirkssekretär angestellt. Da die Arbeit der zweiten Bezirkssekretäre erst seit wenigen Wochen geleistet wird, ist eine Gesamtübersicht über deren Leistungen noch nicht möglich, doch zeigt sich der Erfolg bereits in den meisten Bezirken. Wir führen als Beispiel nur die Berliner Organisation an, die im Monat Februar in ganz Berlin nur 10 000 Mitglieder organisatorisch erfassen konnte, während durch die organisatorischen Aufbauarbeiten es im April möglich war, 26 000 Mitglieder zu erfassen.

Die Abteilung hat weiter die Organisierung des Verbindungsdienstes begonnen, der darin besteht, daß nicht nur die Mitgliedschaft eines Bezirks in jeder politischen Situation mit der Bezirksleitung in enger Verbindung stehen, sondern daß auch die Bezirksleitungen untereinander und diese wieder mit der Zentrale auch dann auf das engste verbunden werden, wenn alle legalen Verkehrsmittel versagen. Desgleichen ist der Verbindungsdienst mit den ausländischen Organisationen hergestellt, so daß heute mit allen Bruderparteien der illegale Verbindungsdienst besteht. Dieser Verbindungsdienst wird weiter ausgebildet, so daß in Zukunft nicht nur von Partei zu Partei Verbindungen bestehen, sondern daß an der gesamten deutschen Grenze mit allen kommunistischen Ortsgruppen jenseits der Grenze die Verbindungen hergestellt werden und somit ein enger Kontakt mit den Kommunisten jenseits der Grenze vorhanden ist.

Eine Spezialaufgabe der P.-A. ist die Militärpropaganda. Es wurden eine Anzahl Flugblätter für die Reichswehr, die Sipo herausgegeben, desgleichen Flugblätter für die englischen, französischen und italienischen Besatzungstruppen. Auch diese Arbeit steckt erst in den Anfängen. Umfangreiche Vorbereitungen zur planmäßigen Agitation unter den militärischen Formationen sind in die Wege geleitet.

Eine weitere Aufgabe der P. A. ist die Beobachtung des Apparats der Konterrevolution. Ueber die Erfolge dieser Tätigkeit sind die Genossen durch zahlreiche Veröffentlichungen in unserer Presse über den Stand der Orgesch, der illegalen Selbstschutzorganisation usw. informiert.

Frauen -Reichssekretariat.

Im Anschluß an den Vereinigungsparteitag fand die erste kommunistische Frauen-Reichskonferenz am 8. Dezember 1921 statt, die durch die Annahme der Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung die Grundlage für die Erfüllung der besonderen Aufgaben der Frauenpropaganda legte. Auf Grund dieser Richtlinien, die sich eng an die von der ersten internationalen Frauenkonferenz in Moskau beschlossenen Richtlinien für die internationale kommunistische Frauenbewegung anlehnte, wurde ein Frauen-Reichssekretariat eingerichtet, dessen verantwortliche Leiterin, Genossin Berta Braunthal vom Vereinigungsparteitag gewählt wurde. Die Redaktion der bisher von Genossin Klara Zetkin redigierten „Kommunistin" (14tägig) wurde gleichfalls dem Frauen-Reichssekretariat übertragen. Im Einverständnis mit der Zentrale der Partei wurde die Genossin Herta Sturm mit der Schriftleitung beauftragt. Zu ihrer Unterstützung und zur Bewältigung der großen organisatorischen Aufgaben des Frauen-Reichssekretariats wurden noch die Genossin Edda Tennenbaum und Ketty Guttmann als Sekretärinnen angestellt.

Es wurde nunmehr die Einrichtung der Frauenagitationskommissionen in den Bezirken und Ortsgruppen durch Rundschreiben angeregt, in vielen Bezirksfrauenkonferenzen zu dieser Frage Stellung genommen. Aber immer mehr stellte es sich heraus, daß die Genossen in den Betrieben, teils aus Ueberarbeit, teils aus Interesselosigkeit, die vom Frauen-Reichssekretariat versandten Rundschreiben, Propagandamaterial, Flugblätter, in den seltensten Fällen an die einzelnen Ortsgruppen weitergegeben haben, so daß sich die Notwendigkeit ergab, in den wichtigsten Industriezentren geschulte Genossinnen als Bezirkssekretärinnen anzustellen, die die Propaganda unter den Frauen als ihr ausschließliches Gebiet zu bearbeiten haben. Es wurden nacheinander 5 solcher Bezirksfrauensekretariate eingerichtet und zwar in Berlin-Brandenburg (Rosi Wolfstein), Rheinland-Westfalen (Herta Geffke), Halle-Merseburg (Minna Reichert), Sachsen (Marta Schlag), Wasserkante-Nordwest (Erna Halbe). Jedes Frauensekretariat bildet das Zentrum für mehrere Parteibezirke. Von diesen Zentren wird die Erfassung und Schulung der Frauen, die Einberufung von Funktionärinnenkonferenzen, Frauenversammlungen, Kursen, die Verbreitung von Literatur planmäßig betrieben. Erst jetzt besteht auch die Gewähr, daß die vom Frauen-Reichssekretariat herausgegebenen Anweisungen und Anregungen befolgt, das Propagandamaterial auch wirklich verarbeitet und verbreitet wird.

Das Frauen-Reichssekretariat hat sofort nach dem Vereinigungsparteitag die Herausgabe der Richtlinien für die deutsche kommunistische Frauenbewegung, ferner der beiden Reden der Genossin Klara Zetkin auf dem Vereinigungsparteitag (Die Frauen und die kommunistische Partei.) und auf der Frauen-Reichskonferenz (Die Arbeiterin bei der Verteidigung und beim Aufbau Sowjet-Rußlands) veranlaßt. Anläßlich des bürgerlichen Kinderhilfsrummels, der angeblich zur Linderung des entsetzlichen Kinderelendes in Deutschland veranstaltet wurde, ist die Einberufung von öffentlichen Versammlungen gegen diesen Schwindel, ferner zur Aufrüttelung

der Frauen, die Abhaltung von Protestversammlungen gegen das Ueberhandnehmen des Wohnungselendes angeregt worden. Zu diesem Zweck wurde den Bezirken und den Funktionärinnen das notwendige Material in Form von Vortragsdispositionen zur Verfügung gestellt, damit auch weniger geschulte Genossinnen das Referat übernehmen konnten. Infolge organisatorischer Schwäche der kommunistischen Frauenbewegung wurde diese Anregung, die bereits in den ersten Wochen nach dem Verschmelzungsparteitag erfolgte, nicht genügend beachtet.

Die preußischen Landtagswahlen, die im Februar 1921 stattfanden, gaben uns Gelegenheit, die Wahlkampagne gleichzeitig für die Frauenpropaganda auszunützen. Das Frauen-Reichssekretariat gab zu diesem Zweck ein Flugblatt an die Frauen, ferner eine Broschüre: „Die Frauen und die Landtagswahlen" und im Wahlhandbuch auch das besondere Frauenmaterial heraus, das in der Preußischen Landesversammlung behandelt worden war.

Wir beriefen in allen Bezirken Wählerinnenversammlungen und schickten alle unsere Referentinnen in die wichtigsten Orte Deutschlands. Doch auch hier hatte es unsere junge Organisation noch nicht verstanden, diese Versammlungen wirklich zur Aufrüttelung der Frauen auszunützen, die Wahlkampagne planmäßig und fruchtbar durchzuführen. Unsere Referentinnen fanden oft nicht die nötigen Vorbereitungen, die nötige Propaganda unter den Frauen für diese Versammlungen geleistet.

Der Beschluß der Exekutive, den internationalen Frauentag am 8. März abzuhalten, erreichte uns viel zu spät, um wirklich gut durchgeführt zu werden. Im Einvernehmen mit der Internationalen Sekretärin, Genossin Klara Zetkin, haben wir alle Vorbereitungen getroffen, um die erste Woche des Aprils, vom 3. bis 10., in allen Bezirken und Orten des Reichs große öffentliche Frauenversammlungen und Demonstrationen, nicht nur zur Bekundung unserer internationalen Solidarität, sondern auch zur Aufstellung einschneidender Forderungen im Interesse des weiblichen Proletariats zu veranstalten. Die Zentrale der Partei hatte die Bezirksorganisationen aufgefordert, den gesamten Parteiapparat für diese Frauenwoche zur Verfügung zu stellen. In Berlin, wo die Veranstaltung am besten vorbereitet war, planten die Genossinnen nicht nur Haus- und Betriebsagitation, sondern auch eine Frauenkundgebung unter freiem Himmel mit verschiedenen Rednertribünen. Reichhaltiges Referentenmaterial in Form einer Vortragsdisposition wurde den Rednern vom Frauen-Reichssekretariat zur Verfügung gestellt. Ein Flugblatt, das in Massen verbreitet wurde, wies auf die Bedeutung des internationalen Frauentages hin, eine illustrierte Festschrift behandelte eingehend jede einzelnen der aufgestellten Losungen über Mutterschutz, rechtliche Gleichstellung, Recht auf Arbeit usw. Die Festschrift wurde in 71 000 Exemplaren abgesetzt, viele noch nachträglich eingegangene Bestellungen konnten nicht mehr ausgeführt werden. Unsere Losungen zum Frauentag lauteten:

1. Volle Rechtsgleichheit beider Geschlechter vor dem Gesetz und in der Praxis.
2. Für das Recht der Frau auf Arbeit. — Gleiche Entlohnung bei gleichen Leistungen für Mann und Frau.
3. Für den durchgreifenden gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen und berufstätigen Frauen gegen die kapitalistische Ausbeutung.
4. Für Einrichtungen und Maßnahmen zur Entlastung der Frauen als Hausfrau und Mutter.
5. Für umfassenden Mutter- und Kinderschutz.

6. Für die Kontrolle der Produktion und Verteilung der Produkte zur Sicherung des Lebensbedarfs des Proletariats und durch das Proletariat.
7. Sturz der kapitalistischen Regierung, Errichtung der Räteherrschaft, Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjet-Rußland.

Ende März setzte dann die Hörsing-Aktion gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft ein, die Parteizentrale forderte zur Abwehr des Angriffs zum Generalstreik in ganz Deutschland auf. In diesem schweren Kampfe gegen die Reaktion haben sich auch unsere Genossinnen gut bewährt. In Mitteldeutschland, im Ruhrrevier, in Hamburg und in Berlin, überall beteiligten sich Frauen und Arbeiterinnen an den Demonstrationen, am Generalstreik als Kuriere, als Samariterinnen.

Bei der jetzt noch in vielen Parteikreisen herrschenden Auffassung über das Nebeneinanderhergehen der Propaganda unter den Frauen, wurden die Vorbereitungen für den internationalen Frauentag als der Aktion gegen Hörsing hinderlich betrachtet, in vielen Bezirken jede Versammlungstätigkeit eingestellt. Auch in solchen Bezirken, die gar nicht in die Aktion eingetreten waren, wie in Hannover, waren keine Frauentagsversammlungen zustande gekommen. Teilweise scheiterte auch die Einberufung der Frauentagsversammlungen an Presse- und Versammlungsverboten, wie in Orgeschbayern, in der Provinz Sachsen, in Halle-Merseburg, in Ostpreußen und im Rheinland.

In vielen Bezirken fanden die Frauentagsversammlungen doch noch nachträglich statt. Hervorzuheben ist vor allem der Bezirk Berlin-Brandenburg, der gestützt auf einen gut bewährten Funktionärkörper, die Frauentagswoche erfolgreich abschloß, den Absatz der „Kommunistin" von 500 bis 1500, den Broschürenabsatz und die Mitgliederzahl bedeutend erhöhte. Sehr gut verliefen auch die Frauentagsversammlungen in Sachsen (Dresden, Chemnitz, Leipzig, Plauen, Limbach). In Bezirk Danzig, wo allein 20 Frauentagsversammlungen stattfanden, in der Pfalz, Württemberg. Köln, Kassel. Trotz der wahnsinnigen Kommunistenhetze und Verfolgungen unserer Genossen, bewiesen die proletarischen Frauen durch ihren zahlreichen Besuch, durch die leidenschaftlich bewegte Diskussion, durch die revolutionäre Stimmung, daß sie der kommunistischen Partei unerschüttert die Treue bewahren, für die kommunistischen Ziele zu kämpfen gewillt sind.

Zur Heranbildung von Funktionärinnen und Rednerinnen hat das Frauen-Reichssekretariat die Einrichtung von wissenschaftlichen Kursen in einzelnen Bezirken getroffen. In Berlin fanden zwei Kurse statt, einer für die Fortgeschrittenen und einer für die politischen Anfängerinnen, in denen die Probleme der Weltrevolution, die Geschichte der Revolution behandelt wurde. In Leipzig und Gotha je ein Kursus über Sonnabend und Sonntag, in Mannheim im Anschluß an die Bezirksfrauenkonferenz zu Pfingsten dieses Jahres. In der Nummer 12 der „Kommunistin" sind Richtlinien für die Veranstaltung von Kursen veröffentlicht, um auch unsere Frauensekretärinnen im Reich und unsere Bezirksagitationsleiterinnen in Stand zu setzen, selbständig solche Funktionärinnenkurse in allen Bezirken einzurichten. Die Abhaltung von regelmäßig stattfindenden Frauendiskussionsabenden über alle aktuellen Fragen und politischen Probleme, die mit dem Leben der Frau zusammenhängen, ist vom Frauen-Reichssekretariat angeregt worden. Als Grundlage für diese Diskussionen werden immer häufiger prinzipielle Abhandlungen in der „Kommunistin" oder in den Frauenseiten benutzt.

Die Agitation für die „Kommunistin" macht gute Fortschritte und so ist es gelungen, die Auflage von 26 000 Exemplaren im Dezember auf 40 000 im April zu erhöhen. Die größten Bezirke, wie Rheinland, Westfalen, Halle-Merseburg, Wasserkante, haben die „Kommunistin" obligatorisch eingeführt und stellen sie ihren weiblichen Mitgliedern gegen Entrichtung des gleichen Mitgliedsbeitrages umsonst zur Verfügung. In 11 von 30 kommunistischen Tageszeitungen unserer Partei haben wir allwöchentlich eine Frauenseite eingeführt, die mit Unterstützung der Frauensekretärin oder Leiterin der Frauenagitationskommissionen im Bezirk redigiert wird.

Sehr große Aufmerksamkeit legte das Frauen-Reichssekretariat der Gewinnung und Erfassung der Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften bei. Im Berliner Metallarbeiterverband haben wir eine Anzahl tüchtiger Funktionärinnen, sonst überall im Lande zerstreut Funktionäre und Angestellte des Textilarbeiterverbandes, der Handelsangestellten.

Ein besonderes Flugblatt für die Arbeiterinnen, zwei neue Broschüren: „Was wir den Frauen zu sagen haben" und „Die Arbeiterin in Sowjet-Rußland" von Katja Paljanoff, soll unseren Genossinnen die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften erleichtern, den Boden für die Abhaltung von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen mit kommunistischen Referenten vorbereiten. Eine weitere illustrierte Broschüre: „Mutter und Kind im kapitalistischen Deutschland" von Gertrud Meyer, mit einem Anhang: „Die proletarische Mutter und das Kind in Sowjetrußland" bildet eine neue Bereicherung unseres Propagandamaterials.

Zwecks Stellungnahme zu den vom Frauen-Reichssekretariat gemachten Vorschlägen zur internationalen Frauenkonferenz, betreffend Aufstellung von Forderungen über Mutter- ud Säuglingsschutz, Arbeiterinnenschutz, Ausbau des internationalen Frauensekretariats, fanden in den meisten Bezirken Ende April und Anfang Mai Bezirksfrauenkonferenzen statt, auf denen unsere Sekretärinnen und Mitglieder des Frauensekretariats Bericht erstatteten und Referate hielten. Ueberall dienten diese Bezirksfrauenkonferenzen auch gleichzeitig zur Besprechung der organisatorischen Fragen, Einrichtung der Frauenagitationskommissionen, Klarlegung der verschiedenen Funktionen und Aufagaben dieser Propagandaorgane zur Diskussion und Stellung von Verbesserungsanträgen usw. Mit Ausnahme der organisatorisch schwachen Bezirke, wie Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen und Schlesien, haben in allen Bezirken solche Frauenkonferenzen stattgefunden, in vielen Industriebezirken wie Rheinland, Westfalen, Halle-Merseburg, Berlin-Brandenburg, ist die Zusammenfassung der Funktionärinnen auch durch Unterbezirkskonferenzen vorgenommen worden.

Unsere zweite Frauen-Reichskonferenz, die am 7. Mai in Berlin stattfand, gab Gelegenheit, rückschauend das bisher geleistete zu übersehen, die bisherigen Mängel und Unzulänglichkeiten unserer Bewegung festzustellen und Vorschläge für die neue Arbeit und Ausbau unserer Tätigkeit zu machen. Sehr fühlbar machte sich der Mangel einer guten Verbindung mit unseren Genossinnen, die unsere Partei in den Reichs-, Landes- und Stadtparlamenten vertreten. Nach Entgegennahme der Berichte von Genossin Wackwitz (für die Reichstagsfraktion), Marta Arendsee (für die Landtagsfraktion) und Hanna Ludewig (für die Berliner Stadtverordnetenfraktion) wurde einstimmig beschlossen, das Frauen-Reichssekretariat zu beauftragen, einen festeren Kontakt mit den Parlamentsvertreterinnen herzustellen, die sich als Beauftragte der Partei

fühlen, die Wünsche der Genossinnen berücksichtigen sollen. Vor jedem Antrag im Parlament, Frauenfragen betreffend, soll die Ansicht des Frauen-Reichssekretariats eingeholt, die Aktion im Parlament durch außenparlamentarische Propaganda und Versammlungen und in der Presse viel mehr als bisher unterstützt werden. Die Einrichtung von regelmäßigen Zusammenkünften und Konferenzen dieser Parlamentsvertreterinnen mit den Parteikörperschaften sowohl im Zentrum als auch in den Bezirken ist gewünscht und angebahnt worden.

In Anbetracht der durch die Ententeforderungen geschaffenen Lage in Deutschland, die die Nationalisten zu einer neuerlichen Kriegshetze ausnutzen wollten, hielt es das Frauen-Reichssekretariat für notwendig, an die breiten proletarischen Frauenmassen ein Flugblatt gegen einen neuen imperialistischen Krieg, herauszugeben, um sie gegen die reaktionären Pläne der Machthaber zu mobilisieren. Zur Abwehr gegen die unerhörten Steuerpläne der Regierung zur Aufbringung der hohen Reparationskosten aus den Taschen der Arbeiterschaft, wurde ein eingehendes Rundschreiben an die Bezirksleiterinnen und Frauenagitationskommissionen gesandt, in dem unseren Genossinnen in den Gemeinden, in den Gewerkschaften, Genossenschaften und Mieterräten Anweisungen über ihr Vorgehen, Material zur Stellung von Anträgen und zur Aufrüttelung der Frauen gegeben wird.

In den letzten Wochen hat in der Berliner Mitgliedschaft die Frage der Doppelexistenz eine große Rolle gespielt. Die überhandnehmende Arbeitslosigkeit und das zunehmende Elend haben viele Genossen dazu verführt, in der Beseitigung der verheirateten Frauenarbeit einen Ausweg und eine Erleichterung des Arbeitslosenelends zu sehen. Das Frauen-Reichssekretariat ist diesem unkommunistischen Standpunkt mit aller Schärfe und Sachlichkeit in einer Reihe von Artikeln in der Parteipresse, in Versammlungen und Vorträgen entgegengetreten, in dem geltend gemacht wurde, daß wir nicht der bürgerlichen Ideologie verfallen dürfen, die in der Frau nur das Anhängel des Mannes sieht. Es ist eine der traurigsten Erscheinungen unserer Bewegung, daß in bezug auf die Stellung zu den großen Massen des weiblichen Proletariats bei einem Teil unserer Parteigenossen noch sehr kleinbürgerliche Gedankengänge herrschen, die unserer Bewegung nur zum Schaden gereichen.

Reichsgewerkschaftszentrale.

Bereits vor dem Vereinigungsparteitag haben die Genossen des linken Flügels der USP. und des Spartakusbundes miteinander Fühlung genommen und die Einberufung einer Reichskonferenz der in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen vereinbart. Das Stattfinden dieser Reichskonferenz und die im Anschluß daran vom Parteitag vollzogene Einsetzung einer Reichsgewerkschaftszentrale hat unsere Arbeit in den Gewerkschaften auf eine breitere und ersprießlichere Grundlage gestellt.

Zusammensetzung der RGZ.

Die RGZ. wurde vom Parteitag in folgender Zusammensetzung bestätigt: Heinrich Brandler, Richard Müller, Fritz Heckert, Heinrich Malzahn, Jakob Walcher, Fritz Wolff, Paul Ekert.

Die RGZ. wählte Richard Müller zu ihrem Vorsitzenden und Fritz Wolff zu ihrem Sekretär. Die Kassengeschäfte führte Paul Eckert, der zu-

gleich noch mit der Liquidation des Arbeiterrat- und Weckrufverlages beschäftigt war. Die Genossen Heckert und Brandler waren durch ihre Tätigkeit in der Parteizentrale sehr stark in Anspruch genommen, sodaß der innere organisatorische Aufbau der RGZ. im wesentlichen nach den Anregungen und Anordnungen des Vorsitzenden und des Sekretärs erfolgte. Walcher war als Redakteur der „Roten Fahne" nicht einmal in der Lage, regelmäßig an allen Sitzungen teilzunehmen. Als Brandler im Februar Vorsitzender der Partei wurde, schied er aus der RGZ. aus.

Die RGZ. hatte gar bald einen umfangreichen Schriftwechsel und eine Fülle von organisatorischen und propagandistischen Aufgaben zu bewältigen.

Die Märzaktion brachte die Genossen Richard Müller und Fritz Wolff in Konflikt mit der Zentrale, in dessen Verlauf die Genannten ihres Postens enthoben wurden. Heckert war nach der Märzaktion mehr denn je von der Zentrale in Anspruch genommen. Er war sehr häufig auswärts tätig und ging im April zur Vorbereitung des Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale nach Moskau. Dadurch wurde die RGZ. empfindlich geschwächt.

Genosse Walcher mußte unter diesen Umständen aus der Redaktion der „Roten Fahne" ausscheiden, und sich ganz der Tätigkeit in der RGZ. widmen. Ebenso wurde der Genosse Hauth, früher Lokalredakteur der „Roten Fahne" als Sekretär von der RGZ. übernommen. Da der Genosse Paul Eckert längere Zeit krank war, und der Genosse Malzahn später auch zum Kongreß nach Moskau fuhr, lag die Arbeit der RGZ. im wesentlichen auf den Schultern der Genossen Walcher und Hauth.

Industrie-Gruppenbeiräte.

Die RGZ. war sich von vornherein darüber klar, daß sie nur die Zentralstelle für die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten sein kann, daß es daneben aber notwendig war, für die Arbeit in den einzelnen Industriegruppen besondere Genossen heranzuziehen. Für einzelne Industriegruppen wurden besondere Sekretariate geschaffen mit besoldeten Leitern, so für die Bauindustrie der Genosse Bachmann, für die Eisenbahner und den Verkehr der Genosse Geschke, für den Bergbau die Genossen Schönbeck und Wegmann, für die Holzindustrie kam später noch der Genosse Lieske hinzu. Die Genossen der Metallindustrie hatten sich als erste einen Beirat geschaffen. Durch freiwillige Sammlungen und durch Unterstützung von anderer Seite wurde es ihnen ermöglicht, die sehr umfangreichen Arbeiten zu erledigen, ohne daß ihnen die RGZ. eine besondere Kraft zur Verfügung stellte. Die Arbeit in den übrigen Industriegruppen wird ehrenamtlich geleistet. An der Spitze dieser Industriegruppen stehen durchweg Beiräte, deren Mitglieder sich auf die angeschlossenen Berufsorganisationen verteilen.

Folgende Industriegruppen sind der RGZ. untergeordnet:

Verkehr, Bauindustrie, Holzindustrie, Graphische Gewerbe, Lederindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Afa, Bekleidungsindustrie, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Freie Berufe, Metallindustrie, Bergbau, Chemische Industrie. Außerdem ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen der Reichsausschuß der Erwerbslosen und das Sekretariat für die Kriegsbeschädigten, das von der RGZ. in Uebereinstimmung mit der Reichszentrale geschaffen wurde, und dessen Leitung dem Genossen Wiest übertragen wurde.

Propagandamaterial.

Die RGZ. hat durch sehr lebhafte Korrespondenz sowohl mit den Bezirken als mit den einzelnen Vertrauensleuten sowie durch 23 Rundschreiben den Genossen Anregungen und Anweisungen übermittelt. In sehr großer Auflage hat die RGZ. drei allgemein gehaltene Flugblätter zur Verbreitung gebracht, außerdem wurden je nach Bedarf für die einzelnen Industriegruppen besondere Flugblätter in entsprechender Auflage herausgegeben.

Der Ruf nach übersichtlich geordnetem Propagandamaterial ist immer wieder zu uns gedrungen. Wir haben die Berechtigung solcher Wünsche von vornherein anerkannt und auch Erfüllung zugesagt. Aber zwischen Wollen und Vollbringen lagen Hindernisse, die zu überwältigen nicht leicht war. Wir haben ein Handbuch für die kommunistischen Gewerkschafter zusammengestellt. Wir hoffen, daß wir dieses den Parteidelegierten und den Teilnehmern an der Reichsgewerkschaftskonferenz anhändigen können. Von den Reichskonferenzen der Metall- und Holzarbeiter sind Protokolle in Broschürenform herausgegeben worden.

Kommunistischer Gewerkschafter.

Die RGZ. hat sofort nach ihrer Konstituierung beschlossen, ein wöchentlich erscheinendes Organ für die in den Gewerkschaften und Betriebsräten tätigen Genossen herauszugeben. Im Januar erschien die erste Nummer des „Kommunistischen Gewerkschafters" in einer großen Auflage zu Propagandazwecken. Es war ein Fehler, daß der Vertrieb des „KG." durch Vermittlung der Bezirkssekretariate vor sich ging. Die Bezirkssekretariate bestellten wohl zum Teil sehr große Mengen, aber wir mußten uns später überzeugen, daß der Vertrieb nur in seltenen Fällen geregelt war. In mehrere Bezirkssekretariaten häuften sich die Exemplare an und kein Mensch dachte daran, die Zeitungen nun auch auszugeben. Noch schlimmer war es mit der Bezahlung der bestellten Exemplare.

Der personelle Wechsel, der sich nach der Märzaktion in verschiedenen Bezirken notwendig machte, brachte noch weitere Mißstände zutage, und machte eine radikale Aenderung in dem Vertrieb des „KG." erforderlich. Die RGZ. beschloß, die Bezirkssekretariate nicht mehr zu beliefern und den Verlag zu beauftragen, bei einer Abnehmerzahl von mindestens 50 Exemplaren den „KG." direkt an die Orts- und Betriebsvertrauensleute zu senden. Noch ist diese Regelung nicht überall durchgeführt, aber mehr als die Hälfte der gesamten Auflage geht heute schon an direkte Besteller und wir können annehmen, daß jetzt, von Ausnahmen abgesehen, der „KG." auch wirklich in die Hände der Arbeitermassen gelangt.

Von Mitte Juni bis Ende Juli ist es uns gelungen, die Auflageziffer um 12 000 auf 45 000 zu steigern. So erfreulich das ist, müssen wir doch sagen, das genügt noch nicht. Acht Millionen Gewerkschaftsblätter erscheinen allwöchentlich mit ihrem antibolschewistischen Inhalt. Verschiedene Zentralverbände, so der Zentralverband der Angestellten, der Eisenbahnerverband, der Bauarbeiterverband, der Fabrikarbeiterverband geben noch besonderes Referentenmaterial heraus, das fast durchweg in seiner Tendenz gegen die Kommunisten gerichtet ist. Diesem Beeinflussungsapparat haben wir in den Gewerkschaften außer dem „KG." so gut wie nichts entgegenzusetzen. Es muß deshalb jeder Genosse bestrebt sein, dem „KG." die weiteste Verbreitung zu sichern.

Daneben haben wir auch zu klagen über die mangelhafte Mitarbeit der Genossen am „KG.". Die Genossen müssen sich bei der Mitarbeit am

„KG." auch bewußt sein, daß es sich um eine Wochenzeitung handelt, bei der es sich vorläufig noch nicht so sehr um eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung handeln kann, als vielmehr um eine Information der Genossen im ganzen Reiche. Wir müssen es uns vor allem angelegen sein lassen, die Genossen mit Material zu versorgen, das ihnen dazu dienen kann, die Indifferenten aufzurütteln, die Säumigen vorwärtszutreiben und die konterrevolutionäre Bürokratie zu entlarven.

Finanzielle Anforderungen.

Mit dem Wachsen unserer Arbeiten steigerten sich auch die finanziellen Wünsche und Anforderungen unserer Genossen in den einzelnen Bezirken. Die außerordentlich beschränkten Mittel der RGZ. gestatteten aber nur in den seltensten und dringendsten Fällen eine teilweise Erfüllung der gestellten Anträge. Die RGZ. ist ja nur eine Abteilung der Reichszentrale und auch in der Finanzierung völlig von ihr abhängig. Eine Tatsache, die von den Genossen im Reich vielfach übersehen wird.

Kursus.

Ein für April geplanter Kursus für die Gewerkschaftsfunktionäre mußte in letzter Stunde abgesagt werden, da einige als Lehrer vorgesehene Genossen verhaftet wurden. Das Bedürfnis nach einem solchen Kursus besteht natürlich ungeschwächt weiter und wenn irgend angängig, muß nach dem Parteitag der Plan zur Ausführung kommen.

Erwerbslose.

Dem Reichsausschuß der Erwerbslosen hat die RGZ. jede mögliche Unterstützung gewährt. Wir haben Leitsätze für die organisatorischen und agitatorischen Maßnahmen unter den Erwerbslosen herausgegeben.

Gewerkschaftsarchiv.

Dem RGZ. ist ein Gewerkschaftsarchiv angegliedert worden, dessen Besetzung mit einem leitenden Genossen sich verzögerte, weil es schwer war, eine geeignete Kraft zu finden. Nunmehr ist dem Genossen Walter Lohse die Leitung des Archivs übertragen, der gleichzeitig das Pressebüro mit gewerkschaftlichen Nachrichten zu versehen hat.

Reichskonferenzen.

Zur Festigung und zum Ausbau unserer organisatorischen Arbeiten in den einzelnen Industriegruppen fanden im Laufe des Frühjahrs und Sommers Reichskonferenzen statt, die auch zugleich zu dem bevorstehenden Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale Stellung nahmen und je nach der Größe einen bis drei Delegierte wählten. Die RGZ. hat zum Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale Leitsätze und einen Statutenentwurf ausgearbeitet, dessen Grundgedanken, soweit wir bis jetzt übersehen können, von dem Kongreß angenommen sind. Die Konferenzen der einzelnen Industriegruppen haben teilweise allen Anforderungen entsprochen, die man billigerweise stellen konnte. Bei anderen aber zeigte es sich, daß noch sehr viel im Argen liegt, daß der organisatorische Unterbau in den Betrieben, Orten und Bezirken noch mangelhaft ist. Die Genossen reden oft sehr viel von Fraktionsbildungen, so daß die Gewerkschaftsbürokratie Abwehrmaßnahmen ergreift, ehe praktisch unsererseits überhaupt etwas unternommen ist. Diese Genossen werden gut tun, wenn sie künftig

weniger reden und mit etwas mehr Eifer handeln. Es gibt noch zahlreiche Betriebe und Orte, wo überhaupt noch keine Fraktionen vorhanden sind. In anderen Orten haben es die Genossen unterlassen, die Fraktionen zu einem kommunistischen Ortskartell zusammenzufassen, und gemeinsam alle wichtigen Fragen vorzuberaten. Auch wo tatsächlich starke Fraktionen vorhanden sind, läßt das praktische Wirken noch zu wünschen übrig. Die Genossen haben noch nicht gelernt, vor jeder allgemeinen Mitgliederversammlung in der Fraktion zusammenzukommen, zu der Tagesordnung Stellung zu nehmen, Anträge auszuarbeiten und bestimmte Genossen mit der Vertretung dieser Anträge zu beauftragen. Es ist gerade der Zweck der Fraktionen, daß in solchen Versammlungen von der Fraktion nicht Hinz und Kunz reden. Es darf auf Beschluß der Fraktion nur der Genosse sprechen, der dazu den Auftrag erhalten hat, die anderen haben zu schweigen.

Verbandstagungen.

Die organisatorischen Mängel und Schwächen unserer Gewerkschaftsbewegung zeigten sich bei den verschiedenen Verbandstagen, die im Laufe des Frühjahrs und Sommers stattgefunden haben. Gewiß, die Zahl der oppositionellen Delegierten ist kein zuverlässiger Maßstab, um unseren Einfluß in den Gewerkschaften zu messen. Denn bei der engen Verbrüderung zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten in den Gewerkschaften müssen unsere Genossen in einem Ort von vornherein allein stärker sein, als die beiden zusammen, wenn sie Delegierte zum Verbandstag durchbringen wollen. Das ist natürlich allgemein nicht der Fall. Es kann deshalb nicht überraschen, wenn auf den Verbandstagen die Zahl der kommunistischen Delegierten verhältnismäßig gering ist. Von unserem Standpunkt aus ist es weit schlimmer, daß die gewählten Delegierten nur sehr mangelhaft untereinander in Verbindung standen, so daß auf den Verbandstagen zum Teil ein geschlossenes Auftreten der kommunistischen Fraktion vermißt wurde. Bei einer Fühlungnahme und Besprechung mit diesen Genossen hat es sich regelmäßig gezeigt, daß die organisatorische Arbeit in einzelnen Verbänden fehlerhaft ist. Hier muß der Hebel angesetzt werden, wenn wir rascher vorwärts kommen wollen.

Abwehr der Gewerkschaftsbürokratie.

Die Arbeiten der RGZ. hatten, kaum begonnen, schon eine heftige Abwehr der Gewerkschaftsbürokratie hervorgerufen. Es sei hier nur an die Maßnahmen des Bauarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Angestellten, des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Bergarbeiterverbandes erinnert. In der brutalsten Weise wurden unsere Genossen, darunter solche, die seit Jahrzehnten an vorderster Stelle stehen und sich des vollsten Vertrauens ihrer Kollegen erfreuen, aus den Organisationen hinausgeworfen. Die Abwehr der Gewerkschaftsbürokratie ist umso erbitterter und gehässiger, je größer der Einfluß der Kommunisten in der betreffenden Gewerkschaft ist. Die Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Bürokratie vollzogen sich unter dem Kampfruf: Moskau oder Amsterdam. Unsere Genossen sind dabei zweifellos etwas zu schematisch vorgegangen. Sie haben unzählige Versammlungen mit dem stereotypen Thema: Moskau oder Amsterdam arrangiert. Es war unausbleiblich, daß die Arbeitermassen dieses Themas überdrüssig wurden. Es ist notwendig, daß die grundverschiedenen Auffassungen, die sich in den Worten Moskau oder Amsterdam symbolisieren, etwas mehr konkretisiert werden.

Rote Gewerkschaftsinternationale.

Es heißt aber, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn ein Teil der Genossen mit Paul Levi der Auffassung zuneigt, daß die vermehrten Schwierigkeiten, die die gewerkschaftliche Opposition zu überwinden hat, auf die Existenz der Roten Gewerkschaftsinternationale zurückzuführen seien. Es ist eine Spekulation auf die Gedankenlosigkeit und Vergeßlichkeit der Arbeitermassen, wenn behauptet wird, die Gewerkschaftsopposition sei durch die Rote Gewerkschaftsinternationale geschwächt worden, weil erst deren Verhalten die Gewerkschaftsbürokratie gezwungen habe, diktatorische Maßnahmen gegen die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder in Anwendung zu bringen. Wie nichtig dieses Argument ist, ergibt sich aus einem einfachen Beispiel. Genosse Geschke wurde einstimmig zum Vorsitzenden der Berliner Eisenbahner gewählt. Der Hauptvorstand hat ihn, als noch niemand von einer Roten Gewerkschaftsinternationale sprach, nicht bestätigt und er verweigerte auch dann noch die Bestätigung, als ihn die Berliner Eisenbahner ein zweites und ein drittes Mal zu ihrem Vorsitzenden wählten. Schließlich änderte der Hauptvorstand des DEV. die für ihn unangenehme Situation durch den Ausschluß Geschkes aus dem Verband. Eine vom Verbandstag eingesetzte Kommission hat einstimmig beschlossen, daß keine Gründe vorliegen, um den Genossen Geschke aus dem Verband auszuschließen. Der Hauptvorstand erklärte daraufhin, daß er demissionieren und eine Neuwahl nicht wieder annehmen werde, wenn Geschke in der Organisation bleibe. Unter dem Druck dieser Drohung hat dann die Mehrheit des Verbandstages in Dresden mit 103 gegen 97 Stimmen den Ausschluß Geschkes bestätigt. Damals war, wie gesagt, von der Roten Gewerkschaftsinternationale noch keine Rede, aber damals war der Gewerkschaftsbürokratie, genau wie heute, jeder aufrechte revolutionäre Kämpfer verhaßt. Wer glaubt, daß die Scheffel, Paeplow, Hue, Urban, Dißmann auf ihre diktatorischen Gewaltakte verzichten würden, wenn die Rote Gewerkschaftsinternationale nicht existierte?

Chemnitz-Halle.

Die Maßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie haben in mehreren Orten zu einer empfindlichen Schädigung der Organisationen geführt. In der breiteren Oeffentlichkeit sind besonders die Ereignisse bei den Bauarbeitern in Chemnitz und bei den Metallarbeitern in Halle bekannt geworden. In dem Chemnitzer Falle sind die oppositionellen Bauarbeiter des ganzen Reiches einhellig der Auffassung, daß Paeplow geradezu verbrecherisch mit den Interessen der deutschen Bauarbeiter umgesprungen ist. Ueber den Fall in Halle ist diese einmütige Auffassung der oppositionellen Arbeiter leider nicht im ganzen Reiche vorhanden. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Konflikt in Halle in seinem formellen Ausgangspunkt auf das Bestehen der selbständigen Betriebsrätezentrale in Mitteldeutschland zurückzuführen ist. So hat die Gewerkschaftsbürokratie den Konflikt von vornherein auf das organisatorische Geleise geschoben und es ist ihr hier immer möglich, mit Hilfe der Fallstricke des Statuts unbequeme Opponenten zu Fall zu bringen. Unsere Halleschen Kollegen haben das auch eingesehen und es wird sich zeigen, daß die Bürokratie in Zukunft dort nicht mehr so leichtes Spiel haben wird.

Kampf gegen die Verelendungstendenzen.

Die RGZ. war sich darüber klar, daß sie sich nicht auf die Propagierung der kommunistischen Ziele und der Kritik der Gewerkschaftsbürokratie be-

schränken darf. Es galt vor allen Dingen, die Gewerkschaften vor konkrete Aufgaben zu stellen, und es war daher selbstverständlich, daß die RGZ. den Kampfruf der Stuttgarter Metallarbeiter, der gerade um die Zeit, als unsere erste Reichskonferenz stattfand, in die Oeffentlichkeit kam, nach Kräften unterstützte. Das lebendige Echo, das dieser Ruf in fast allen Orten fand, hat die Kampagne für den Offenen Brief in der glücklichsten Weise vorbereitet. Das Urteil unserer Genossen über die Wirkung dieser Kampagne lautet übereinstimmend durchaus günstig. Das Odium, daß die Kommunisten es seien, die die Einheitsfront des Proletariats zerstören, schlug im Verlaufe dieser Kampagne auf die Gegenseite über. Die war nun gezwungen, vor den Augen der ganzen Arbeitermassen zu zeigen, daß es ihr mit der viel besprochenen Einigkeit des Proletariats gar nicht ernst ist, daß sie nicht nur nicht bereit ist, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen, sondern daß sie auch dem Kampf um die nächstliegenden unmittelbarsten Interessen der Arbeiter geschlossenen Widerstand entgegensetzt. Das Ausweichen vor jedem Massenkampf wurde der Gewerkschaftsbürokratie durch die sich häufenden und oft sogar widersprechenden Parolen, die von den verschiedensten Organen unserer Partei ausgegeben wurden, leider erleichtert. Es war daher taktisch sehr richtig, daß die Parteizentrale in ihrem Maiaufruf darauf verzichtete, neue Parolen aufzustellen, dagegen aber um so energischer die USP.- und SPD.-Anhänger auffordert, für die von ihnen selbst aufgestellten Forderungen zu kämpfen. Die RGZ. hatte schon acht Tage vorher einen Aufruf mit der gleichen Tendenz herausgegeben, der im „K. G." und in der Parteipresse, dann auch noch in Flugblättern zur Verbreitung kam. Die wirtschaftliche Lage, der dieser Aufruf entsprungen war, war für unsere Propaganda durchaus günstig, leider müssen wir sagen, daß nur sehr wenige Bezirke die Situation zu nützen verstanden. Viele Genossen begreifen anscheinend noch nicht, daß heute jede taktische Maßnahme von uns daraufhin geprüft werden muß, ob sie geeignet ist, das Zustandekommen einer einheitlichen proletarischen Kampffront zu erleichtern. Es zeugt auch von einer völligen Verkennung der objektiven Lage, wenn da und dort der Propaganda des Kampfes um die 10 Forderungen des ADGB., wenn auch nicht offener Widerstand, so doch eine verhängnisvolle Gleichgültigkeit entgegengebracht wurde. Das muß anders werden und die Genossen müssen wie in der Politik so auch in der Gewerkschaftsbewegung lernen, daß man am Kleinen anknüpfen muß, wenn man zum Großen gelangen will.

Die Märzaktion und ihre Folgen.

Es ist kein Zweifel, daß unser rasch wachsender Einfluß in den Gewerkschaften durch die Märzaktion in empfindlicher Weise gestört worden ist. In einem von uns herausgegebenen Rundschreiben heißt es darüber:

„In den Kampfgebieten sind Vertrauensleute gemordet, gefangen oder flüchtig. In anderen Bezirken leidet die Arbeit in den Gewerkschaften unter den gegenwärtigen Parteidiskussionen. So notwendig solche Diskussionen zum Zwecke der Klärung und Festigung der Partei sind, die heute mehr denn je notwendige Arbeit in den Gewerkschaften darf keinen Augenblick erlahmen. Wo Lücken bestehen, wo Verbindungen, sei es im Betrieb, im Ort, im Bezirk, oder mit der RGZ. fehlen, muß sofort alles getan werden, damit alles wieder in Ordnung kommt."

Abgesehen von den direkten Kampfgebieten, wo sich organisatorische Hemmungen und Störungen zeigten, die die unvermeidliche Folge jedes

Kampfes sind, muß aber festgestellt werden, daß unser Einfluß vielfach nicht nur auf Grund objektiver Ursachen, sondern auch durch die Einstellung einzelner Parteigenossen geschädigt worden ist. Es gab Genossen, die mit Paul Levi der Meinung waren, daß die Partei auf lange Zeit hinaus zu existieren aufgehört habe, die vor allem glaubten, daß jeder Boden für ein erfolgreiches Wirken in den Gewerkschaften fehle. Wenn leitende, führende Genossen von solchem lähmenden Pessimismus beseelt sind, kann es nicht ausbleiben, daß sich das auch auf die übrigen Genossen überträgt und so ist es tatsächlich geschehen, daß unsere Arbeit wochenlang in verschiedenen Orten und Industriegruppen darniederlag. Vielfach hat auch eine falsche Taktik zu einer schweren Schädigung unserer Position geführt. Die Genossen glaubten, daß die Kommunisten der ausgegebenen Generalstreikparole unter allen Umständen auch dann zu folgen haben, wenn die übergroße Mehrheit einer Belegschaft den Streik ablehnte. So sind namentlich in Berlin auf Beschluß des Aktionsausschusses in mehreren großen Betrieben die Parteigenossen in den Streik getreten, während die Ueberzahl der anderen Arbeiter ruhig weiter arbeitete. Auf diese Weise hatten die Unternehmer natürlich leichtes Spiel, die ohnedies verhaßten Kommunisten hinauszuwerfen. So sind eine ganze Anzahl Betriebe kommunistenrein geworden und es erforderte große Anstrengungen, um diese Scharte wieder auszuwetzen. Es kann gesagt werden, daß Mitte Mai der Tiefstand überwunden war und daß von dort ab wieder allgemein ein Aufstieg unserer Bewegung wahrzunehmen ist.

Schlußfolgerungen.

Es ist der RGZ. trotz aller Schwierigkeiten gelungen, eine einheitliche und geschlossene Auffassung in der Gewerkschaftsfrage im ganzen Reiche zur Geltung zu bringen. Die Genossen, die immer wieder an dem Erfolg unserer Arbeit zu zweifeln anfingen und deshalb wünschten, daß wir eine grundsätzliche Erörterung einleiten sollten über die Frage der Eroberung der alten oder Gründung von neuen Gewerkschaften haben sich überzeugen müssen, daß ein solches Beginnen das Verkehrteste wäre, was wir tun können. Nachdem nunmehr auch der dritte Kongreß der K. J., auf den viele Genossen die Hoffnung gesetzt hatten, daß er eine Aenderung in der Gewerkschaftsfrage herbeiführen werde, diese Illusion radikal zerstört hat, dürfen wir wohl diese Spekulation als endgültig erledigt ansehen. Wir müssen nun im neuen Arbeitsjahr unsere ganze Kraft der praktischen organisatorischen Arbeit in den Gewerkschaften widmen. Wir müssen aber, und das ist noch wichtiger, alle Zeit als die Sachwalter und als die unerschrockensten Vorkämpfer für die proletarischen Interessen in den Betriebsräten und in den Gewerkschaften auftreten. Wir müssen uns bei unserer Arbeit stets bewußt sein, daß heute die Frage: wie einigen wir das Proletariat *zum Kampf* gegen das Unternehmertum, wie fassen wir die ganze proletarische Klasse zusammen, gegen die Kaste der Ausbeuter und Unterdrücker, eine Lebensfrage für das Proletariat ist. Wenn wir uns dessen bewußt sind, dann wird es sich zeigen, daß wir im nächsten Jahr ernten werden, was wir in diesem Jahr gesät haben.

* * *

Abteilung Land.

Wir Kommunisten können mit Stolz behaupten, daß die VKPD. die einzige proletarische Partei in Deutschland ist, die ein klares, festumrissenes Agrarprogramm besitzt. Leider müssen wir aber hinzufügen, daß die kommunistische Landpropaganda von unseren Parteiorganisationen bisher nicht mit der genügenden Kraft und Beharrlichkeit durchgeführt wurde. Es gibt sogar Teile der Parteiorganisation, die in ihrem Gebiet über die allerersten Anfänge einer Landpropaganda noch nicht hinausgekommen sind. Der Vereinigungsparteitag hat von der KPD. einen Beschluß übernommen, in dem es heißt: „Jedem Bezirkssekretariat ist ein unbesoldeter Vertrauensmann für Landagitation anzugliedern, auch die Ortsgruppen, die dafür in Frage kommen, sind verplichtet, einen Vertrauensmann oder eine Landagitationskommission einzusetzen." Diesem Beschluß sind noch immer nicht alle Bezirke nachgekommen.

So ergab sich von selbst die Notwendigkeit, die Kräfte der Abteilung Land und der Landsekretäre zu einem erheblichen Teile anzuwenden, um in Kursen über die Agrarfrage und das Agrarprogramm der VKPD. Verständnis für die Landpropaganda zu schaffen. Solche Kurse haben stattgefunden in Thüringen, in Magdeburg-Anhalt, Nordwest, Rheinland-Westfalen, Kassel, Schlesien, Lausitz, Ostsachsen, Eezgebirge-Vogtland, Baden, Württemberg, Bayern. In einigen anderen Bezirken haben wir in Mitglieder- und Funktionärversammlungen über das Agrarprogramm und die Agrarfrage Vorträge und Diskussionen veranlaßt. Auch auf Bezirksparteitagen hat die Abt. Land direkt oder durch die Landsekretäre Erörterungen des Agrarprogramms und der Landpropaganda gefördert. Diese Kurse und Debatten in den Bezirken und Mitgliederversammlungen haben dann auch das Netz der Vertrauensleute und der Landagitationskommissionen wesentlich erweitern helfen. Die Verstärkung des Stabes der besoldeten Landagitatoren (z. Z. sind 9 Landsekretäre angestellt) ermöglichte das Tätigkeitsgebiet der einzelnen Sekretäre territorial enger und fester zu umgrenzen. Hierdurch konnten die Landsekretäre in den Bezirken bodenständiger gemacht werden, als das früher der Fall war. Die meisten Landsekretäre haben jedoch mehr als einen Bezirk zu bearbeiten. Das bedeutet ein starke Ueberlastung dieser Genossen, da, wie erinnert werden muß, die Landbevölkerung in zahllosen Gütern, Dörfern und Weilern zerstreut wohnt.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten wir neben der allgemeinen Landpropaganda der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter, dem Deutschen Landarbeiter-Verband (DLV.). Die rechtssozialistische-unabhängige Verbandsbürokratie im DLV. ist vollkommen arbeitsgemeinschaftlich orientiert und besitzt nach dem Verbandsstatut eine fast absolute Gewalt innerhalb der Organisation. Kreisleiter, Gauleiter und alle Funktionäre des Verbandes können nur vom Hauptvorstand angestellt und entlassen werden. Dieses Recht der Verbandsbürokratie wird noch dadurch verstärkt, daß dem Vorstand auch das Ausschlußrecht gegenüber den Mitgliedern zusteht. Er wendet diese Rechte um so mehr und um so rücksichtsloser an, je stärker die Opposition im Verbande wird. In mehreren Fällen sind von ihm Kommunisten lediglich ihres kommunistischen Wirkens wegen ausgeschlossen worden.

Die wachsende politische Reaktion macht die Großagrarier gegenüber den Landproletariern immer kühner. Frech werden von ihnen die tariflichen Vereinbarungen beiseite geschoben. Die Naturallöhne der Land-

proletarier werden vielfach gekürzt oder in schlechter Qualität geliefert. Die Arbeitszeit wollen die Junker verlängern und sie benutzen dazu alle Möglichkeiten. Ueberstunden werden erzwungen, die Wegezeit soll nicht in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Brutale Schikanierungen der Guts- und Betriebsräte, Maßregelungen der Vertrauensleute des Verbandes sowohl als der politischen Organisation, Frauen- und Kinderarbeit, nehmen einen unerhörten Umfang an. Trotz Ueberangebot heimischer Arbeitskräfte werden große Massen billiger Auslandsarbeiter herangezogen. Auf den meisten Gütern werden zum Teil bewaffnete und militärisch organisierte Schutzgarden gehalten, mit dem Zweck, die Landarbeiter zu bespitzeln und im Streikfalle niederzuhalten.

Gegenüber diesen Bedrängnissen, in die die Landarbeiter durch die Junker geraten, versagt der DLV. als gewerkschaftliche Organisation vollkommen. Beschließen die Ortsgruppen und Kreisorganisationen als Antwort auf die Provokationen der Großagrarier den Streik, so verweigert fast regelmäßig die Hauptleitung des DLV. die Streikgenehmigung. Die DLV.-Bürokratie verfolgt planmäßig das Ziel, alle Kämpfe des Landproletariats auf die kleinsten Gebiete zu beschränken oder gänzlich niederzuhalten.

Als die ukermärkischen Landarbeiter im Frühjahr d. J. zur Durchsetzung ihrer Forderungen in eine Streikbewegung eintreten wollten, gestattete die Hauptleitung des DLV. von 64 Ortsgruppen nur 7 in den Streik zu treten. Sie erklärte, wir wollen die stärksten Ortsgruppen streiken lassen, um damit die Junker zu bezwingen und sie zu Verhandlungen zu nötigen. Aehnliche Künste gewerkschaftlicher Strategie hat der DLV. in Dutzenden von Fällen vollführt. Daß diese gewerkschaftliche Schildbürgerei, die allerdings nicht Dummheit, sondern bewußter Verrat ist, jede Bewegung des Landproletariats zur Niederlage verurteilt, bedarf keines Beweises. Noch bevor das Antistreikgesetz über das Schlichtungswesen in Kraft ist, erkennen es die DLV.-Bürokraten durch ihre Praxis bereits an. Der Gesetzentwurf über das Schlichtungswesen verlangt, daß vor einem Streik alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein müssen. Im Kreise Schlochau sagte der Verbandsbeamte Koch vom DLV. den Landarbeitern, „die Verhandlungsmöglichkeiten sind noch nicht erschöpft, daher ist das Streiken verboten"!

Als jetzt in der Getreideerntezeit in Sachsen, in Pommern, in Mecklenburg, Schleswig-Holstein usw. die Landarbeiter die mageren Verhandlungssuppen der Verbandsbürokratie nicht löffeln wollten, sondern Streikbeschlüsse faßten, wurden alle diese Beschlüsse nicht anerkannt, die Streiks, die dennoch ausbrachen, für „wild" erklärt. Trotzdem kamen gegen den Willen der Bürokratie starke Streikbewegungen des Landproletariats in den vorerwähnten Gebieten zustande. In all diesen Kämpfen lernten die Arbeiter nicht nur die verräterische Haltung ihrer Verbandsbürokraten kennen, sondern sie mußten auch die Erfahrung machen, daß die rechtssozialistische Politik es ist, die sie im Joch zurückhält. Es wurde ihnen klar, daß die Gewerkschaftspolitik und auch die Politik der Rechtssozialisten wie der Unabhängigen dasselbe ist: nämlich Kampfsabotage. In Sachsen wurde der Verrat der Verbandsbürokraten rechtssozialistisch-unabhängig bekräftigt, indem die Minister Fellisch und Lipinski gegen die Landarbeiter die „Technische Nothilfe" mobilisierten. An der Unterelbe sandte Noske nach alter Gewohnheit Sipo gegen die streikenden Landarbeiter, und in Mecklenburg ist es der rechtssozialistische Ministerpräsident Stelling, der Polizei, Streik-

brechergarden, sowie Hubertusleute gegen die kämpfenden Landarbeiter wüten läßt.

Besonders in den Gebieten, in denen das Landproletariat von den Rechtssozialisten und den Bürokraten verraten im Kampf stand, strömt es nach links. In zahlreichen Versammlungen haben wir die kämpfenden Landarbeiter auf die Verderblichkeit der Arbeitsgemeinschaftspolitik hingewiesen, haben ihnen die Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse auf dem Wege des Klassenkampfes gezeigt, aber sie auch in ihren Tageskämpfen durch Rat und Tat unterstützt und gestärkt. Wir haben mit Erfolg über den Kopf der Verbandsbürokratie hinweg besondere Konferenzen einberufen, die Landarbeiter aller Richtungen umfaßten. Um den Absolutismus der Bürokratie zu brechen, gaben wir die Parole aus: Wahl aller Funktionäre und Körperschaften durch die Mitgliedschaften. Rückberufungsrecht der Mitglieder gegenüber allen leitenden Funktionären. Es war oft erschütternd, wenn alte, grauköpfige Landproletarier, die treuen Glaubens den Rechtssozialisten gefolgt waren, in ihrer einfachen Weise in öffentlichen Versammlungen bekannten, der Verrat, der an ihnen verübt worden ist, habe ihnen die Augen geöffnet; von nun an seien sie Kommunisten, wenngleich sie noch gestern den Kommunisten feindlich gegenüber gestanden hätten. Das Landproletariat, das geführt vom DLV., in großen Massen der SPD. bisher folgte, schwenkt ab vom Wege der Sozialpatrioten und reiht sich kolonnenweise in die kommunistische Front ein. Verlauf und Ausgang der letzten Kämpfe des Landproletariats haben das deutlich gezeigt.

Wie in allen Gewerkschaften, tritt im DLV. eine bemerkenswerte Organisationsflucht in Erscheinung. Absplitterungen sind mehrfach vorgekommen. Die daraus entstandenen Sondergruppen zeigten jedoch keine Lebenskraft. Die erheblichste dieser Gruppen, der Freie Landarbeiterverband in Mitteldeutschland, schwankte in seiner Haltung zwischen stärkster revolutionärer Phraseologie und arbeitsgemeinschaftlicher Praxis. Er hat sich nunmehr den syndikalistischen Unionen zugeneigt. Numerisch ist er schwach.

Die Kämpfe des Landproletariats werden an Wucht und Umfang eine gewaltige Steigerung erfahren. Dem Landproletariat mangelt es an politischen, gewerkschaftlichen und organisatorischen Erfahrungen. Darin liegt, neben den vielen Maßregelungen, auch der Hauptgrund, daß die Fraktionsbildung der kommunistischen Elemente im DLV. nur unbefriedigend vorangeht. Das kommunistische Industrieproletariat muß durch eine intensive, rastlose Aufklärungs- und Propagandaarbeit diesen Mangel auszugleichen suchen.

Erhöhte Bedeutung gewinnt auch mit dem fortschreitenden Verfall der kapitalistischen Wirtschaft, mit dem zunehmenden Steuerdruck und der anhaltenden, wachsenden Teuerung der Industrieerzeugnisse, des künstlichen Düngers, der landwirtschaftlichen Geräte usw., die Propaganda unter den Kleinbauern.

Die Großagrarier hatten Dank ihrer demagogischen und skrupellosen Agitation vorübergehend eine „geschlossene Front der Landwirtschaft" erreicht. Aber ihre Profitgier treibt sie dazu, diese Front selbst zu vernichten. In unerhörter Weise haben sie die Pachtpreise für Land und Wiesen emporgetrieben.

Auch sonst ist ihr Verhalten den kleinen Bauern und Pächtern gegen-

über nicht geeignet, diese in der großagrarischen Front zu halten. In allen Teilen Deutschlands, so Schlesien, Pommern, Sachsen, Hannover, Mitteldeutschland und den süddeutschen Gebieten usf. bilden sich Kleinbauern-, Pächter- und Siedlerorganisationen, die zum Kampf gegen die Großgrundbesitzer und die reichen Domänenpächter rufen. Vielfach unklar im Ziel und Weg, treten sie doch in ihren Versammlungen und Bundesorganen sehr scharf den Großagrariern entgegen. Besonders die niederträchtige Absicht der Großagrarier, den kleinen Grundbesitzern eine dreifache Grundsteuerlast aufzuhalsen, hat klärend in den Köpfen der kleinbäuerlichen Elemente gewirkt. Verschiedene Landbünde schlugen vor, den Hektarertrag des Kleinbesitzes dreimal so hoch zum Reichsnotopfer einzuschätzen, als beim Großbesitz. Die Kleinbauern wollen nicht mehr Vorspann für großagrarische Interessen sein. Die Steuerpolitik der Regierung Wirth treibt Wasser auf die Mühlen dieser Rebellion der kleinen Landwirte.

Hier muß es Aufgabe der Kommunisten sein, den kleinen Landleuten in ihren Bestrebungen zu helfen, sich von der großagrarischen Führung freizumachen und sich selbständige wirtschaftliche Organisationen zu schaffen. Die Kräfte, die wir dazu bisher einsetzen konnten, müssen vervielfacht werden.

In Konferenzen, die nach Bedarf und Möglichkeit in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Wasserkante, Magdeburg-Anhalt und einer Reihe anderer Bezirke zur Besprechung der Landagitation stattgefunden haben, hat die Abt. Land der Agitation auf dem Lande System und einheitliche Richtung zu geben gesucht. Diesem Zwecke diente auch die am 6. Juni d. J. im Einvernehmen mit der Reichsgewerkschaftszentrale von der Abt. Land nach Berlin einberufene Reichslandkonferenz, die von 80 Teilnehmern besucht war und befruchtend auf die Propaganda unter den Kleinbauern und Landarbeitern gewirkt hat.

Die Abt. Land hat weiterhin den „Pflug" für die Kleinbauern, den „Kommunistischen Landarbeiter" für die Landarbeiter herausgegeben. Die Verbreitung beider Blätter läßt noch sehr zu wünschen übrig. Daneben erschien für einige Monate (Januar 1921 bis Juli 1921) eine Agrarkorrespondenz, die bestimmt war, die Presse und die in der Landagitation tätigen Kommissionen, Vertrauensleute und Sekretäre mit Material zu versorgen. Leider ist diese Agrarkorrespondenz, gerade als ihre günstigen Wirkungen mehr und mehr sich zeigten, sowohl in der Presse als auch in der gesamten Propaganda auf dem Lande auf Beschluß der Zentrale wegen Mangel an Mitteln wieder eingezogen worden. Das Agrarprogramm ist neu herausgekommen. Desgleichen ein Leitfaden für Unterrichtskurse über die Agrarfrage. Wie 1920, so ist auch in diesem Jahre ein kommunistischer Bauernkalender herausgegeben worden. Für 1922 ist er in Vorbereitung. Ferner gab die Abt. Land eine Anzahl Flugschriften heraus, so ein Flugblatt zur oberschlesischen Frage; ein Flugblatt an die Kleinpächter und Kleinbauern; ein Flugblatt an die Landarbeiter (Landarbeiter, bist du Kommunist?); in neuer Auflage die Flugblätter: 10 Fragen der Landarbeiter; 10 Fragen der Kleinbauern; ferner einige Traktätchen: Der Jud ist schuld, und „Weckruf an alle Kleinbauern, Häusler und Landarbeiter", außerdem diverse Flugblätter für einzelne Bezirke und Propagandaschriften. Außerdem hat die Abt. das Zentralorgan der Partei und den Pressedienst laufend mit Artikeln und Notizen zur Agrarfrage versorgt.

Aus dieser gedrängten Uebersicht haben wir des knappen Raumes wegen manches fortlassen müssen, was zur Vervollständigung des Bildes

von der kommunistischen Landarbeit erwähnenswert wäre. Wir schließen unseren Bericht mit der dringenden Bitte an alle Teilnehmer des Parteitages sowie an die Genossen, denen dieser Bericht sonst zur Kenntnis kommt, jeder zu seinem Teil beizutragen, daß der kommunistische Gedanke dem Landproletariat nahegebracht wird. Gewinnen wir das Landproletariat, so ist die Reaktion geschlagen, gelingt uns die Revolutionierung der Organisation der Landproletariats, dann bedeutet das Brot und Sieg für die proletarische Revolution.

Genossenschaftsabteilung.

I. Grundsätzliches.

Die Konsumgenossenschaften haben sich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu einem großen genossenschaftlichen Geschäftsunternehmen entwickelt. Das Geschäftsunternehmen ist Selbstzweck einer genossenschaftlichen Bürokratie geworden, die sozialistische, d. h. antikapitalistische Einstellung, ist aufgegeben worden und die Genossenschaftsbürokratie hat nur noch das eine Bestreben, das Geschäftsunternehmen der Genossenschaften möglichst reibungslos durch das Chaos der kapitalistischen Zersetzung hindurchzuschaukeln. Sie ist williger Lakai der kapitalistischen Aufbaupolitik und unterliegt allen Schwankungen des kapitalistischen Wirtschaftslebens und macht den Volksbetrug einer demokratischen Regierungsweisheit mit, ohne die Massen der Konsumenten auf die Aussichtslosigkeit eines kapitalistischen Wiederaufbaus hinzuweisen, ohne die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Not und des Elends breiter proletarischer Konsumentenmassen aufzudecken.

Die kommunistischen Genossenschafter haben die Pflicht, den Verrat der reformsozialistischen Genossenschaftsbürokratie, ihre offene Unterstützung des Kapitalismus, ihre Unfähigkeit eine sozialistische Aufbaupolitik vorzubereiten, den breitesten Massen offenbar zu machen. Sie haben die Aufgabe, den von den proletarischen Massen in erster Linie geschaffenen Apparat der Genossenschaften zu einem Kampfinstrument der proletarischen Revolution im nationalen und internationalen Maßstabe umzuwandeln und die Genossenschaften zu einem brauchbaren Organ einer proletarischen Staatsgewalt, zum Organ einer sozialistischen Warenverteilung zu machen.

II. Allgemeines.

Die Tätigkeit einzelner Kommunisten in den Genossenschaften setzte gleich nach der Novemberrevolution ein, aber in weiten Parteikreisen wurde die Genossenschaftsbewegung noch nicht als wichtiges Gebiet des revolutionären Kampfes erkannt. Nur nach vielfachen Bemühungen gelang es, die leitenden Parteiinstanzen und die kommunistischen Redaktionen für eine besondere Bearbeitung dieses Gebietes zu gewinnen. Auch auf den Genossenschaftstagungen traten die kommunistischen Delegierten geschlossen als Opposition auf, so auf dem württembergischen Genossenschaftstage im Mai 1920 und auf dem allgemeinen Genossenschaftstage im Juli 1920 in Bad Harzburg. Dieser Genossenschaftstag zeigte mit aller Deutlichkeit, daß eine systematische Arbeit innerhalb der Genossenschaften nur dann von Erfolg sein werde, wenn bei der Zentrale der Partei eine Genossenschaftsabteilung geschaffen würde, die gleichmäßig die Genossen instruiert und

die Genossenschaftsarbeit im Reiche einheitlich gestaltet. Die Chemnitzer Parteiorganisation der K.P.D. beantragte zum letzten Parteitage der K.P.D. im Oktober 1920 die sofortige Einrichtung einer Genossenschaftsabteilung bei der Zentrale, sowie die umgehende Herausgabe von Agitationsmaterial und einer kommunistischen Genossenschaftskorrespondenz. Dieser Antrag wurde vom Parteitag angenommen. Ein ähnlicher Antrag wurde auch auf dem Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 von der Jenaer Parteiorganisation gestellt und angenommen. Die Zentrale kam aber erst im März 1921 zur Schaffung einer solchen Abteilung.

III. Die Tätigkeit der Genossenschaftsabteilung.

Unmittelbar vor der Märzaktion fand in Berlin eine Sitzung statt, an welcher Vertreter aus fast allen Parteibezirken teilnahmen und in der die ersten Vorbereitungen zur Entfaltung einer besonderen Tätigkeit in den Genossenschaften getroffen wurden. Es wurde beschlossen, daß am 11. April 1921 eine Reichskonferenz kommunistischer Genossenschafter stattfinden sollte und es wurden Kommissionen zur Ausarbeitung prinzipieller Leitsätze und Richtlinien für die praktische organisatorische und propagandistische Tätigkeit eingesetzt. Die Märzaktion verhinderte den Zusammentritt der Kommissionen und auch die Konferenz. Die vom Genossen Thomas, der von der Zentrale für die Genossenschaftsabteilung berufen worden war, entworfenen Leitsätze, die eine prinzipielle Einstellung gegen die reformistische Genossenschaftsideologie darstellen, wurden in der ersten Nummer des „Kommunistischen Genossenschafter" veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Ein praktisches Genossenschaftsprogramm wurde auf dem württembergischen Unterverbandstag erstmals in die genossenschaftliche Diskussion geworfen, gegen das sich die führenden kommunistischen Genossenschafter erklärten, weil die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen, denen sie zum Teil zustimmten, ein Herausgehen der Genossenschaften aus ihrer bisherigen „Neutralität" verlangen würde.

Die Reichskonferenz fand am 25. April statt, war mäßig besucht und zeigte noch eine gewisse Verworrenheit der Ansichten über unsere Tätigkeit. Die Reichskonferenz war sich einig darüber, daß die Genossenschaftsfrage als besonderes Gebiet von der Partei beackert werden muß und daß dazu auch die Herausgabe einer besonderen Zeitschrift notwendig sei, die im Juni unter dem Titel: „Der Kommunistische Gewerkschafter" erschien Es wurde neben dem Genossen Thomas noch der Genosse Bittel in die Genossenschaftsabteilung berufen.

IV. Organisationsfragen.

Wir haben für unsere Propaganda das Reich entsprechend der zehn Unterverbände der Konsumvereine in zehn Gaue eingeteilt. Für jeden Gau ist ein Genosse als Vertrauensmann bestimmt, der mit den Parteibezirksleitungen in seinem Gau die nötige Fühlung aufrechtzuerhalten hat und der Genossenschaftsabteilung gegenüber für die Tätigkeit in seinem Gau verantwortlich ist. Die Genossenschaftsabteilung verständigt sich mit den Gauen und Bezirken durch Rundschreiben, die propagandistische und prinzipielle Tätigkeit geschieht durch Mitarbeit an der Pressekorrespondenz der Partei und durch die Herausgabe des „Kommunistischen Genossenschafter", von dem bisher vier Nummern erschienen sind. Es ist notwendig, daß die Bezirke für den Vertrieb besonders in Genossenschaftskreisen bemüht sind, es ist auch notwendig, dafür tätig zu sein, daß größere Konsumvereine für ihre Funktionäre und eventuell auch für die Mitglieder unser Organ bestellen.

V. Versammlungstätigkeit.

In einzelnen Bezirken wurden von uns öffentliche Konsumentenversammlungen einberufen und deren Verlauf zeigte uns, daß es der kommunistischen Propaganda möglich ist, auf diesem Wege an ganz neue, bisher von unserer Propaganda noch nicht berührte Massen heranzukommen. Genosse Bittel sprach in Hamburg, Berlin, Stuttgart, Eßlingen, Botnang, Böblingen, Kornwestheim, Ludwigshafen, Wiesbaden und Dresden. Genosse Thomas sprach in Jena, Heidelberg, Gotha, Berlin und Stettin. In anderen Bezirken sprachen in öffentlichen Konsumentenversammlungen Referenten aus den Bezirken. Die Themen lauteten meist folgendermaßen: „Der neue Raubzug auf die Taschen der Konsumenten", „Die bevorstehende maßlose Besteuerung", „Warum versagen die Konsumvereine?".

VI. Die Unterverbandstage.

Auf der Reichskonferenz am 25. April wurde auch die Stellungnahme der Kommunisten auf den Unterverbandstagen besprochen und die Genossenschaftsabteilung beauftragt, die Vorarbeiten dazu zu treffen. Es gingen sofort in Form von Rundschreiben Anweisungen an die Bezirke hinaus, um zu veranlassen, daß kommunistische Vorkonferenzen in Verbindung mit den Unterverbandstagen stattfinden sollten. Diese Vorkonferenzen konnten zum Teil nicht mehr stattfinden, weil die Reichskonferenz zu spät einberufen und die Vorarbeiten nicht mehr rechtzeitig getroffen werden konnten. Nur in Sachsen, Württemberg, Thüringen und Nordwestdeutschland fanden solche Vorkonferenzen statt. Das Ergebnis der Unterverbandstage zeigte, daß auch die organisatorischen Voraussetzungen für eine intensive Beeinflussung dieser Tagungen noch fehlten. Es muß die Aufgabe der Kommunisten sein, in Generalversammlungen der Konsumvereine, in öffentlichen Konsumentenversammlungen usw. die wirtschaftlichen Probleme zu einer Angelegenheit der breitesten Konsumentenmassen zu machen und dafür zu sorgen, daß das heutige Delegationssystem geändert wird. Die Verbandstage sind nämlich im Grunde nichts anderes, als eine Zusammenkunft der Genossenschaftsbürokratie, die sich aus kleinen Zirkeln heraus selbst delegiert. Sie sind daher kein Spiegelbild der Anschauungen von den in den Genossenschaften organisierten Konsumenten.

VII. Der Genossenschaftstag in Baden-Baden.

Als Vorkonferenz zum Genossenschaftstag in Baden-Baden fand in Frankfurt am Main eine zweite Reichskonferenz kommunistischer Genossenschafter statt. Sie war wesentlich besser besucht als die erste und zeigte auch bereits ein erfreuliches Ergebnis der inzwischen geleisteten Tätigkeit in den Bezirken. Auf der Reichskonferenz wurde Stellung genommen zu den wichtigsten Fragen, die auf dem Genossenschaftstage in Baden-Baden behandelt werden sollten, insbesondere zum Geschäftsbericht, zur internationalen Genossenschaftsfrage, zur Neutralität und zur Konsumentenbesteuerung durch die neue Regierung. Infolge des oben schon charakterisierten Delegationssystems waren auf dem Genossenschaftstage unter den 1200 Delegierten nur 26 Kommunisten vertreten. Die Tagung in Baden-Baden war ein Beweis für die Versumpfung, in welche die Genossenschaftsbewegung geraten ist. Bezeichnend war das Verhalten der Unabhängigen auf dem Genossenschaftstage, die einem kommunistischen Antrag nicht einmal so viel Stimmen zur Verfügung stellten, daß er zur Debatte zugelassen werden konnte. Das ist bezeichnend für Paul Lange und Hermann Fleißner die beide als geistige Häupter der Unabhängigen dort anwesend waren.

VIII. Internationale Genossenschaftsfragen.

Die internationale wirtschaftspolitische Bedeutung der Konsumgenossenschaften ist vom Standpunkt der proletarischen Weltpolitik, also für die Weltrevolution, von größter Bedeutung. Die deutschen Konsumgenossenschaften haben sich dem kapitalistischen Völkerbund und seiner antibolschewistischen konterrevolutionären Politik in die Arme geworfen. Die nähere Kennzeichnung dieser weltpolitischen Parteinahme kennzeichnen wir in der Nummer 4 und 5 des „Kommunistischen Genossenschafters". Aus dem Bericht des Jahrbuchs des Zentralverbandes 1921, Seite 288 ff., ferner aus dem Vortrag des Herrn Lorenz in Baden-Baden und weiter aus einer Broschüre von Heinrich Kaufmann über die „Großeinkaufsgesellschaft der Großeinkaufgesellschaften" geht hervor, daß die europäischen Konsumvereine zum Zwecke eines internationalen Warenaustausches zusammengefaßt des Zentralvorstandes und sind Mitglied des Zentralvorstandes. Die Rolle der englischen Genossenschaften als Funktionsorgane der konterrevolutionären Politik Lloyd Georges in einer bestimmten Phase der russischen Revolution ist bekannt. Der Zentralvorstand der genossenschaftlichen Internationale hat in seinen Sitzungen nach Beendigung des Krieges ununterbrochen gegen die russische Sowjetrepublik gehetzt und protestiert. Bekannte russische konterrevolutionäre Menschewisten gehören zu den Informatoren des Zentralvorstandes und sind Mitglied des Zentralvorstandes. Die Vertreter des deutschen Zentralverbandes machen natürlich, getreu ihrer kapitalistischen Lakaienaufgabe in Deutschland, auch diese Politik mit, nachdem sie früher, als das weltpolitische Thermometer ihnen einen Sieg Ludendorffs möglich erscheinen ließ, in das andere Horn bliesen.

Neuerdings hat sich die kommunistische Internationale mit der Organisation einer genossenschaftlichen Internationale eingehend beschäftigt. Ein Aufruf des internationalen Sekretärs Kramaroff und ebenso ein Aufruf des Zentralkomitees der K.P.R. ist durch die Parteikorrespondenz publiziert worden. Sobald über die Organisation einer genossenschaftlichen revolutionären Tätigkeit im internationalen Maßstabe von der Exekutive näheres veranlaßt wird, werden die kommunistische Presse und unsere Funktionäre informiert werden.

IX. Schlußbemerkung.

Die Tätigkeit der Kommunisten in den Genossenschaften ist ein unbedingtes Erfordernis. Die genossenschaftliche Bewegung hat eine weltpolitische Bedeutung für die Revolution, wenn es gelingt, sie im nationalen und internationalen Maßstabe loszulösen von ihrer Verquickung mit dem Kapitalismus und zu einer Frontstellung gegen den Kapitalismus umgestellt werden kann. Das Ziel der Kommunisten muß sein, die Genossenschaften zum Träger des direkten Austausches der Erzeugnisse der Industrie- und Agrarprodukte an die arbeitende Industrie- und Landbevölkerung zu machen. Also die Umwandlung der Genossenschaften aus genossenschaftlichen Geschäftsunternehmen innerhalb des Kapitalismus, zu Trägern einer sozialistischen Warenvermittlung überhaupt vorzunehmen, aus ihnen Konsumkommunen unter politischer Leitung der proletarischen Diktatur zu machen.

* * *

Komunalpolitische Abteilung.

Bei Gründung der V.K.P.D. im Dezember 1920 gehörten der Partei etwa 4000 in den Kommunaleinrichtungen tätige Genossen an. Der weitaus größte Teil dieser Genossen kam aus der U.S.P., während der Spartakusbund nur in wenigen Bezirken, und dort auch nur in beschränkter Zahl in den Gemeindeparlamenten vertreten war. Den zahlenmäßig stärksten Einfluß hatte die V.K.P.D. in Mitteldeutschland (Halle-Merseburg und Thüringen) und im Rheinland. Es gab dort eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden mit absoluter kommunistischer Mehrheit, an deren Spitze zum Teil kommunistische Bürgermeister standen. Wenn trotz der zahlenmäßigen Stärke die Kommunisten nicht immer die politische Führung in der kommunalen Tätigkeit hatten, so war das in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Erfahrung kommunistischer parlamentarischer Betätigung nur gering war. Viele unserer in den kommunalen Körperschaften tätigen Genossen waren noch zu sehr belastet mit der Tradition der alten sozialdemokratischen Parlamentstaktik und es war klar, daß mit dem Uebertritt zur V.K.P.D. nicht ohne weiteres eine völlige grundsätzliche und taktische Umstellung auf die Linie der revolutionären Ausnutzung der Tribünen des Gemeindeparlaments verbunden war.

Die Zentrale kam sehr bald zu der Ueberzeugung, daß es notwendig sei, eine kommunalpolitische Abteilung einzurichten, deren erste Aufgabe es sein mußte, die Tätigkeit unserer kommunistischen Gemeindevertreter auf einheitlicher Linie zusammenzufassen und auch organisatorisch den engsten Kontakt innerhalb der einzelnen Bezirke und mit der Zentrale herzustellen. Mancherlei Umstände ermöglichten die Einrichtung der kommunalpolitischen Abteilung erst Mitte Februar d. J. Das Bestreben der kommunalpolitischen Abteilung ging zunächst dahin, auf der Grundlage der vom Gründungsparteitag angenommenen „Leitsätze über kommunistische Kommunalpolitik" eine einheitliche geistige Einstellung unserer in den kommunalen Körperschaften tätigen Genossen zu erreichen und daraus abzuleiten eine einheitliche Taktik in allen Problemen, die heute als Verelendungserscheinungen des Proletariats in der Kommunalpolitik zutage treten.

Da zunächst die Herausgabe einer kommunalpolitischen Zeitschrift an verschiedenen Widerständen scheiterte, waren wir darauf angewiesen, unsere Gemeindevertreter bezirksweise zu Konferenzen zusammenzuberufen, um dort grundsätzlich unsere Stellung festzulegen und aus den praktischen Erfahrungen heraus Anregungen und taktische Wege zu zeigen. Auf diesen Konferenzen zeigte sich, daß wir noch weit davon entfernt waren, unsere kommunistischen Gemeindevertreter einheitlich auf unsere grundsätzliche kommunistische Linie eingestellt zu haben. Zum Teil bewegte sich die Tätigkeit unserer Genossen im rein reformistischen Fahrwasser, ohne scharfe Abgrenzung nach rechts oder, was mindestens ebenso gefährlich war, sie verlor sich vielfach in völliger Negation und revolutionärem Phrasentum. In vielen Bezirken entsprach die Tätigkeit unserer Genossen in den Gemeindeparlamenten durchaus unserer grundsätzlichen Auffassung.

Die Voraussetzung für die einheitliche geistige Einstellung unserer kommunistischen Gemeindevertreter schien uns zu sein deren organisatorische Zusammenfassung innerhalb der Bezirke und Wirtschaftsgebiete, um auf diese Weise durch regelmäßige Konferenzen und Aussprachen über taktische Fragen ein einheitliches Handeln zu erreichen. Wir können heute feststellen, daß uns dies in weitgehendstem Maße gelungen ist. Heute bestehen in fast allen Bezirken kommunalpolitische Beratungsstellen, die

die Fraktionen und einzelne Gemeindevertreter mit dem nötigen Material versorgen. Allerdings haben einige Bezirke bis heute auch diese organisatorische Zusammenfassung und Zentralisierung noch nicht vorgenommen, wie sie überhaupt der Kommunalpolitik wenig Bedeutung beimessen und wenig Aufmerksamkeit schenken.

Eine enge Verbindung zwischen den Bezirken und der Zentrale, die die Voraussetzung ist für ein einheitliches, den kommunistischen Grundsätzen entsprechendes Handeln unserer Gemeindevertreter, wurde von uns angestrebt. Auch hier sind eine ganze Reihe von Mängeln noch unverkennbar. Teilweise weil die Bezirksleitungen den engen Kontakt nicht hielten, zum großen Teil auch deshalb, weil eine Zeitschrift der Abteilung zunächst nicht erscheinen konnte. Diesem Uebelstand ist nunmehr abgeholfen. Am 1. Juli erschien die erste Nummer unserer kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Kommune", die zunächst einmal monatlich herauskommt. Wir hoffen, dadurch besonders den in der Praxis tätigen Gemeindevertretern ständige Anleitung und Material zu geben.

Nachstehend geben wir eine Uebersicht über die Zahl unserer kommunistischen Gemeindevertreter in einigen Bezirken. Die Uebersicht ist sehr lückenhaft, weil die Hälfte der Bezirke trotz wiederholter Mahnung die übermittelten Fragebogen noch nicht eingesandt hat.

	Stadträte Beigeordnete Gemeindevorsteher Schöffen	Stadtverordnete Gemeindevertreter	Kreistag Prov. Landtag
1. Berlin-Brandenburg	16	156	34
5. Danzig	5	32	9
8. Ost-Sachsen	—	8	—
9. Erzgebirge-Vogtland (unvollständig)	15	98	—
10. West-Sachsen	3	136	11
11. Halle-Merseburg	72	426	107
12. Magdeburg	1	12	8
13. Groß-Thüringen	20	325	19
14. Hannover (unvollständig)	1	28	8
15. Mecklenburg	—	28	—
19./20. Rheinland-Westfalen	15	289	71
24. Pfalz	3	38	5
25. Baden	6	229	—
26. Württemberg	2	132	3
27. Nordbayern	40	40	1

* * *

Zentral-Archiv.

Nach dem Verschmelzungsparteitag hat die Zentrale sofort beschlossen, vom 1. Januar 1921 ab ein zentrales Archiv einzurichten. Dieses Archiv hat den Zweck, das Tatsachenmaterial der verschiedenen Spezialgebiete, auf denen die Partei tätig ist, systematisch zu sammeln und zu sichten, es propagandistisch auszuwerten, und an Hand dieser Unterlagen die politischen Maßnahmen der verschiedenen Fachabteilungen innerhalb der Partei

und der Parlamentsfraktionen mit vorzubereiten. Dem Gesamtarchivplan entsprechend, sollen folgende Sammlungen aufgebaut werden:

1. Wirtschaftsarchiv,
2. Politisches Archiv
3. Gewerkschaftsarchiv (angegliedert der Reichsgewerkschaftszentrale),
4. Genossenschaftsarchiv (angegliedert der Genossenschaftsabteilung),
5. Landarchiv (angegliedert der Abteilung Land),
6. Zentrale Archiv- und Parteibibliothek.

An die Ausführung dieses Planes konnte bei dem vorhandenen Kräftemangel und der Schwierigkeit der Aufgabe nur schrittweise herangegangen werden.

A. Das Wirtschaftsarchiv

Zuerst wurde das Wirtschaftsarchiv als das wichtigste eingerichtet. Da die Bauarbeiten in der Rosenthaler Straße sich verzögerten, konnte mit der Einrichtung erst im März begonnen werden. In der Zwischenzeit wurden verschiedene Handels- und Wirtschaftsarchive besichtigt und der Plan entworfen. Dann ging der Aufbau verhältnismäßig schnell vor sich.

Der Plan des Wirtschaftsarchivs zerfällt in drei Teile: a) Länderverzeichnis, b) Fachteilung, c) Produktionsprozeß.

Im Wirtschaftsarchiv sind zurzeit sieben Angestellte tätig, darunter zwei, die auch für die Leitung des Gesamtarchivs verantwortlich sind, und drei technische Kräfte, die zum Teil auch für die anderen Archive die technischen Arbeiten mit erledigen. Ferner arbeiten drei Genossen regelmäßig unentgeltlich mit. Gelesen werden dauernd 23 Tageszeitungen und 33 Fachzeitschriften des In- und Auslandes.

Mit dem Zentralorgan der Partei, der „Roten Fahne", dem „Kommunistischen Pressedienst" sowie der „Internationale" steht das Archiv in dauernder Verbindung. Es hat in der Zeit von etwa Anfang Mai bis 15. Juli über 200 Aufsätze und Notizen geliefert, wovon mehr als die Hälfte auf längere Artikel entfällt. Es ist geplant, vom 1. August ab regelmäßig eine wirtschaftliche Uebersicht an die Parteipresse zu senden.

Ferner soll jetzt, nachdem der Aufbau des Wirtschaftsarchivs im wesentlichen vollendet ist, eine Auskunftserteilung für die wirtschaftspolitisch tätigen Genossen eingerichtet werden. Das Archiv ist in der Lage, innerhalb kurzer Zeit wirtschaftspolitische Anfragen zu beantworten und den Genossen das für ihre Tätigkeit erforderliche Material nachzuweisen.

Für die weitere Fruchtbarmachung des Wirtschaftsarchivs wäre eine Mitarbeit der wirtschaftlich interessierten Genossen der Provinz dringend erwünscht. Es kommt dabei vor allem auf Mitteilung von wirtschaftlichen Vorgängen an, die sich in einzelnen Betrieben und Wirtschaftszweigen abspielen und nicht aus der Tagespresse ersichtlich sind. Dringend notwendig ist auch die regelmäßige Uebersendung von Werkzeitungen und Werkzeitschriften, die dem Archiv als einer kommunistischen Einrichtung nicht ohne weiteres zugänglich sind. Dies ist vor allem Aufgabe der kommunistischen Betriebsräte, die auf diese Weise mit leichter Mühe der Gesamtpartei einen richtigen Dienst leisten können.

B. Das Politische Archiv

Das Politische Archiv ist Anfang 1920 ursprünglich als Privatarbeit eines Genossen ins Leben gerufen worden. Seit Anfang 1921 wurde es dann in Vereinbarung mit der Zentrale erweitert und vervollständigt.

Während des Jahres 1920 umfaßte es ausschließlich die imperialistische Politik, und zwar unter Verwertung der gesamten deutschen, englischen, französischen und teilweise der italienischen bürgerlichen Presse. In bezug auf Deutschland sind im Jahr 1920 nur die Außenpolitik und die allerwichtigsten damit zusammenhängenden innerdeutschen Fragen behandelt worden. Dagegen ist seit Beginn des Jahres 1921 auch die deutsche Innenpolitik berücksichtigt. Die sozialistische Politik, die nach der ganzen Entstehungsweise des Archivs zunächst zurückgetreten war, ist neuerdings vollständig in den Archivplan aufgenommen worden. Das Material muß zum Teil noch geordnet werden, weil der Genosse, der das Archiv angelegt hat, bis in die letzte Zeit so gut wie gar keine Hilfe gehabt hat.

C. Zentrale Archiv- und Parteibibliothek.

Die Einrichtung einer Bibliothek ist für die Tätigkeit des wirtschaftlichen wie des politischen Archivs jedoch unbedingt erforderlich. Beide Archive benötigen, neben den wichtigsten wirtschaftlichen Standardwerken zum Handgebrauch, auch die wichtigsten neuerscheinenden Bücher und Broschüren als direktes Arbeitsmaterial.

Notwendig wäre weiter die Ausweitung dieser Archivbibliothek zur zentral verwalteten Parteibibliothek. Dazu bedarf es nicht erheblicher neuer Anschaffungen. Vielmehr genügt es vor der Hand, den jetzt vorhandenen Bücherbestand der einzelnen Abteilungen, einschließlich des Hausarchivs und der Redaktionsbibliothek der „Roten Fahne" von einer Stelle aus zu katalogisieren und zu verwalten. Wenn auch aus praktischen Gründen eine getrennte Aufstellung sämtlicher Bücher der Zentrale in den Abteilungen und der Redaktion beibehalten werden muß, so könnte doch durch einheitlich geregelte Anschaffung auf einen gemeinsamen, die Interessen aller Abteilungen gleichmäßig wahrnehmenden Etat, durch einheitlich durchgeführte Verwaltung, Katalogisierung und Ausleihe, sowie durch Information der Benutzer über alle auf einem bestimmten Gebiet vorhandene Literatur erheblich gespart und gründlicher ausgewertet werden.

Presse-Büro.

Nach dem Verschmelzungsparteitag Anfang Dezember 1920 übernahm die V.K.P.D. das von der Genossin Anna Geyer geleitete Korrespondenz-Büro, in dem damals tätig waren Genossin Anna Geyer und die Genossen Bornstein und Hans Meyer. Vom Januar 1921 ab waren im Pressebüro neben der Leiterin Anna Geyer tätig die Genossen Bernhard Düwell, Rosenberg und Petzold. Petzold lag insbesondere die Bearbeitung des Materials für die Landtagswahlen ob. Nach Erledigung dieser Arbeit schied er aus und für ihn wurde Genosse Baron gewählt. Im Februar trat Genosse Marcu ins Pressebüro ein. Nach der Märzaktion entschloß sich die Zentrale, die Genossin Anna Geyer der Leitung des Pressebüros zu entheben und sie in die Redaktion der „Roten Fahne" zu berufen. Mit der Leitung des Pressebüros wurde Genosse Ernst Meyer beauftragt. Während seiner häufigeren Abwesenheit infolge dringlicher anderer Parteiarbeiten vertrat ihn Genosse Ludwig. Nach der Märzaktion meldete sich Genosse Düwell längere Zeit krank. Nach Wiederantritt vom Urlaub wurde er von der Zentrale dem politischen Archiv überwiesen. Als Volontär war vorübergehend Genosse Renner im Pressebüro tätig. Jetzt setzt sich das

Pressebüro aus folgenden Redakteuren zusammen: ein Leiter (Ernst Meyer), ein Auslandsredakteur (Rosenberg), ein Inlandsredakteur (Baron) und ein Redakteur für Gewerkschafts-, Betriebsräte- und Wirtschaftsfragen (Lohse). Der zweite Auslandsredakteur (Gen. Marcu) schied am 1. August 1921 aus.

Seit Februar besteht für die Provinzredaktionen ein telegraphischer Frühdienst und seit Juli auch ein Abenddienst (bis 10 Uhr abends), womit Genosse Horst Fröhlich betraut wurde, der auch zugleich ein seit Uebernahme des Pressebüros geplantes Archiv einrichtet. Da inzwischen das Zentral-Archiv ausgebaut wurde, beschränkt sich das Archiv des Pressebüros auf Ausschnitte über alle Arbeiterparteien. Die einheitliche Leitung dieses Archivs und des Zentral-Archivs ist geplant. Ebenso wird der Gewerkschaftsredakteur des Pressebüros das Gewerkschaftsarchiv leiten.

Die besondere Kasse des Pressebüros, deren Leiterin zugleich das Archiv einrichten sollte, ist seit Juni d. J. aufgehoben und mit der Zentralkasse verschmolzen worden. An technischem Personal werden drei Stenotypistinnen und ein Bote beschäftigt.

Seit dem Juni gibt das Pressebüro regelmäßig wöchentlich einmal eine ausländische Wochenübersicht und eine Feuilleton-Beilage heraus. Der gewerkschaftliche, genossenschaftliche und wirtschaftliche Teil wird zum großen Teil von den betreffenden Abteilungen der Zentrale geliefert. In Zukunft soll der besondere Redakteur für wirtschaftliche und gewerkschaftliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit den betreffenden Abteilungen die angesichts der kommenden Steuerbelastung besonders dringlichen Fragen ausgedehnter, als das bisher möglich war, bearbeiten.

Redaktion „Rote Fahne".

Auf dem Vereinigungsparteitag der USPD. und KPD. im Dezember 1920 in Halle wurde die „Rote Fahne" zum Zentralorgan der VKPD. bestimmt. Die linke USPD. gab damals in Berlin „Die Internationale" heraus. Am 31. Dezember 1920 stellte „Die Internationale" ihr Erscheinen ein. Die „Rote Fahne" erschien ab 1. Januar 1921 als Morgen- und Abendblatt.

Im Dezember 1920 hatte sich die „Rote Fahne" mit allen Problemen auseinanderzusetzen, die durch den Verschmelzungsparteitag aufgeworfen worden waren. Mit aller Schärfe wurden die Angriffe der rechten USP. gegen die dritte Internationale und gegen die VKPD. zurückgewiesen. Die „Rote Fahne" befand sich gegenüber der USPD. und der dann erfolgten Gründung der Internationale 2½ im Angriff. Neben den innerpolitischen Vorgängen und der Tätigkeit auf gewerkschaftlichen und kommunalpolitischem Gebiete brachte die „Rote Fahne" im Dezember insbesondere ausführliche Berichte über den Generalstreik in der Tschechoslowakei und knüpfte an diesen Bericht internationale Solidaritätskundgebungen. Die Frage der Konzessionspolitik Sowjetrußlands wurde zunächst zurückhaltend behandelt. Im Vordergrunde des Pressekampfes stand im Dezember gleichzeitig die ständige Demaskierung der ungarischen Hortyregierung und ihrer Rachejustiz an den ehemaligen Volkskommissaren.

Mitte Januar 1921 begann in der „Roten Fahne" die Einheitskampagne mit Hilfe des Offenen Briefes. Ende Januar wurde das Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland gefordert und in der „Roten Fahne" lebhaft propagiert. Ende Januar bis

Mitte Februar wurde in der „Roten Fahne" die Wahlkampagne für den Preußischen Landtag geführt. Die offene Brieftaktik und die Bündnispolitik gegenüber Sowjetrußlands wurden weiter verfolgt. Mitte Februar liefen die ersten Nachrichten über Provokationen durch die Sipo in Mitteldeutschland ein. Im gewerkschaftlichen Teil wurde systematisch die Aussperrungskampagne der Unternehmer beleuchtet und die Arbeiterschaft zu Abwehrmaßnahmen aufgefordert. Dem auf Grund der Ententeforderungen von der Regierung erlassenen Entwaffnungsgesetz wurde von der bayrischen Regierung Widerstand geleistet.

Am 18. März, dem Gedenktag der Pariser Kommune, erschien der Aufruf: „Klare Antwort, Kahr pfeift auf die Gesetze!" In wenigen Tagen hintereinander erfolgten spontan die Kampfaufrufe gegen die Hörsingaktion in Mitteldeutschland. Die „Rote Fahne" wurde vom 18. bis 31. März 14mal, im April 5mal, im Mai 7mal, im Juni 3mal und im Juli 2mal beschlagnahmt. Außerdem wurden während der Märzaktion in der Druckerei der „Roten Fahne" Maschinenteile von der Rotationsmaschine durch die Polizei entfernt, um den Druck zu verhindern. Diese Gewaltsmaßnahmen machten ein offizielles Verbot überflüssig.

Nach der Märzaktion folgten die innerparteilichen Auseinandersetzungen. Mitte April begann der „Fall Levi". Anfang April letzte die Pressekampagne gegen die weiße Justiz ein.

Die Wiedergutmachungsfrage und die Auswirkung der Sanktionen, sowie die oberschlesische Frage wurden fast täglich in der Zeitung behandelt. Ende April wurde die Arbeitslosenfrage stärker herausgehoben. Zu einer planmäßigen Kampagne in dieser Frage in der Presse, in den Organisationen oder Gewerkschaften ist es jedoch nicht gekommen.

Die Einschätzung der politischen Situation hatte die Zentrale der VKPD. Ende Mai 1921 zur Herausgabe ihres „Mai-Aufrufes" veranlaßt. Der Vorläufer dieses Aufrufes, der eine Bewegung in den Massen des Proletariats einleiten sollte, war ein Aufruf der Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD. an die Mitglieder der Gewerkschaften. Die „Rote Fahne" hat planmäßig die Mai-Aufruf-Kampagne geführt. Ebenso wurde im Mai und Juni mit erhöhtem Nachdruck die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert und im Zusammenhang mit dem Brandler- und Hölzprozeß die Tätigkeit der Ausnahmegerichte gekennzeichnet und die Arbeiterklasse aufgefordert, sich für die Freilassung der politischen Gefangenen einzusetzen.

Die Unterzeichnung des Londoner Ultimatums gab erneut Gelegenheit, die USPD.- und SPD.-Arbeiter auf die kapitalistische Wiederaufbaupolitik ihrer Führer und des ADGB. hinzuweisen und die kommunistischen Losungen in der Wiedergutmachungsfrage unter die Massen zu bringen. Der Kampf um die Verteilung der Wiedergutmachungslasten setzte mit voller Schärfe ein. Das Steuerprogramm des Kabinetts Wirth-Bauer wird planmäßig in seinen einzelnen Teilen kritisch vor den Arbeitermassen zerlegt. In der Behandlung der Steuerfrage fehlt es noch an der einheitlichen Linie, die Verschärfung der Steuerkämpfe mit Beginn der Reichstagssitzungen im Herbst wird auch eine erhöhte einheitlich geführte Preßkampagne im Gefolge haben müssen.

Die Einigungsverhandlungen zwischen USP.- und SPD.-Führern wurden von der „Roten Fahne" systematisch und grundsätzlich der Arbeiterschaft als das Aufgehen des Zentristen in der sozialdemokratischen Reform-

politik dargelegt. Die Einigungsbestrebungen, die tatsächlich in den breitesten Massen vorhanden sind, werden fortgesetzt mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorgfalt gefördert als eine Notwendigkeit für den geschlossenen Kampf der Arbeitermassen gegen das Kapital und die Bourgeoisie.

Aeußerst mangelhaft war bei Beginn des Moskauer Kongresses die Berichterstattung über ihn. Die Rosta-Berichte waren oft widersprechend und falsch. Der eigene Nachrichtendienst der Redaktion versagte infolge der mangelhaften Verbindung mit Moskau. Erst nachdem die Bulletins über die Kongreßverhandlungen in Deutschland eintrafen, ließ sich eine ausführliche sachgemäße Berichterstattung ermöglichen.

Der Redaktion der „Roten Fahne" ist der Vorwurf gemacht worden, sie habe den Abdruck von Artikeln der Opposition verweigert. Seit Anfang Juni bis zum Abdruck der Geyerschen Aufsätze sind der Redaktion drei Aufsätze von der Opposition eingereicht worden. Der erste Aufsatz sollte nach Rücksprache mit dem Verfasser veröffentlicht werden, wurde jedoch vorher zurückgezogen. Der zweite Aufsatz war nur eine Schimpferei gegen die Zentrale im Stile des „Sowjet" und wurde innerhalb kurzer Zeit durch die Tatsachen überholt. Ein dritter Aufsatz, der von einem Genossen D. während der Abwesenheit des Chefredakteurs eingesandt worden sein soll, ist ihm nie zu Gesicht gekommen. Der erste längere Aufsatz, der von Wortführern der Opposition eingesandt wurde, und sich mit den Ergebnissen des Moskauer Kongresses beschäftigte, ist sofort aufgenommen und in vier Fortsetzungen veröffentlicht worden.

* * *

Die revolutionäre Presse muß das Sprachrohr der arbeitenden Massen sein. Der innere Aufbau der kommunistischen Tageszeitungen muß sich nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Form von der bürgerlichen Presse unterscheiden. Die kommunistischen Arbeiterzeitungen haben weder die offiziöse Regierungspolitik der Kapitalistenpresse, noch deren Skandalchroniken zu pflegen. Die Presse der Sozialdemokratie und des Kleinbürgertums ist in ihrer ganzen Struktur angelegt zur Propagierung der Klassenversöhnung und des sozialen Friedens. Die tägliche Losung der kommunistischen Presse ist Aufrüttelung der Massen und unerbittlicher Kampf gegen den kapitalistischen Staat und dessen Helfershelfer. Die „Rote Fahne" entspricht bei weitem noch nicht dem Ideal der kommunistischen Tageszeitung, die für die Massen bestimmt ist. Mehrfache Illegalität der Gesamtredaktion, häufiger Wechsel im Redaktionsverbande und vielerlei andere Schwierigkeiten haben immer aufs neue eine gewisse Stabilität innerhalb der Redaktion verhindert. Unter diesen Wechselfällen hatte vor allem die politische Redaktion stark zu leiden. Bis zum 1. August mußte außerdem die Redaktion unter äußerlich sehr ungünstigen Umständen arbeiten. Mit der Uebersiedelung in die neuen Redaktionsräume fallen diese Schwierigkeiten allerdings in der Hauptsache weg.

Als Zentralorgan der VKPD. muß die „Rote Fahne" die Massen auf dem schnellsten Wege über alle wichtigen sozialen Kämpfe und revolutionäre Aktionen des deutschen und des gesamten internationalen Proletariats unterrichten. Trotz mehrfacher Ansätze, eine geordnete und zuverlässige, schnelle eigene Berichterstattung im In- und Auslande für die „Rote Fahne" zu organisieren, blieb die Redaktion bis in die jüngste Zeit hinein auf mehr oder weniger zufällige Einsendungen angewiesen. Dabei konnte beobachtet werden, daß bei sehr wichtigen Ereignissen in den Provinzen die Redaktion aus den betreffenden Bezirken ohne jede eigenen Berichte blieb. Es ist in-

zwischen gelungen, in den wichtigsten Bezirken feste Pflichtmitarbeiter heranzuziehen. Die Eigen-Berichterstattung aus dem Auslande läßt noch so gut wie alles zu wünschen übrig. Es sind zwar in den einzelnen europäischen Hauptstädten Korrespondenten gewonnen worden, deren Mitarbeit jedoch außerordentlich unregelmäßig ist. Die kommunistische Internationale muß diesen Zustand schnell und gründlich ändern. Die Koordination der revolutionären Parteien Mitteleuropas muß gleichzeitig zu einer Koordination der kommunistischen Presse Mitteleuropas führen. Nur dann ist es möglich, eine innige geistige Verbindung zwischen den einzelnen Sektionen der kommunistischen Internationale herzustellen und mit noch größerem Erfolge wie bisher aus den Köpfen der Massen das nationale Denken zu verdrängen und an dessen Stelle ein klares internationales Klassenbewußtsein zu setzen. Diese Fragen können jedoch von den einzelnen Redaktionen allein nicht gelöst werden. Hier müssen die Organisationen helfend eingreifen.

Mit den Großbetrieben und Werkstätten von Groß-Berlin und Umgegend steht die Redaktion in engster Verbindung. Sie wird über die Vorgänge in den Großbetrieben teilweise durch eigene Vertrauensleute, teils auf dem Wege über die Gewerkschaften regelmäßig unterrichtet. Allerdings läßt sich auch auf diesem Gebiete noch sehr viel ausbauen und erweitern.

Soll die „Rote Fahne" zum lebendigen Echo der täglichen Nöte und Leiden der Arbeiterschaft werden, dann müssen die Arbeiter in den Werkstätten, in den großindustriellen Unternehmungen und Verkehrsanstalten regelmäßig an der Zeitung mitarbeiten, d. h. sie müssen in einfachen Briefen ihre und ihrer Klassengenossen elende Daseinsbedingungen, die aus stumpfsinniger Maschinenarbeit folgernden seelischen Qualen, ihren Haß gegen den militaristischen Zwang der Fabrikarbeit und ihren Willen zur Beseitigung der kapitalistischen Lohnsklaverei, niederschreiben. Es wurde vielfach beobachtet, daß Arbeiter und Arbeiterfrauen zu den Redakteuren kamen, um ihnen über ihre Notlage zu berichten. Gegen eine selbständige schriftliche Niederlegung ihrer Beschwerden zeigten sie jedoch in den meisten Fällen ein starkes Widerstreben. Die Arbeiter müssen die Scheu vor dem Schreiben für die Zeitung überwinden.

Die Mitarbeit der parlamentarisch tätigen Genossen an der „Roten Fahne" war sehr spärlich. Oft war es sehr schwer, Berichte über die Ausschußsitzungen des Reichstages von Parlamentsmitgliedern der VKPD. zu erhalten. Die Mitarbeit der einzelnen Abteilungen der Parteizentrale (Reichswirtschaftszentrale, Wirtschaftsarchiv, Abteilung Land, Nachrichtendienst) war rege. Doch es ist zweifellos möglich, die wichtige Arbeit dieser Abteilungen noch mehr als bisher für die gesamte Parteipresse auszunutzen.

Das Zusammenarbeiten zwischen der Redaktion der „Roten Fahne" und der Parteizentrale, sowie der Berliner Organisation geschieht in der Weise, daß Vertreter der Redaktion regelmäßig an den Sitzungen dieser Körperschaften teilnehmen. Die geistige Verbindung der Redakteure untereinander wird gewährleistet durch regelmäßige Redakteurkonferenzen, die wöchentlich zweimal stattfinden, in denen wichtige politische, wirtschaftliche und parteitaktische, sowie redaktionstechnische Fragen ausgibig erörtert werden. Außerdem finden täglich Besprechungen innerhalb der einzelnen Ressorts statt.

* * *

Soll die „Rote Fahne“ das Vertrauen und die Führung der großen proletarischen Massen in Deutschland gewinnen, dann ist neben der praktischen Politik Voraussetzung, daß die Redaktion dauernd mit guten politischen Kräften besetzt ist, und daß im Redaktionsverbande selbst unter Vermeidung der steten Fluktuation eine gewisse Stabilität der Arbeit Platz greift, die erst die Garantie für die sorgfältige Behandlung der einzelnen politischen Fragen zu bieten vermag. Daneben jedoch ist von großer Wichtigkeit die regelmäßige Mitarbeit der führenden Parteigenossen in und außerhalb der Zentrale, sowie der Parlamentsmitglieder. Als wichtige Ergänzung zu dieser Mitarbeit jedoch muß hinzukommen, die Mitarbeit der Arbeiter aus den Betrieben. Dann wird das Zentralorgan der Partei nicht eine Tribüne für theoretische Erörterungen sein, sondern das Spiegelbild des lebendigen revolutionären Kampfes der arbeitenden Klasse.

Verlag „Rote Fahne“.

Die „Rote Fahne“ erscheint seit dem 1. Januar 1921 zweimal täglich, morgens und abends. Vom 1. Januar 1921 bis 31. März wurde die „Rote Fahne“ im Lohndruck durch die Firma Buchdruckerei W. Moeser, Stallschreiberstr. 34/35 hergestellt. Für den Druck einer zweimal täglich erscheinenden Tageszeitung war die Firma jedoch ungenügend eingerichtet, denn der Druck von 40 000 Exemplaren nahm meist 3½ bis zu 4½ Stunden in Anspruch.

Nach Einsetzen der Märzaktion versuchte die Staatsanwaltschaft und das Berliner Polizeipräsidium mit allen Mitteln das Erscheinen der „Roten Fahne“ unmöglich zu machen. Die Maßnahmen verschärften sich, nachdem trotz der Beschlagnahme der Zeitung während des Druckes, trotz Fortnahme der Platten und Matern, trotz Zerstörung des Satzes, die „Rote Fahne“ dennoch fast regelmäßig erschien. Wiederholt ging die Staatsanwaltschaft dazu über, Teile der Rotationsmaschine fortzunehmen, um die Herausgabe der „Roten Fahne“ unmöglich zu machen. Trotzdem erschien die „Rote Fahne“ in „Schwarzdruck“, wie der „Lokal-Anzeiger“ ärgerlich berichtete. Durch Verlegung der Druckereien, durch Verstecken der gedruckten Auflage und durch Verteilung des Druckes auf zwei Druckereien usw. gelang es immer wieder, die Zeitung herauszubringen. In dieser Zeit zeigte es sich, daß die Verbreitung des Blattes durch die Organisation sehr schnell Schiffbruch erlitt, während die gewöhnliche Ausgabe durch die Zeitungszentrale eine fast ungehinderte Belieferung der Abonnenten gewährleistete.

Durch die Einschüchterungsversuche der Staatsanwaltschaft ängstlich gemacht, weigerte sich Anfang April die Firma Moeser, den Druck der „Roten Fahne“ noch fernerhin zu übernehmen. Sie stellte zwar bis zum 1. Mai den Satz des Blattes noch her, aber der Druck mußte in der Buchdruckerei M. Noster erfolgen. Vom 1. Mai ab erfolgte die Herstellung der Zeitung ausschließlich durch die letztgenannte Druckerei. Die technische Einrichtung dieser Firma genügte zwar für die prompte Herstellung der vierseitigen Abendausgabe, aber für die achtseitige Morgenausgabe und die 6—7 Kopfblätter, die im Verlage der „Roten Fahne“ erscheinen, war die Druckerei der Firma Noster nicht ausreichend, wodurch es meistens unmöglich gemacht wurde, die pünktliche Herausgabe der Zeitung regelmäßig durchzuführen. Wir haben alles getan, um diesem unhaltbaren Zustande abzuhelfen, wir verlegten den Redaktionsschluß auf einen früheren Zeitpunkt, was wiederum die Aktualität der Zeitung in Frage stellte. Alle diese

Maßnahmen vermochten trotzdem nicht die regelmäßige, pünktliche Lieferung der Zeitung herbeizuführen; sie scheiterten an der auf die Herstellung unserer Zeitung nicht eingerichteten Lohndruckerei.

Vom 1. August ab wird die „Rote Fahne" in der neueingerichteten Friedrichstadt-Druckerei hergestellt. Diese Druckerei ist technisch so eingerichtet, daß die pünktliche Herstellung der „Roten Fahne" wohl garantiert werden kann. In den ersten Tagen sind allerdings mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden. Die Druckerei versichert uns jedoch, daß die Schwierigkeiten zu den Kinderkrankheiten eines neuen Betriebes gehören und daß sie demnächst bestimmt behoben sein werden.

Seit Februar erschienen als Kopfblätter der „Roten Fahne" „Tribüne für Magdeburg-Anhalt", „Der Stürmer" für Pommern, „Rote Fahne der Lausitz". Es folgten im April „Schlesische Arbeiterzeitung" und „Neue Zeitung Ostpreußen", im Mai „Rote Fahne Nord-West", Bremen, und vom April bis Juni „Der Rote Kurier", Leipzig.

Da die Druckerei Noster den Druck der Kopfblätter nicht übernehmen konnte, wurde ihre Herstellung der Firma Wolf übertragen. Die Matern für den politischen und gewerkschaftlichen Inhalt wurden der Firma Wolf von Noster geliefert, während erstere Firma nur den Satz für den Inseraten- und lokalen Teil herstellte.

Für die Propaganda der „Roten Fahne" wurden erhebliche Aufwendungen gemacht. Vom Januar bis April wurden teils durch Säulenanschlag, teils durch die Organisation 24 400 Plakate geklebt. Ferner gelangten 200 000 Klebemarken mit 20 verschiedenen Aufschriften zur Verteilung. Anläßlich der Landtagswahl gaben wir ¼ Million Bestellkarten mit der Aufschrift: „Hast du kommunistisch gewählt"? heraus. Desgleichen 510 000 Bestellkarten mit der Aufschrift: „Deutsche Tageszeitung" bis „Vorwärts" und „Freiheit" sind Organe der Arbeiterfeinde und Schwächlinge!", „Revolutionäre Arbeiter, abonniert die „Rote Fahne".

Im Monat März wurde von der Berliner Organisation eine Hausagitation veranstaltet. Es gelangten zur Ausgabe 5700 Morgenzeitungen, 1900 Abendzeitungen. Die Agitation mußte unterbrochen werden wegen der einsetzenden Märzaktion. Im Monat Juni wurde diese Agitation wiederholt und gelangten 42 880 Morgenzeitungen zur Ausgabe, die durch die Berliner Organisation gratis zur Verteilung gelangten. Der Erfolg dieser Hausagitation war nicht sehr groß. In Zukunft soll in Berlin bezirksweise die Hausagitation weiter vorgenommen werden.

In allen Versammlungen und Demonstrationen wird die „Rote Fahne" durch die Organisation der Zeitungsobleute zum Verkauf angeboten, wie überhaupt ständige Fühlungnahme besteht zwischen Expedition und den Zeitungsobleuten Groß-Berlins.

Bericht der Reichstagsfraktion.

Das ganze politische Leben stand in der Berichtszeit, die sich vom Vereinigungsparteitag der VKPD. im Dezember 1920 bis Anfang Juli 1921 erstreckt, unter fortwährenden außen- und innenpolitischen Spannungen.

Der Schwebezustand Deutschlands in seinem Verhältnis zu den Siegerstaaten der Entente verursachte außenpolitisch fortgesetzt neue Konflikte und Krisen, die im Reichstag immer in der bekannten zaudernden und ausweichenden Weise zum Austrag und zur Erledigung kamen. Die Beschlüsse

der Pariser Konferenz Ende Januar 1921, die neben der zweiundvierzigjährigen Tributpflicht Deutschlands in der Gesamthöhe von 226 Milliarden Goldmark, eine zwölfprozentige Wertabgabe von der deutschen Ausfuhr vorsahen, stießen beim deutschen Bürgertum auf starken Widerstand. Die Regierung Fehrenbach erklärte die Forderungen für unannehmbar und machte schließlich Gegenvorschläge, die auf der Londoner Konferenz Anfang März überreicht wurden. Die deutsche Regierung wollte sich zur Zahlung von insgesamt 50 Milliarden Goldmark verpflichten, verlangte aber die Anrechnung der bisherigen Wiedergutmachungsleistungen zum Werte von 20 Milliarden Goldmark. Die Entente lehnte diesen Vorschlag schroff ab. Am 7. März erfolgte der Abbruch der Verhandlungen in London. Ihm folgte die Verhängung der Sanktionen: Besetzung dreier Ruhrhäfen und Errichtung einer Zollgrenze am Rhein. Die Regierung Fehrenbach wußte sich nach dem Bruch von London keinen anderen Ausweg, als Scheinmaßnahmen in der Entwaffnungsfrage und einen Appell an den neugewählten Präsidenten Harding der Vereinigten Staaten von Nordamerika um Uebernahme der Schiedsrichterrolle in dem Konflikt mit der Entente. Harding lehnte das Ersuchen der deutschen Regierung ab. Diese Ablehnung führte am 4. Mai zum Sturz der Regierung Fehrenbach. Einen Tag später überreichte die Entente der deutschen Regierung das bekannte Ultimatum auf Anerkennung der Zahlung von 132 Milliarden Goldmark, einer 26prozentigen Abgabe vom Werte der deutschen Ausfuhr und der Erfüllung der Entwaffnungsbedingungen. Nur mit Mühe und Not gelang es in letzter Stunde, eine Regierung der Erfüllung des Ultimatums zustande zu bringen. Es bildete sich unter der Führung des bisherigen Reichsfinanzministers Dr. Wirth ein neues Koalitionskabinett aus Zentrumsleuten, Demokraten und Rechtssozialisten, das sich der stillschweigenden Unterstützung der Unabhängigen, die für die Annahme des Ultimatums stimmten, erfreute.

Bei allen einzelnen Phasen der Krisen in der auswärtigen Politik hat die komunistische Fraktion im Reichstag ihren grundsätzlichen und taktischen Standpunkt stets scharf zum Ausdruck gebracht, die Unheilbarkeit der derzeitigen Krisis des kapitalistischen Systems aufgezeigt und als einzig möglichen Ausweg aus den bestehenden Irrungen und Wirrungen den Sturz des Kapitalismus, die kraftvolle Uebernahme der Macht durch das Proletariat und die Notwendigkeit des engsten brüderlichen Zusammenarbeitens der deutschen Arbeiterklasse mit Rußland, dem Staate der proletarischen Revolution, nachgewiesen. Die Kommunistische Fraktion hat im Gegensatz zu den beiden sozialdemokratischen Parteien, die sich mit allen Mitteln für die Annahme des Ententediktats einsetzten, dem Ultimatum die Zustimmung verweigert, weil sie dem kapitalistischen Deutschland und seinen Agenten das Recht bestreitet, irgendwie über die Zukunft und das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse zu verfügen.

Die Annahme des Ultimatums schaffte der Regierung Dr. Wirth zunächst eine Atempause. Diese wurde jedoch bisher fortwährend durch die Politik der Ententeregierungen, besonders durch deren Verhalten in der oberschlesischen Frage bedroht. Dem Jubel der deutschen Nationalisten über ihren Abstimmungssieg in Oberschlesien am 20. März 1921 folgte auf dem Fuße die Wut über die Maßnahmen der dort residierenden Interalliierten Kommission, deren französische Mitglieder offen dahin arbeiteten, das Abstimmungsgebiet in die Hände der polnischen Nationalisten zu spielen. Die propolnische Haltung der Franzosen, die Propaganda der polnischen Regierung, die eine nicht minder heftige und verlogene Gegen-

propaganda des deutschen Kapitals auslöste, führten Anfang Mai in Oberschlesien erneut zu einem Aufstand, der weite Teile des Abstimmungsgebietes in die Gewalt der polnischen Insurgenten brachte. Die Reichsregierung begnügte sich nach außen hin mit wortreichen Protesten, unterstützte aber insgeheim mit allen Mitteln die angeblich private deutsche Gegenwehr, die mit Waffengewalt Oberschlesien für das deutsche Kapital zurückerobern sollte. Im Aufstandgebiet kam es zu spontanen proletarischen Erhebungen, die zu Fabrikbesetzungen und Landenteignungen führten, aber später durch die Nationalisten beider Parteien erbarmungslos im Blute erstickt wurden. Nach langen wechsel- und gefahrvollen Verhandlungen zwischen Entente und Reichregierung räumten schließlich polnische Aufständler und deutsche Orgesch das Abstimmungsgebiet. Die vereinbarte Entwaffnung wurde jedoch von beiden Seiten offen sabotiert. Beide stehen nach wie vor sprungbereit, um die jetzt wieder vertagte Entscheidung des Obersten Rates über das Schicksal Oberschlesiens mit Waffengewalt zu ihren Gunsten zu korrigieren. Die Regierung Dr. Wirth, die bisher noch kein wesentliches Entgegenkommen der Entente weder in der Frage Oberschlesien noch in der der Sanktionen zu erzielen vermochte, befindet sich noch immer in einer überaus prekären Situation, sie hängt buchstäblich an dem Faden der oberschlesischen Frage, deren außen- und innenpolitische Auswirkungen die Arbeiterklasse täglich und stündlich vor neue gewaltige Aufgaben stellen kann.

Der von der Kommunistischen Fraktion im Reichstag immer wieder erhobenen Forderung auf sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland hat die Reichsregierung insoweit Rechnung tragen müssen, als sie seit April dieses Jahres eine offizielle Handelsvertretung der Sowjetrepublik in Berlin zugelassen und die Einrichtung einer ähnlichen deutschen Vertretung in Moskau beschlossen hat. Dagegen hat die Fraktion dem Abkommen Deutschlands mit Horthy-Ungarn ihre Zustimmung versagt.

Innenpolitisch stand die Berichtszeit unter dem Zeichen der erstarkenden Reaktion wie der wachsenden Verelendung der werktätigen Massen. Die Regierung Fehrenbach begünstigte und der Reichstag stützte offen alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen. Der Ausnahmezustand ist in weiten Teilen Deutschlands zur ständigen Regierungseinrichtung geworden. Er besteht auch heute noch ohne jeden ersichtlichen Grund in Bayern, Ostpreußen und Mitteldeutschland fort. Besonders die Reaktion in Bayern wächst sich immer mehr zu einer ständigen Bedrohung des deutschen Reiches aus. Die Orgesch herrscht dort trotz ihrer Entwaffnung und Auflösung nach wie vor unumschränkt. Jede selbständige Regung der Arbeiterklasse, besonders der Kommunisten, wird mit brutaler Gewalt unterdrückt; die Kommunisten werden schamlos gehetzt und verfolgt und selbst ihre Abgeordneten werden trotz ihrer Immunität unter den frivolsten Scheingründen verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Für die Kommunisten, z. T. auch für die Unabhängigen, gibt es keine Preß- und Versammlungsfreiheit. Der nackteste politische Terror, ja selbst der offene politische Mord sind an der Tagesordnung. Und Reichsregierung und Reichstag der „demokratischen" Republik schützen ostentativ das Willkür- und Gewaltregime der Kahr-Pöhner in Bayern trotz aller Vorstöße. Alle Anträge unserer Fraktion und der übrigen Arbeiterparteien stießen auf den geschlossenen Widerstand aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokraten.

Auch die Hörsingsche Provokation der mitteldeutschen Arbeiterschaft, die auf ausdrücklichen Befehl des sozialdemokratischen

preußischen Innenministers Severing erfolgt ist, wurde von der Mehrheit des Reichstags einschließlich der Sozialdemokraten in ihren Vorbereitungen, blutigen Gewaltmaßnahmen und nachfolgenden Justizverbrechen ausdrücklich gutgeheißen. Die Kommunistische Fraktion hat das schamlose Treiben der Reaktion und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer, den Ebertschen Verfassungsbruch durch Errichtung von Sondergerichten und die aufreizenden Schandurteile der Weißen Justiz rücksichtslos angeprangert. Alle Versuche unserer Fraktion, für die Opfer der Hörsingschen Provokation den Erlaß einer Amnestie durchzusetzen, sind bisher an dem geschlossenen Widerstand des Bürgertums und der Rechtssozialisten gescheitert.

Den Kampf gegen die Reaktion und die Klassenjustiz, die sich täglich immer offener und schamloser enthüllt, hat die Kommunistische Fraktion bei allen sich bietenden Anlässen, besonders anläßlich der Beratung des Justiz- und Heeresetats nachdrücklich geführt.

Das innerpolitische Verhalten der Reichstagsmehrheit fand ein vollkommenes Spiegelbild in ihrer Stellungnahme zu den brennenden Problemen der sozialen Fürsorge und der Finanzpolitik. Die Riesenschuldenlast des Reiches und das 89 Milliardendefizit im Reichshaushalt mußten immer wieder herhalten zur Ablehnung aller noch so bescheidenen Fürsorgemaßnahmen für die werktätige Bevölkerung. Während man den großkapitalistischen Reedern unbedenklich 12 Milliarden und dem Agrarkapital Milliardenliebesgaben zuschanzte, lehnte man kaltblütig alle kommunistischen Anträge auf Linderung der drückenden Not der Erwerbslosen, der Sozialrentner und der breiten Massen ab. Man erhöhte auf ihre Kosten die Post-, Telegraphen- und Eisenbahngebühren, man beschloß den Steuerabzug von ihren kümmerlichen Löhnen und Gehältern, sabotierte aber gleichzeitig die Ausführung der bestehenden Besitzsteuergesetze und durchlöcherte sie planmäßig zugunsten des Kapitals. Es versteht sich von selbst, daß unsere Fraktion gegen diese antisoziale Politik der Reichstagsmehrheit und ihrer rechtssozialistischen Gehilfen den schärfsten Kampf geführt hat.

Die Fraktion hat selbstverständlich den Staatshaushalt der kapitalistischen Republik abgelehnt.

In der Frage der Beamtenbesoldung, die wiederholt zu äußerst kritisch zugespitzten Situationen führte, hat die Fraktion sich stets wirksam der Interessen der kleinen und mittleren Beamten angenommen. Sie hat dabei den Grundsatz eines Existenzminimums verfochten, fand aber damit selbst bei den Sozialdemokraten keinen Anklang. Sie lehnte die Besoldungsordnung, die 13 Gehaltsstufen und 5 Ortsklassen vorsieht, ab, nachdem ihr Antrag, die Zahl der Besoldungsgruppen auf 4 zu verringern, mit Hilfe der Sozialdemokraten niedergestimmt worden war. Dem Notgesetz zur Ortsklasseneinteilung stimmte die Fraktion dagegen zu, um die notleidenden Beamten möglichst schnell in den Besitz der ihnen zugebilligten geringen Einkommensverbesserungen zu setzen. Aus demselben Grunde erklärte die Fraktion ihre Zustimmung zu dem Gesetz betreffend Aufbesserung der Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen.

Die Reichsregierung und der Reichstag sind entschlossen, der Arbeiterklasse zu allen übrigen Lasten auch noch die Kosten für die Behebung des durch die Profitwirtschaft bedingten und durch den Krieg bis zur Unerträglichkeit verschärften Wohnungsmangels aufzubürden. Unsere Fraktion lehnte die Regierungsvorlage zur Förderung des Wohnungsbaues aus diesen Gründen ab, und betonte scharf die Pflicht des Staates zur Beschaffung ausreichender Wohnungen auf Kosten des Besitzes.

Anträge unserer Fraktion auf Gewährung des Existenzminimums an die Arbeitslosen sowie weitere Anträge auf Gewährung von Beihilfen wurden von der Reichstagsmehrheit abgelehnt. Erst kurz vor den Sommerferien beschloß der Reichstag einige unzureichende Zuwendungen an die darbenden Erwerbslosen. Die Anträge der USPD. und der SPD., die hinter den zehn Forderungen des ADGB. zurückblieben und im volkswirtschaftlichen Ausschuß noch unzulänglicher gestaltet worden waren, wurden von unseren Rednern scharf gebrandmarkt. Bei den verschiedenen Debatten hat unsere Fraktion das ganze Arbeitslosenproblem in seiner grundsätzlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung wiederholt aufgerollt. Dabei wurde auch das arbeiterfeindliche Verhalten der Sozialdemokraten gekennzeichnet, die im Parlament sogar die Forderungen ihrer eigenen Partei und des DAGB. verleugnen und sich zu keinen Maßnahmen zu entschließen wagen, die irgendwie für den Bestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems bedrohlich werden könnten.

Die erste Novelle zum Einkommensteuergesetz im März dieses Jahres, die die Steuerpflicht der Arbeitenden durch Abzug der Steuer bedeutend verschärfte, dagegen den Kapitalisten allerlei Handhaben zur erfolgreichen Steuerdrückebergerei bot, wurde von der Fraktion abgelehnt. Dagegen stimmte sie der zweiten Novelle im Juli d. J. zu, weil sie gegenüber dem früheren Zustande eine Reihe von Steuererleichterungen für die Werktätigen brachte. Dabei wurde jedoch nicht unterlassen, unsere grundsätzliche Gegnerschaft gegen jede Lohnsteuer und unsere Forderung eines steuerfreien Existenzminimums scharf herauszuarbeiten.

Der schon lang erwähnte Reedereiabfindungsvertrag, der unter ganz illusorischen Kontrollsicherungen des Reiches dem Reedereikapital 12 Milliarden Mark auf Kosten der Steuerzahler in die Tasche spielte, wurde von unserer Fraktion scharf gebrandmarkt und zurückgewiesen.

Ebenso hat die Fraktion das Liebesgabenunwesen gegenüber dem Agrarkapital auf das schärfste bekämpft, weil es aus den Taschen der Nichtbesitzenden hohe Milliardenbeträge (7,7 Milliarden) in die Geldschränke der Agrarier hinüberleiten sollte.

Einen scharfen Kampf führte die Fraktion ebenfalls gegen das Gesetz betreffend das Getreideumlageverfahren. Sie stellte diesem Gesetz konkrete Forderungen zur Sicherung der Ernährung der Arbeitermassen, wie Anbauzwang für alle landwirtschaftlichen Großbetriebe, Enteignung aller brachliegenden Ländereien und deren Bebauung unter Kontrolle von Landarbeiter- und Bauernräten usw. gegenüber. Die Fraktion hat sich bei dieser Gelegenheit grundsätzlich mit dem Wesen der bisherigen Zwangswirtschaft auseinandergesetzt. Gleichwohl hat sie mit Rücksicht darauf, daß ihre Zustimmung zu dem Antrag der Deutschnationalen, auf sofortige Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides, sie mitschuldig erscheinen lassen würde an der notwendig unmittelbar folgenden katastrophalen Verteuerung des Brotpreises, diesen deutschnationalen Antrag mit zu Fall bringen helfen.

Dem Wehrmachtversorgungsgesetz hat die Fraktion ihre Zustimmung versagt. Neben unserem grundsätzlichen Verhalten gegenüber dem neudeutschen Militarismus zwang uns dazu die Tatsache, daß das Gesetz den ausscheidenden Offizieren eine lebenslängliche Arbeitslosenunterstützung zusichert, auf die Schaffung eines großen Reserveoffizierkorps hinzielt, den Mannschaften aber absolut unzureichende Versorgungssätze zubilligt.

Kleine Anfragen hat die Fraktion in der Berichtszeit 16 eingebracht.

Die scharfe Zuspitzung der Klassengegensätze kam auch innerhalb des Reichstages immer wieder zum Ausdruck. Die Kommunistische Fraktion ließ sich bei ihrem Vorgehen keineswegs durch die bürgerlichen parlamentarischen Gepflogenheiten beirren. Es kam deshalb wiederholt zu überaus scharfen Zusammenstößen mit der konterrevolutionären Fronde. So unter anderem gelegentlich der Beratung des Reedereiabfindungsvertrages, bei der Vizepräsident Dr. Bell unserem Redner Höllein widerrechtlich das Wort entzog, was zu lang andauernden stürmischen Auftritten Veranlassung gab. Anläßlich der Behandlung der unabhängigen Interpellation wegen der Ermordnung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis kam es sogar zu einer Prügelszene im Reichstag. Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Mittelmann forderte durch einen Zwischenruf offen zum Kommunistenmord auf. Genosse Remmele erteilte dem mordlüsternen Ehrenmann die notwendige Antwort.

Die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion weist, wie offen zugegeben werden soll, noch vielerlei Mängel auf. Es fehlt ihr vielfach noch an Beweglichkeit und Initiative. Die Ursachen hierfür liegen nicht zuletzt in der Kleinheit der Fraktion, die nach dem Gründungsparteitag der VKPD. 24 Mitglieder umfaßte und sich durch die Reichstagswahl im Februar 1921 auf 26 Mitglieder erhöhte. Von diesen sind im Laufe der Berichtsperiode zwei (Levi und Reich) infolge Ausschlusses aus der Partei und eins (Teuber) durch freiwilligen Austritt ausgeschieden, so daß die Fraktion zur Zeit nur aus 23 Genossen besteht. Die geringe Fraktionsstärke stellt eine starke Behinderung in der parlamentarischen Betätigung dar. Sie macht die Fraktion bei der Beantragung von Interpellationen und zuweilen auch bei Stellung von selbständigen Anträgen von der Unterstützung durch die Unabhängigen abhängig. Und diese Unterstützung wurde uns in mehreren Fällen aus rein parteiegoistischen Gründen verweigert. So konnte die Fraktion nur je eine Interpellation wegen des Arbeitermordes in Flensburg und Schließung des Lazaretts in Charlottenburg einbringen. In allen anderen Fällen mußte sie sich auf die Beteiligung an den Debatten über die Interpellationen und Anträge der anderen Parteien beschränken. Das Fehlen eines arbeitsfähigen Fraktionssekretariats mit einer guten Materialsammlung war ebenfalls eine starke Behinderung in der parlamentarischen Betätigung unserer Fraktion. Hinzu kommt, daß viele Genossen häufig durch dringende Parteiarbeiten an der Mitarbeit behindert waren. Dies hat dahin geführt, daß die Fraktion in einer Reihe von Ausschußsitzungen nicht vertreten sein konnte. was von den Gegnern wiederholt in demagogischer Weise gegen die Kommunisten ausgeschlachtet wird. In der letzten Zeit hat sich ein engeres Zusammenarbeiten der Reichstagsfraktion mit den einzelnen Abteilungen der Zentrale angebahnt, von dem zu erwarten steht, daß unsere kommunistische Parlamentsarbeit dadurch in Zukunft eine wesentliche Förderung und Befruchtung erfahren wird. Eine ganze Anzahl wichtiger Vorgänge im Parlament, denen eine stärkere Werbekraft für die Partei innewohnte, sind infolge mangelhafter Berichterstattung nicht genügend zum Bewußtsein der Massen gebracht worden. Die Partei wird deshalb Mittel und Wege suchen müssen, um eine bessere Berichterstattung über die parlamentarischen Vorgänge in der gesamten Parteipresse herbeizuführen.

Bericht des Zentralausschusses.

Der Zentralausschuß wurde auf dem Gründungsparteitag nach den Vorschlägen gewählt, die von den Bezirken gemacht wurden. Der Zentralausschuß ist nächst dem Parteitag die höchste Körperschaft der Partei. Er übt die Rechte des Parteitages aus, wenn dessen Einberufung aus politischen Gründen nicht möglich ist. Seine Wahl erfolgt auf dem Parteitag nach den Vorschlägen, wie sie von den Bezirken gemacht werden. Dabei soll darauf Rücksicht genommen werden, daß die Bezirke entsprechend ihrer Stärke im Zentralausschuß vertreten sind. Diese Zusammensetzung schließt aber nicht ein, daß die Mitglieder des Zentralausschusses etwa die besonderen Interessen ihrer Bezirke vertreten sollen, sondern ihre Aufgabe ist es, die Interessen der Gesamtpartei zu vertreten.

Der Zentralausschuß setzte sich nach der Wahl auf dem Gründungsparteitag aus folgenden Genossen zusammen:

Bezirk 1 Berlin-Brandenburg: Paul Wegmann, Berlin; Ernst Friesland, Berlin; Karl Winkelsässer, Berlin.
Bezirk 3 Lausitz: Konrad Sychalla, Grube Marga bei Senftenberg.
Bezirk 3 Pommern: Fritz Ohlhoff, Stettin.
Bezirk 4 Ostpreußen: Max Heydemann, Königsberg.
Bezirk 5 Danzig: Leo Klinger, Danzig.
Bezirk 6 Schlesien: Hermann Krause, Freiburg i. Schl.
Bezirk 7 Oberschlesien: Heinrich Rau, Gleiwitz.
Bezirk 8 Ostsachsen: Bruno Schramm, Dresden.
Bezirk 9 Erzgebirge-Vogtland: Robert Siewert, Chemnitz.
Bezirk 10 Westsachsen: Albin Hentschel, Leipzig-Eutritzsch.
Bezirk 11 Halle-Merseburg: Georg Schumann, Halle; Otto König, Unterröblingen a. See; Hedwig Krüger, Halle.
Bezirk 12 Magdeburg-Anhalt: Böttge, Bernburg.
Bezirk 13 Thüringen: Otto Geithner, Gotha; Walter Kaiser, Zella-Mehlis.
Bezirk 14 Niedersachsen: Josef Köring, Braunschweig.
Bezirk 15 Mecklenburg: Herbert Meyenburg, Rostock.
Bezirk 16 Wasserkante: Ernst Thälmann, Hamburg; Johann Skellerup, Bramfeld; Wilhelm Herzog, Hamburg.
Bezirk 17 Nordwest: Jannack, Bremen.
Bezirk 18 Oestliches Westfalen: Heinrich Teuber, Bochum; Waldemar Behrs, Dortmund.
Bezirk 20 Niederrhein: Hugo Werner, Essen; Paul Franken, Solingen; Arthur König, Essen.
Bezirk 21 Mittelrhein: Franz Dahlem, Köln a. Rh.
Bezirk 22 Hessen-Waldeck: Karl Poschmann, Kassel-Wolfsanger.
Bezirk 23 Hessen-Frankfurt: Friedrich Schnellbacher, Hanau.
Bezirk 24 Pfalz: Hans Weber, Speyer a. Rh.
Bezirk 25 Baden: Max Bock, Lörrach i. B.
Bezirk 26 Württemberg: Paul Böttcher, Stuttgart; Hans Tittel Stuttgart.
Bezirk 27 Nordbayern: Josef Steimer, Fürth i. B.
Bezirk 28 Südbayern: Otto Graf, München.

Durch dauernden Fortzug aus dem Bezirk, Verhaftungen und Ausschluß aus der Partei wurden ein Reihe von Ergänzungswahlen notwendig, die in den Sitzungen des Zentralausschusses vorgenommen wurden. So wurden am 27. Januar gewählt an Stelle von Wegmann-Berlin, Ruth Fischer-Berlin; für Klinge-Danzig, Raub-Danzig; für Rau-Gleiwitz, Jaddasch-Lippine; für Hedwig Krüger-Halle, Oellsner-Halle; für Skellerup und Herzog-Hamburg, Urbans-Hamburg und Karge-Neumünster; für Poschmann-Cassel, Schwarz-Cassel. In der Sitzung vom 3. Mai für Werner-Essen, Eckert-Essen; für Böttge-Bernburg, Wallstab-Magdeburg; für Teuber-Bochum, Lotz-Dortmund; für Behrs-Dortmund, Leutner-Hamm. In der Sitzung vom 3. August für Ohloff-Stettin, Obendieck-Pasewalk; für König-Unterröblingen, Fiedler; für Oellsner-Halle, Sachse-Wittenberg; für Köring-Hannover, Miller-Hannover; für Sandtner-München, Vogel-München.

An den Sitzungen des Zentralausschusses nahmen mit beschließender Stimme teil die Mitglieder der Zentrale, ein Vertreter der Revisionskommission und ein Vertreter der Russischen Sektion; mit beratender Stimme nahmen teil die Abteilungsleiter, der Vorstand der Reichstagsfraktion und die Oberbezirkssekretäre. Gelegentlich nahmen mit beratender Stimme teil die Bezirkssekretäre und die Redakteure, und an der Sitzung vom 2. und 3. August die Delegierten zum Dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Der Zentralausschuß beschäftigte sich mit folgenden Angelegenheiten:

In der ersten Sitzung vom 27. Januar wurde der Bericht der Zentrale über die Tätigkeit und den Stand der Organisationen entgegengenommen und die Vorbereitung der preußischen Landtagswahl und Aufstellung der Landesliste besprochen und vorgenommen. Die Behandlung der politischen Situation mußte zurückgestellt werden. weil der dafür vorgesehene Referent erkrankt war. Bemerkenswerte Beschlüsse wurden in dieser Sitzung nicht gefaßt.

Die zweite Sitzung, vom 22. bis 24. Februar, beschäftigte sich mit der politischen Lage und den Aufgaben der Partei, insbesondere mit der Frage des Bündnisses mit Sowjetrußland, der Frage der KAP., der Stellungnahme zu den Syndikalisten und Unionisten in der Gewerkschaftsinternationale, der italienischen Frage und den Aufgaben der Zentrale und ihres Verhältnisses zur Exekutive. Ferner wurde in dieser Sitzung der von der Zentrale vorgenommene Ausschluß der Genossen Thomas und Graf aus München wegen ihrer nationalbolschewistischen Einstellung behandelt und der Ausschluß nach den abgegebenen Erklärungen der beiden Genossen rückgängig gemacht.

Gegen die Bündnisparole war besonders in Berlin Opposition gemacht worden. Bei den Abstimmungen entschied sich der Zentralausschuß wie folgt: In der Frage der Bündnisparole stimmte er mit 50 gegen 3 Stimmen folgendem Antrag der Zentrale zu: „Die Parole für das Bündnis mit Sowjetrußland war in der kritischen Lage, die die Beschlüsse der Pariser Konferenz für die Bourgeoisie geschaffen hat, der gegeignete Hebel zur Mobilisierung der proletarischen Massen und zur Demaskierung der deutschen Bourgeoisie. Der Zentralausschuß anerkennt vollkommen das Recht der Parteikritik, das sich so weit Schranken auferlegen muß, als die Durchführung von Parteiaktionen dies erfordert.“ In namentlicher Abstimmung nahm der Zentralausschuß folgenden Antrag der Zentrale mit 33 gegen 20 Stimmen an: „Der Zentralausschuß erblickt in der Kampagne, die von einzelnen führenden Genossen der Berliner Organisation gegen diese Parole geführt wurde, eine schwere Schädigung der

Berliner Organisation in der Aktion der Partei." Zur KAP.-Frage stimmte der Zentralausschuß mit allen gegen drei Stimmen einer Resolution der Zentrale zu, wonach die Aufnahme der KAP. in die Kommunistische Internationale als sympathisierende Partei als ein Fehler bezeichnet und von der Exekutive gefordert wird, gegen die KAP. Stellung zu nehmen, die die Aufnahmebedingungen durch ihr Verhalten geradezu verhöhne. Zur Gewerkschaftsfrage stimmte der Zentralausschuß mit 22 gegen 6 Stimmen einer Resolution der Zentrale zu, wonach das Bestreben der Roten Gewerkschaftsinternationale, alle revolutionären Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen zum Kampf gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zusammenzufassen, nach besten Kräften unterstützt werden soll. Der Austritt der revolutionären Arbeiter aus den Gewerkschaften wird aufs schärfste verurteilt, aber ebenso auch die bedingungslose Zulassung von Syndikalisten und Unionisten zur Roten Gewerkschaftsinternationale, weil diese dadurch als Spalterin der Gewerkschaften erscheinen würde. Es wird verlangt, daß die Aufnahme irgendwelcher deutschen Organisationen in die Rote Gewerkschaftsinternationale nicht ohne Zustimmung der deutschen Parteizentrale erfolgen soll.

Zur Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei lagen zwei Resolutione vor, eine von der Zentrale und eine von zwei Mitgliedern der Zentrale, Stoecker und Thalheimer, von denen die Resolution der Zentrale gewisse Vorbehalte gegenüber der von Vertretern der Exekutive in Italien durchgeführten Parteispaltung macht, während die Resolution Stoecker-Thalheimer das Vorgehen der Vertreter der Exekutive in Italien billigt und sich scharf gegen die Serratigruppe wendet. In der namentlichen Abstimmung wurde die Resolution der Zentrale mit 28 gegen 23 Stimmen abgelehnt und die Resolution Stoecker-Thalheimer mit 28 gegen 23 Stimmen angenommen. Daraufhin erklärten die Genossin Zetkin und die Genossen Levi, Däumig, Hoffmann und Braß, daß sie nicht in der Lage seien, die Solidarität mit der in der Resolution Stoecker-Thalheimer niedergelegten Auffassung nach außen hin zu decken und aufrechtzuerhalten, weil sie darin ein Gefahr für die weitere Entwicklung der Kommunistischen Internationale sehen, und daß sie deshalb die praktischen Konsequenzen aus der Abstimmung zögen und ihre Aemter in der Zentrale niederlegten. Da es nicht gelang, die 5 Genossen von ihrem Entschluß abzubringen, sah sich der Zentralausschuß genötigt, Ersatzwahlen für die ausgeschiedenen Genossen vorzunehmen.

Die dritte Sitzung vom 17. März beschäftigte sich mit der politischen Lage und den Aufgaben der KPD., wozu der Genosse Brandler referierte. Die gespannte außen- und innenpolitische Lage, die durch die Londoner Verhandlungen, durch die Verschärfung der Sanktionen, durch den oberschlesischen Konflikt, durch das Entwaffnungsgesetz und die Orgeschgefahr geschaffen war, veranlaßte die Zentrale, die Partei zu alarmieren und sie zu einer gesteigerten aggressiven Agitation zu veranlassen, um die großen Arbeitermassen zu mobilisieren. Als Parole sollte für diese Agitation dienen die Forderung des Schutz- und Trutzbündnisses mit Sowjetrußland, der Sturz der Regierung, die sich diesem Bündnis entgegenstellt und an dem Verständigungsversuch mit der Ententebourgeoisie festhält; ferner die sofortige Erhöhung aller Löhne und Gehälter um 50 Prozent, Arbeit für die Arbeitslosen, Beseitigung des Steuerabzugs, Annullierung der Staatsschulden und Entwaffnung der Orgesch. Der Zentralausschuß stimmte diesen Parolen gegen eine Stimme zu . In dieser Sitzung wurde bekannt, daß Hörsing, der rechtssozialistische Regierungspräsident der Provinz Sachsen,

das mitteldeutsche Industriegebiet mit Sicherheitspolizei habe besetzen lassen, um angeblich das Industriegebiet von Räubern und Dieben zu säubern. Der Zentralausschuß nahm jedoch zu dieser Besetzung noch keine Stellung, weil nähere Nachrichten nicht vorlagen.

In der vierten Sitzung vom 7. und 8. April wurden behandelt: 1. Die politische Lage und die Aufgaben der Partei; 2. Die organisatorischen Lehren der Märzaktion; 3. Internationale Fragen. Genosse Brandler behandelte in einem Referat den Verlauf der Märzaktion und die daraus zu ziehenden politischen Lehren. In einem Korreferat nahm die Genossin Zetkin gegen die taktische Haltung der Zentrale in der Märzaktion Stellung und legte dazu eine Resolution vor, in der in scharfer Weise der Zentrale die Mißbilligung ausgesprochen und die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verlangt wurde. In der ausgedehnten Debatte bekannten sich nur sehr wenig Redner zu der Auffassung der Genossin Zetkin. In namentlicher Abstimmung wird die Resolution der Genossin Zetkin mit 43 gegen 6 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. In einer von der Zentrale vorgelegten Resolution wird die Märzaktion charakterisiert als eine unvermeidliche Abwehraktion gegen die Hörsingsche Besetzung Mitteldeutschlands. Die Märzaktion sei der Beginn der revolutionären Offensive, die von der Partei bei den Arbeitermassen ausgelöst werden müsse. Am Schlusse der Resolution heißt es:

„In Anerkennung der vorstehenden Leitsätze sieht der Zentralausschuß in der Märzkampagne der Partei eine dieser taktischen Einstellung entsprechende Aktion, die, obgleich sie mit einer Niederlage endete, notwendig war, da die Partei trotz der ungünstigen Umstände des Kampfbeginns dem planmäßigen Aufmarsch der legalen und illegalen Gegenrevolution nicht kampf- und tatenlos zusehen durfte, wenn die Partei nicht zur Partei der revolutionären kommunistischen Phrase statt zur Partei der revolutionären Aktion werden wollte. Der Zentralausschuß billigt deshalb die politische und taktische Haltung der Zentrale und verurteilt aufs schärfste die passive und aktive Gegnerschaft einzelner Genossen während der Märzaktion und fordert die Zentrale auf, die Organisation auf die größte Kampfkraft einzustellen und dazu alle erforderlichen organisatorischen Maßregeln durchzuführen."

Diese Resolution wurde in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 14 Stimmen angenommen, wobei sich die Mitglieder der Zentrale der Stimme enthielten.

In einer besonderen Abstimmung wurde gegen zwei Stimmen aufs schärfste die passive und aktive Gegnerschaft einzelner Genossen während der Aktion verurteilt. — Die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages wurde gegen 11 Stimmen abgelehnt. — Nach dem Referat über die organisatorischen Lehren der Märzaktion wurde eine Resolution der Zentrale gegen vier Stimmen angenommen, wonach eine eiserne Disziplin von jeder Parteikörperschaft und jedem einzelnen Parteimitglied verlangt wird und der Organisationsapparat so ausgebaut werden soll, daß eine schnelle Mobilisation aller Parteikräfte möglich ist. Der Zentrale wird die Vollmacht erteilt, Parteimitglieder, die bei Aktionen gegen Grundsätze und Taktik der Partei verstoßen, sofort aus der Partei auszuschließen, wogegen es nur eine Berufung an den Zentralausschuß geben soll. Der Genosse Siewers wurde wegen seiner oppositionellen Stellung zur Märzaktion als Mitglied der Zentrale abberufen.

In der fünften Sitzung vom 3. bis 5. Mai stand auf der Tagesordnung:

1. Die politische Lage und die Aufgaben der Partei:
   a) Sanktionen, innere und außerpolitische Krise, Teilaktionen;
   b) Gewerkschaftsfrage.
2. Stellungnahme zum dritten Weltkongreß.
3. Berufung Levis gegen seinen Ausschluß.
4. Stellungnahme zum außerordentlichen Parteitag.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierten die Genossen Thalheimer und Heckert. Die Zentrale legte dazu ausführliche Leitsätze zur Taktik der kommunistischen Internationale während der Revolution vor, an deren Schluß die Märzaktion, trotz aller Unzulänglichkeiten und Fehler die dabei gemacht wurden, als der erste Versuch gekennzeichnet wird, mit der Vergangenheit zu brechen und aus eigener Kraft aktiv in den Gang der Revolution einzugreifen, um sie zu beschleunigen und dadurch die Führung der Massen zu gewinnen. Vom Genossen Kurt Geyer war eine Resolution vorgelegt worden, daß die von der Zentrale bei der Märzaktion befolgte Taktik ein Bruch mit der Vergangenheit der Partei und den bisher geltenden Leitsätzen des kommunistischen Programms bedeute. Dieser Bruch wurde aufs schärfste verurteilt. Die Resolution Geyer wurde vom Zentralausschuß mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Die von der Zentrale vorgeschlagenen Leitsätze zur Taktik, die gleichzeitig als Thesen dem dritten Weltkongreß der KJ. unterbreitet werden sollen, wurden einstimmig angenommen.

Ueber die Stellungnahme zum dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale referierte Genosse Koenen, der gleichzeitig berichtete über seine Verhandlungen mit der Exekutive anläßlich des wegen der italienischen Frage ausgebrochenen Parteikonflikts, wozu auch der Genosse Braß als Vertreter der Opposition nach Moskau delegiert war. Der Genosse Geyer war während dieser Zeit als Vertreter der Zentrale in der Exekutive. Von der Zentrale wurde eine Resolution an den dritten Weltkongreß vorgelegt, die den organisatorischen Aufbau der KJ. und ihre Beziehungen zu den angeschlossenen Parteien behandelte ferner ein Antrag zu der italienischen Frage, in dem die Maßnahmen der Exekutive in der italienischen Frage gebilligt wurden. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag, der vom Weltkongreß verlangt, der KAPD. als sympathisierende Partei aufzugeben, sich den Beschlüssen der KJ. unterzuordnen und sich in kurzer Zeit der VKPD. anzuschließen.

Der Ausschluß Levi's, der durch die Zentrale am 15. April erfolgt war und gegen den Levi Einspruch erhoben hatte, wurde vom Genossen Pieck näher begründet. Der Ausschluß war wegen Disziplinbruchs erfolgt, weil Levi unmittelbar nach der Märzaktion eine Broschüre „Unser Weg" herausgegeben hatte, in der er die Märzaktion als ein Verbrechen und bakunistischen Putsch bezeichnete. Außerdem war von Levi die Niederlegung seines Reichstagsmandats verlangt worden, was Levi aber abgelehnt hatte. Levi begründete seine Handlung vor dem Zentralausschuß in ausführlicher Rede als eine Partei rettende Tat, die er durch den Verlauf der Märzaktion als zertrümmert ansah. In namentlicher Abstimmung bestätigte der Zentral-Ausschuß mit 36 gegen 7 Stimmen den Ausschluß Levi's aus der Partei und verlangte von Levi erneut die Niederlegung seines Reichstagsmandats.

Die Genossen Braß, Däumig, Kurt Geyer, Ad. Hoffmann, Eckert, Malzahn, Paul Neumann und Klara Zetkin hatten sofort, als Levi von der Zentrale ausgeschlossen wurde, sich mit ihm solidarisch erklärt und auch die von ihm herausgegebene Broschüre gebilligt. Die Zentrale hatte daraufhin am 20. April von den Genossen verlangt, daß sie, soweit sie Parlamentsmitglieder sind, ihre Parlamentstätigkeit bis zur nächsten Sitzung des Zentral-Ausschusses einzustellen haben. Dieser Aufforderung kamen die Genossen nicht nach. Die acht Genossen erklärten auch vor dem Zentral-Ausschuß, daß sie trotz des Ausschlusses von Levi durch den Zentral-Ausschuß sich mit ihm solidarisch verbunden fühlten. Der Zentral-Ausschuß sprach den Genossen wegen ihres Verhaltens mit 31 gegen 8 Stimmen die Mißbilligung aus und billigte die von der Zentrale gegen sie getroffenen Maßnahmen. Weiter wurde ein Antrag angenommen, in dem von allen Genossen die strengste Einhaltung der Parteidisziplin und die Ausführung der gefaßten Beschlüsse verlangt wird.

In die Zentrale wurden für die ausgeschiedenen Genossen Wegmann, Siewers und Kurt Geyer die Genossen Walcher, Höllein und Eberlein gewählt.

Die sechste Sitzung vom 2. und 3. August nahm den Bericht vom dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale entgegen, der von den Genossen Koenen, Braunthal und Friesland erstattet wurde. Für die von der Opposition zum Kongreß entsandten Vertreter (Malzahn und Neumann) berichtete Genosse Neumann. Der Zentral-Ausschuß stellte sich in einer von der Zentrale vorgelegten Resolution mit allen gegen 4 Stimmen auf den Boden der Beschlüsse des Weltkongresses und der Vereinbarungen, die nach Abschluß des Kongresses in Moskau zwischen dem Genossen Lenin, den Vertretern der VKPD. und der Opposition getroffen worden sind. Der Zentral-Ausschuß forderte von der Opposition, daß sie sich ebenfalls die Beschlüsse des Kongresses und diese Vereinbarungen zu eigen mache und danach handele. Die Opposition gab daraufhin eine dahingehende Erklärung ab. Anträge, die von der Opposition verlangten, daß sie ausdrücklich erklären solle, keine weitere politische Verbindung mit Paul Levi zu halten, jede Mitarbeit an der von Paul Levi herausgegebenen Zeitschrift „Unser Weg", wie jede Sonderbündelei einzustellen, wurden mit 24 gegen 19 Stimmen abgelehnt, weil die Opposition erklärte, daß sie nach ihrer allgemeinen Erklärung eine solche Sondererklärung für überflüssig halte. Der Zentral-Ausschuß lehnte mit Stimmengleichheit eine Erweiterung der Zentrale ab, durch die zwei Genossen der Opposition Gelegenheit zur Mitärbeit in die Zentrale gegeben werden sollte.

In dem politischen Bericht der Zentrale, den der Genosse Meyer erstattete, wurde u. a. auch erklärt, daß die Zentrale mit der vom Genossen Brandler geführten Verteidigung vor dem Sondergericht nicht einverstanden sei. Eine Ersatzwahl für den Genossen Brandler in die Zentrale wurde bis zum Parteitag zurückgestellt. Ein Antrag auf Verlegung des zum 22. August 1921 einberufenen Parteitages wurde abgelehnt und die von der Zentrale vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt.

* * *

Berichte der Bezirke.

Bezirk 1 (Berlin-Brandenburg).

Bei der Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie nach dem Hallenser Parteitag gelang es in Berlin der Unabhängigen Parteibürokratie, den gesamten Parteiapparat in der Hand zu behalten. Nicht nur die Redaktion der Zeitung, der „Freiheit" verblieb den Rechtsunabhängigen, sondern auch Parteibüro, Sekretariat und Kassenbestände der Berliner Organisation. Der Neuaufbau der Organisation ist uns dadurch außerordentlich erschwert worden. Erst im Laufe des Dezember gelang es, ein wirklich funktionierendes Sekretariat für den Bezirksverband Berlin-Brandenburg wieder in Gang zu bringen und die Mitgliedschaft in den einzelnen Bezirken erneut zu erfassen.

Das Sekretariat des Bezirksverbandes ist im Verlaufe der letzten Monate mehrfachen Veränderungen unterzogen worden. Die Arbeit ist nach folgenden Gesichtspunkten eingeteilt: Allgemeine politische und organisatorische Leitung, Agitation und Organisation in Berlin, Agitation und Organisation in der Provinz Brandenburg, Gewerkschaftsagitation, Betriebsagitation, Frauenagitation, Kassengeschäfte.

In der Provinz sind in den letzten Monaten vier Untersekretariate in Luckenwalde, Frankfurt a. O., Rathenow und Landsberg eingerichtet. Der weitere Ausbau der Organisation war eine Zeitlang durch die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei sehr gehindert. Nachdem die Organisation zum Ausbau des Zehnergruppen-Systems, zur Hauskassierung und zur intensiveren Erfassung der Mitgliedschaft übergegangen ist, setzt eine zwar langsame aber sichere Aufwärtsbewegung ein.

An Betriebsräten haben wir bis heute 1200 erfaßt. Die Arbeit dieser Betriebsräte wird beeinflußt durch unser Büro. Alle Fragen der Wirtschaftspolitik werden allwöchentlich in einer großen Zahl von Betrieben durch unsere Fraktion erörtert. In den Gewerkschaften haben wir von den 48 der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände in 38 Verbänden feste Fraktionen. Auch hier geht besonders in den maßgebenden Fraktionen seit März d. J. die Arbeit stetig vorwärts. 3 Organisationen haben wir fast restlos unter kommunistischen Einfluß gebracht, die Zimmerer, die Schuhmacher, die Buchbinder. In einer Anzahl der größten Gewerkkschaften, wie Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Zentralverband der Angestellten, Buchdrucker, Gastwirtsgehilfen, Dachdecker, Bäcker und Konditoren, Eisenbahner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Maler und Lackierer stehen wir organisatorisch ziemlich günstig und verfügen über die stärksten Fraktionen überhaupt. In einigen Organisationen

sind wir noch sehr schwach. Wir greifen heraus: Textilarbeiter, Tabakarbeiter, Porzellanarbeiter, Musiker, Brauereiarbeiter, Friseure, Gärtner. In allen Verbandsversammlungen arbeiten unsere Genossen planmäßig nach vorher festgelegten Programmen und Richtlinien. Bei den einzelnen Wahlen zu Ortsverwaltungen, Brancheleitungen, Generalversammlungen, Verbandstagen ist sehr gut gearbeitet worden, wenn auch nicht überall mit positiven Ergebnissen. Einzelne Fraktionen haben wir zu Kartellen zusammengeschlossen, so städtische Arbeiter, Metallkartell, Graphisches Kartell, Nahrungs- und Genußmittelkartell. Besonderen Wert haben wir auf die Arbeit unter den Arbeitslosen gelegt. Dank der von uns vorbereiteten Versammlungen, Demonstrationen, Flugblätter und Arbeit in den einzelnen Verwaltungsbezirken gelang es uns, fortgesetzt unseren Einfluß unter den Arbeitslosen zu steigern.

Besondere Aufmerksamkeit schenkten wir der theoretischen Ausbildung unserer Mitglieder. In zahllosen Kursen in den einzelnen Verwaltungsbezirken sind ununterbrochen alle wichtigen Fragen der Parteibewegung, der Internationale. die grundlegenden Probleme des Kommunismus usw. behandelt worden. Durch die Zusammenfassung aller verantwortungsvollen Parteiarbeiter zu einem besonderen Zirkel versuchten wir einen Stab von geschulten Arbeitern zu schaffen. Sofort nach Abschluß des Parteitages wird diese Arbeit, die während der beiden Sommermonate wegen der Abwesenheit vieler Genossen in Moskau zurückgestellt werden mußte, wieder aufgenommen und erweitert werden. Durch Funktionärkonferenzen unterrichten wir regelmäßig unsere Funktionäre über alle Diskussionen in der Partei und über die zu lösenden Aufgaben unserer Bewegung. Auf 5 Bezirksparteitagen wurden alle politischen und organisatorischen Fragen eingehend behandelt.

Die Entwicklung und der Ausbau unserer Organisation in der Provinz ist ebenfalls im langsamen aber stetem Wachstum begriffen. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, maßlosen Verfolgungen der kommunistischen Arbeiter durch Arbeitslos- und Wohnungslosmachung, sowie durch Verleumdungen und Verhetzungen der bürgerlichen Presse findet die kommunistische Idee besonders unter den Landarbeitern guten Boden. Die Versammlungen sind durchweg gut besucht. Alle Gegenmaßnahmen der SPD. und USPD., die ihren Einfluß immer mehr und mehr schwinden sehen, und kein Mittel unversucht lassen, wie Saalabtreibungen, gewaltsame Verhinderung unserer Versammlungen, gelingt es ihnen nicht, die Landarbeiter von unseren Versammlungen fernzuhalten.

In unserem Tätigkeitsbezirk sind zurzeit zirka 30 bürgerliche Tageszeitungen. Die SPD. unterhält sechs Tageszeitungen, die USPD. gibt neben der „Freiheit" noch drei Kopfblätter im Bezirk heraus die aber nur geringen Abonnentenstand aufweisen. Der VKPD. dagegen steht nur ein Organ, die „Rote Fahne" zur Verfügung. Da der Abonnementspreis der „Roten Fahne" für die Landbevölkerung ein zu hoher ist, ist der Versuch gemacht worden, für die Uckermark den Stettiner „Stürmer", für die östlichen Unterbezirke die „Rote Fahne der Lausitz" und für die westlichen Unterbezirke die Magdeburger „Tribüne" einzuführen. Inwieweit dieser Versuch Erfolg hat, läßt sich noch nicht feststellen.

Die propagandistischen und organisatorischen Kräfte der SPD. und zum Teil auch der USPD. sind uns an Zahl überlegen. Der SPD. stehen die besoldeten Kreisvertrauensleute des Deutschen Landarbeiterverbandes, der Gewerkschaften, Krankenkassen, Konsumgenossenschaften, Arbeitersekre-

täre sowie der Stab der Redaktionen, Magistrats- und Landratsamtsangestellten zur propagandistischen Tätigkeit zur Verfügung. Die Zahl dieser besoldeten Propagandisten der SPD. dürfte mit 300 nicht zu hoch gegriffen sein.

Bei der Vereinigung bestanden 78 Ortsgruppen. Am 1. August 1921 konnten wir bereits 204 Ortsgruppen mustern. Außerdem sind noch in 50 Orten Vertrauensleute mit mehr oder weniger Mitgliedern, die sich noch nicht als Ortsgruppen konstituiert haben.

Eine Neuwahl der Gemeinde- und Stadtverordnetenparlamente hat in der Berichtsperiode nicht stattgefunden. Die jetzt amtierenden kommunistischen Gemeindevertreter und Stadtverordneten sind zum Teil aus den Wahlvorschlägen der SPD. und USPD. im Jahre 1919 hervorgegangen. Zurzeit sind im Bezirk 6 besoldete und 7 unbesoldete Stadträte, 3 unbesoldete Schöffen, 132 Stadtverordnete, 24 Gemeindevertreter, 30 Kreistags- und 4 Provinziallandtagsabgeordnete. Es haben verschiedene Konferenzen stattgefunden und wir sind im Begriff, die Gemeindevertreter und Stadtverordnete sowie Kreistagsabgeordnete für den ganzen Bezirk organisatorisch zusammenzufassen.

Die Arbeit zur Gewinnung und Schulung der proletarischen Frauen wurde mit einem Stab guter Funktionärinnen nach der Spaltung sogleich begonnen. Wir suchten zuerst die FAK. (Frauenagitationskommission) in den 20 Stadtbezirken und den 26 Unterbezirken der Provinz aufzubauen und hielten zu diesem Zweck in vielen Bezirken und Gruppen Referate über die organisatorischen und agitatorischen Aufgaben. In der Oeffentlichkeit wirkten wir durch eine große Zahl von Frauenversammlungen oder Volksversammlungen, mit Themen, die so abgefaßt waren, daß sie die Frauen interessierten. Z. B. „Die Frau und die Landtagswahlen", „Wer rettet die Frauen und Kinder aus ihrer Not?", „Was hat die Ebert-Republik für das arbeitende Volk getan?" usw. Die Vorträge über Mutter und Kind in Sowjetrußland und Deutschland waren mit Lichtbildervorführungen verbunden. Allmonatlich fanden Funktioärinnenkonferenzen für Groß-Berlin und Brandburg statt, in denen die jeweils organisatorisch und politisch wichtigsten Fragen zentral besprochen wurden.

Zwei Kurse für die Frauen fanden in der Zeit von der Vereinigung bis zur Märzaktion statt und sobald nach der Märzaktion die Möglichkeit gegeben war, wurde wieder ein neuer Zentralkurs für die Frauen eröffnet, an dem sich die Frauen rege beteiligten.

In der Märzaktion selbst haben sich einige Genossinnen durch aufopferndste Tätigkeit ausgezeichnet und sind dafür auch vom Unternehmertum gemaßregelt worden.

Der Internationale Frauentag wurde durch eine Kundgebung von Tausenden von Frauen im Großen Schauspielhaus eröffnet, in der Klara Zetkin sprach. Eine intensive Verbreitung der Literatur, die zur Aufklärung der Frauen vom Frauenreichssekretariat besonders herausgegeben wird, setzte dann ein. Es gelang, die Abonnentenzahl der „Kommunistin" zu verdreifachen und Tausende der kleinen Broschüren und Flugschriften zu verkaufen. Ferner ging in allen Bezirken die Arbeit des Aufbaues und Ausbaues der FAK. ständig weiter.

Anfang August tagte eine von 60 weiblichen Delegierten und 20 Gästen besuchte Frauenbezirkskonferenz von Berlin-Brandenburg, um den Bericht vom Internationalen Frauenkongreß entgegenzunehmen. Es wurde auf dieser Konferenz auch Stellung zur bisherigen Tätigkeit des Berliner Frauensekretariats genommen und in allen Teilen gebilligt.

Bezirk 2 (Lausitz).

Der Bezirk hatte durch die Vereinigung mit der USPD. einen nennenswerten Zugang an Mitgliedern nicht zu verzeichnen, weil der überwiegende Teil der USPD. im Bezirk gegen den Anschluß an die dritte Internationale Stellung nahm. Der erste Bezirksparteitag fand im Dezember 1920 statt, auf welchem die organisatorische Grundlage für die Vereinigung mit den wenigen Kräften der USPD. geschaffen wurde. Der Bezirk war gezwungen, mit wenigen Kräften die organisatorische und agitatorische Arbeit zu leisten. Der zweite Bezirksparteitag, der am 12. und 13. März 1921 stattfand, zeigte äußerlich schon ein erfreuliches Resultat der bisher geleisteten Arbeit. Vom 1. Dezember bis 1. März war die Zahl der Ortsgruppen von 26 auf 42 und die Zahl der Mitglieder von 700 auf 3200 gestiegen. Auch nach Abschluß der Märzaktion können wir feststellen, das unser Einfluß unter der Arbeiterschaft nicht geringer geworden ist, sondern das sich unsere Bewegung in einem steten Aufstieg befindet. Es bestehen zurzeit fünf Unterbezirke, in denen 38 Ortsgruppen zusammengefaßt sind. Weiter sind im Bezirk noch neun Ortsgruppen vorhanden. In ungefähr 25 Orten des Bezirkes, wo weniger als zehn Genossen vorhanden sind, haben wir Vertrauensleute. Der Aufbau der Organisation nach dem Zehnersystem ist in einem Teile der Ortsgruppen durchgeführt und wird in den anderen planmäßig vorgenommen. Neben diesen organisatorischen Arbeiten schreitet die Bildung von Betriebs- und Gewerkschaftsfraktionen ebenfalls vorwärts.

Trotz der wenigen agitatorischen Kräfte, die dem Bezirk zur Verfügung standen, wurde nach außen eine rege Propagandatätigkeit entfaltet. Der Landtagswahlkampf gab uns die Gelegenheit, in 85 öffentlichen von uns einberufenen Volksversammlungen die Aufrüttelung der Volksmassen und die Propaganda unserer kommunistischen Ziele durchzuführen. Daneben ergriffen wir reichlich die Gelegenheit, in gegnerischen Versammlungen unseren Standpunkt zu vertreten. Das Resultat unter diesen Verhältnissen war für uns ein günstiges, stieg doch unsere Stimmenzahl von 7000 auf 23 000. Gegen die ungarische Blutjustiz, zu den Londoner Verhandlungen, Ultimatum und Sanktionen, zu der oberschlesischen Kriegsgefahr, gegen die Sondergerichte und die Weiße Justiz sowie zu allen wichtigen politischen Tagesfragen wurde in öffentlichen Versammlungen in den Orten des Bezirkes von uns Stellung genommen.

Obwohl unsere Genossen in den Gewerkschaftskartellen sehr schwach vertreten sind, gelang es uns, die Frage: Moskau oder Amsterdam auf die Tagesordnung zu stellen. Die Betriebseinschränkungen in der Glasindustrie sowie auch der Lohnabbau gab unsern Genossen reichlich Gelegenheit, grundsätzlich und auch erfolgreich dagegen aufzutreten.

In der schriftlichen Propaganda arbeiteten wir größtenteils mit dem, von der Zentrale herausgegebenen Material. Eigenes Material wurde vom Bezirk zu Stadtverordnetenwahlen und zur Märzaktion herausgegeben.

Am 1. Februar war es uns möglich, ein Kopfblatt des Zentralorgans, die „Rote Fahne der Lausitz“ herauszugeben. Schon im Aufbau wurde uns durch die Märzaktion die organisatorische Grundlage für den Vertrieb teilweise zerstört. In den letzten Monaten macht sich aber eine Konsolidierung und ein steter Zuwachs an Abonnenten bemerkbar. Durch

Veranstaltung von Propagandawochen wird die bestehende Auflage um ein bedeutendes vergrößert werden.

Um den äußerst fühlbaren Mangel an agitatorischen Kräften abzuhelfen, wurde vom Bezirk in der Zeit vom Dezember bis zum Februar ein Referentenkursus veranstaltet. Zu einem, vom Gewerkschaftskartell des Döberner Kohlengebietes eingerichteten Betriebsrätekursus haben wir den Kursuslehrer gestellt. Zur politischen Schulung unserer eigenen Genossen werden in den Unterbezirken zurzeit besondere Unterrichtskurse veranstaltet.

Durch die Bildung der Unterbezirke wurde der Zeitschriftenvertrieb selbständig von den Unterbezirken vorgenommen. Der Umsatz an Literatur beträgt bisher monatlich zirka 1100 Mark. Die Auflage des Kommunistischen Gewerkschafter ist dauernd im Steigen begriffen.

Die Landpropaganda leisten die Landkommissionen in den einzelnen Ortsgruppen. Durch die Veranstaltung von Landarbeiter- und Kleinbauernversammlungen hatten wir die Möglichkeit, eine Anzahl von Vertrauensleuten zu gewinnen. Um auch auf diesem Gebiet den fühlbaren Mangel an Funktionären abzustellen wurde von dem Landsekretär der Abteilung Land ein zweitägiger Kursus eingerichtet.

Unter den Frauen fällt die Agitation im Bezirke besonders schwer, da unter den Genossinnen selbst eine spezielle Kraft nicht vorhanden ist. In einzelnen Ortsgruppen sind die Genossinnen in besonderen Zusammenkünften erfaßt, um speziell diese Frage zu besprechen. Diesem Gebiet muß in Zukunft unbedingt die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche und weibliche Mitglieder 0,50 Mark. Dazu kommt monatlich für jedes Mitglied eine Agitationsfondsmarke zu 0,50 Mark für den Bezirk.

Die Märzaktion der kämpfenden Arbeiter in Mitteldeutschland fand in der westlichen Lausitz die größte Unterstützung. Die von der Partei herausgegebenen Parolen (Generalstreik) wurde sofort aufgenommen und restlos durchgeführt. Im Unterbezirk Mückenberg-Bockwitz trat die Arbeiterschaft geschlossen in den Generalstreik. Im Senftenberger Unterbezirk wurde ebenfalls der Generalstreik und die Stellung der dortigen Bergarbeiter in Betriebsversammlungen besprochen. Während hier auf einigen Gruben sich die Mehrheit für den Streik aussprach, ergaben die Abstimmungen auf den ausschlaggebensten Gruben unter Mitwirkung sozialistischer Landräte und Kreistagsabgeordneter eine kleine Mehrheit gegen den Streik. In zwei von der Bezirksleitung herausgegebenen Flugblättern wurde besonders den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragend die Situation den Arbeitern geschildert und sie zur Solidarität aufgefordert. Der Unterbezirk Mückenberg Bockwitz wurde in den letzten Tagen des Aufstandes von Reichswehr besetzt und unter Ausnahmezustand gestellt, worauf ein großer Teil unserer besten Funktionäre verhaftet und dem Sondergericht ausgeliefert wurde. Sind auch nach Abbruch des Kampfes die aktivsten Genossen auf der Strecke geblieben, so ist der Kampfeswille bei allen nicht geschächt, sondern gestärkt aus dem Kampfe hervorgegangen. Viel Schwächen und Mängel der alten Organisation wurden durch die Aktion aufgedeckt und jetzt beseitigt. Die Bezirksleitung hat den von der Aktion betroffenen Unterbezirk bei dem Neuaufbau der Organisation die größte Unterstützung zuteil werden lassen. Der Bezirksausschuß, der am 19. April zur Märzaktion Stellung nahm, erklärte sich mit der Haltung der Zentrale einverstanden und unterstützte die dem Zentralausschuß vorgelegte Resolution der Zentrale.

Hat uns auch die Märzaktion Wunden geschlagen, so können wir heute mit Bestimmtheit feststellen, daß der Einfluß unter der Arbeiterschaft nicht geringer geworden, sondern im steten Aufstieg begriffen ist. Auch unter unsern Genossen hat der Gedanke der straffsten Zentralisation mehr als bisher Einfluß gewonnen, und das gibt uns die Gewißheit, daß die Organisation ein Machtfaktor im proletarischen Klassenkampf sein wird.

Bezirk 3 (Pommern).

In den Auseinandersetzungen über die Stellung zur Dritten Internationale in der USPD. hatte sich in der Stettiner Organisation eine schwache Mehrheit für Moskau ergeben. In der Provinz hatten sich die Ortsgruppen der USP., soweit sie Stellung genommen haben, fast durchweg ebenfalls für Moskau entschieden. Die Bezirksleitung der USPD. stellte sich jedoch ebenso wie die Ortsleitungen in Stettin-Stadt und Stettin-Land auf den Standpunkt der Minderheit und dadurch blieb der Organisationsapparat fast völlig in Händen der USPD. Da auch der ehemalige Bezirk Pommern der KPD. organisatorisch sehr schwach war, war die Zusammenfassung der Parteiorganisation nach dem Vereinigungsparteitag außerordentlich schwierig. Bei der ungeheuren Ausdehnung des Bezirks und bei dem Kräftemangel und angesichts der Tatsache, daß auch das USPD.-Organ „Der Kämpfer" in Händen der USPD. blieb, ging der Aufbau der neuen Organisation sehr langsam von statten.

Der 1. Bezirksparteitag des Bezirks, der am 18. Dezember in Stettin tagte, wählte als Bezirkssekretäre die Genossen Hertha Geffke und Fritz Ohlhof. Ferner war im Bezirkssekretariat tätig der Genosse Gustav Marks. Bevor der Genosse Ohlhof seine Tätigkeit im Bezirkssekretariat aufnehmen konnte, wurde er von der Zentrale als Lokalredakteur für das ab 1. Februar für Pommern erscheinende Kopfblatt „Der Stürmer" bestimmt. Neben dem organisatorischen Aufbau mußten Anfang d. J. alle Kräfte für den Landtagswahlkampf angespannt werden. Auch diese Arbeit litt stark darunter, da der Bezirk finanziell äußerst schwach war. Die an den einzelnen Orten durch Sammlungen aufgebrachten Gelder wurden für die örtlichen Wahlunkosten aufgebracht. Immerhin gelang es, im Wahlkampf eine Reihe von neuen Ortsgruppen ins Leben zu rufen. Am Wahltage wurden 27 694 Stimmen für uns abgegeben. Gewählt wurde durch die Reststimmen von Ostpreußen der Genosse Karl Schulz-Neukölln.

In den Provinziallandtag wurden im Regierungsbezirk Stettin und im Regierungsbezirk Stralsund je ein Genosse gewählt, während der Regierungsbezirk Köslin ausfiel.

Wir sind ferner in nachstehenden Kreistagen vertreten: Randow 2, Ueckermünde 1, Grimmen 1, Greifswald 1, Rügen 1, Köslin 1, Rummelsburg 2, Bütow 1, Bublitz 1.

Die propagandistische und organisatorische Auswertung der Wahlbewegung litt im Bezirk darunter, daß unmittelbar nach dem Wahlkampf die Genossin Hertha Geffke, die den Bezirk kannte, als Frauensekretärin nach dem Rheinland versetzt wurde, ohne daß eine Ersatzkraft dem Bezirk neu überwiesen wurde. Die Sekretariatsarbeit und die Redaktion mußte durch zwei Genossen bewältigt werden, und das in einer Zeit, in der es

unbedingt erforderlich gewesen wäre, die noch wenig konsolidierten Ortsgruppen ständig zu bearbeiten.

Auch das ab 1. Februar erscheinende Kopfblatt „Der Stürmer" entwickelte sich recht langsam. Zweimal hat die Arbeiterschaft im hiesigen Bezirk bereits eine Zeitung aufbauen helfen und zweimal ist sie ihr durch die Parteibürokratie geraubt worden. Das hat die Werbearbeit für unsere neue Zeitung außerordentlich erschwert. Der Abonnentenstand hat sich von Monat zu Monat, wenn auch nur um ein geringes, gehoben. Diese Entwicklung ist nur einmal durch die Märzaktion unterbrochen. Von anfangs etwa 900 Abonnenten ist die Zahl auf 1900 gestiegen. Von diesen Abonneten befinden sich 1250 in Stettin und 550 in der Provinz. Die Verbreitung in der Provinz leidet unter dem hohen Abonnementspreis, denn die übrigen in der Provinz erscheinenden Zeitungen sind wesentlich billiger. Ferner ist der politische Teil des Blattes, der aus dem Zentralorgan „Rote Fahne" übernommen wird, dem Verständnis der Landproletarier nicht genügend angepaßt. Den lokalen Teil haben wir nach und nach für die ländlichen Verhältnisse auszugestalten versucht.

Unsere Gewerkschaftsarbeit beschränkte sich zunächst auf Stettin und einige größere Provinzorte. Gleich nach dem Wahlkampf kam es in Stettin zu einem größeren Kampf. Aus geringfügigem Anlaß wurde die Belegschaft der Stettiner Vulkanwerke Ende Februar ausgesperrt. Da die Unternehmer die Aufhebung der Aussperrung von der Zustimmung der Arbeiterschaft zu erheblichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen (Kürzung der Akkordsätze, Teilung der Arbeitszeit) abhängig machten, wirkten die kommunistischen Arbeiter in allen Betrieben darauf hin, die Provokation der Unternehmer mit einem Generalstreik der gesamten Stettiner Arbeiterschaft zu beantworten. Es gelang unseren Genossen in den Gewerkschaften, einen Generalstreiksbeschluß in einer am 3. März abgehaltenen Versammlung sämtlicher Gewerkschaftfunktionäre und Betriebsräte von Groß-Stettin mit 780 gegen 484 Stimmen durchzusetzen. Eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände setzte den Streikbeginn auf Freitag, den 4. März, 12 Uhr mittags fest. Es gelang jedoch der Gewerkschaftsbürokratie, den Streik zu sabotieren und er brach infolgedessen zusammen. Die Belegschaft des Vulkan mußte die Arbeit unter erniedrigenden Bedingungen wieder aufnehmen. Das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie in diesem Kampfe rief weit über die Kreise der Kommunisten in den Gewerkschaften lebhafte Empörung hervor und unsere kommunistische Gewerkschaftsarbeit wurde durch unsere Tätigkeit in dieser Aktion stark belebt.

* * *

Sofort nach der Sitzung des Zentralausschusses vom 17. März„ in der beschlossen worden war, die Partei mit allen Mitteln auf erhöhte Kampfbereitschaft einzustellen, hielten wir am Freitag, den 25. März (Karfreitag) eine Bezirkskonferenz ab, an der Vertreter von 38 Ortsgruppen teilnahmen. Die Konferenz hatte sich damit zu beschäftigen, was im Bezirk geschehen konnte, um das mitteldeutsche Proletariat in seinem Kampfe gegen die Hörsingaktion zu unterstützen. Nachdem erst Anfang März der von der Stettiner Arbeiterschaft beschlossene Generalstreik zuungunsten der ausgesperrten Vulkanarbeiter von der Gewerkschaftsbürokratie mit Hilfe des kampfmüden Teiles der Arbeiterschaft sabotiert worden war und nachdem auch Landarbeiterstreiks im November 1920 und Februar 1921 durch die Bürokratie des Landarbeiterverbandes größtenteils abgewürgt worden

waren, befanden sich unsere Genossen bei ihrer Generalstreik-Agitation in einer äußerst schwierigen Lage. Da auch der Generalstreik in den großen Industriezentren, insbesondere in Berlin, nicht zur Entfaltung kam, gelang es unseren Genossen nur an zwei Orten Teilstreiks auszulösen. In Pasewalk traten die Metallarbeiter in den Kampf und in Bublitz streikten die Arbeiter der Holzbearbeitungsfabriken. In Stettin war es trotz eifrigster Agitation unserer Genossen nicht möglich, die wichtigsten Betriebe, die Werften, zum Anschluß an den Streik zu bewegen.

Mit der Generalstreikpropaganda durfte selbstverständlich die Tätigkeit unserer Organisation sich nicht erschöpfen. Der gemeinsam mit der KAPD. gebildete Aktions-Ausschuß wieß vielmehr alle Ortsgruppen der Partei an, durch Versammlungen, Demonstrationen und sonstige Mittel die Aufmerksamkeit der in Pommern befindlichen Sipo und Reichswehren zu fesseln, sie zu beunruhigen und damit den Abtransport nach andern Gebieten zu verhindern. Diese Aufgabe haben auch eine Anzahl von Ortsgruppen durch die verschiedensten Mittel gut erfüllt. So kam es in Köslin zur Besetzung des Elektrizitätswerks und des Gewerkschaftshauses durch Schutzpolizei. Aus diesem Anlaß eine einheitliche Protestbewegung der Gesamtarbeiterschaft auszulösen, gelang nicht, da die SPD. die Schritte der Sipo billigte und unser Einfluß noch nicht stark genug war, um trotzdem die Massen mitzureißen. Auch in Kolberg, Bublitz, Pasewalk und Podejuch wurden außerordentliche Vorkehrungen durch die Sicherheitswehr wegen des Verhaltens unserer Genossen veranlaßt, ebenso selbstverständlich in Stettin. Damit wurde wenigstens erreicht, daß Sipo- und Reichswehrkräfte von hieraus nicht in nennenswertem Maße abtransportiert werden konnten. Der Aktions-Ausschuß hat am Ostersonnabend ein Flugblatt an die pommersche Arbeiterschaft herausgegeben. Da uns nur eine kleine Druckerei zur Verfügung stand, war es nur möglich, eine ganz kleine Auflage herauszubringen. Das von der Zentrale übermittelte Manuskript „Warum jetzt" wurde gleichfalls sofort in Druck gegeben. Doch beschlagnahmte die Kriminalpolizei die gesamte Auflage, als einige Genossen sie von der Druckerei holen wollten. Die in Frage kommenden Genossen wurden verhaftet und mehrere Wochen festgehalten.

* * *

Pommern als ausgesprochenes Agrargebiet bedarf der intensivsten Arbeit. Im besonderen fehlte es an geeigneten Kräften, das große Gebiet zu bearbeiten. Durch die Anstellung von Bezirks- wie Landsekretären ist die Möglichkeit gegeben die Arbeit in dem räumlich großen Bezirk besser zu bewältigen wie bisher. 160 öffentliche Volksversammlungen wurden abgehalten. An Broschüren wurden in dieser Zeit für 5722 Mark verkauft. Außer den von der Zentrale dem Bezirk zur Verfügung gestellten Flugblättern wurden vom Bezirk vier Flugblätter, außerdem von der Ortsgruppe Stettin fünf Flugblätter herausgegeben. Weiter wurden 200 „Kommunistischer Gewerkschafter" sowie 1000 „Rote Gewerkschaftsinternationale" und 100 Agrarkorrespondenzen im Bezirk verbreitet. Das Vertrauen der Bevölkerung zu unserer Partei ist im steten Wachsen. Die Durchführung der Richtlinien des Rundschreibens Nr. 4 ist beinahe restlos durchgeführt. Unsere Aufgabe wird es sein, in den Organisationsapparat den lebendigen Kampfgeist hineinzubringen. Die Gewerkschaftsfraktionen arbeiten schon mit starkem Erfolg. Im Vorort Stettin sind 19 Fraktionen gebildet, welche gut arbeiten

und auch größere Erfolge fortgesetzt erzielen. Bei den Metallarbeitern, Bauarbeitern, Malern und Transportarbeitern beherrschen unsere Fraktionen die Mitgliederversammlungen vollständig. Auch bei den anderen Verbänden macht sich der Einfluß unserer Fraktionen stark geltend. Besonders gut steht es in der Partei- und Gewerkschaftsarbeit weiter in den Orten Rösslin, Kolberg, Pasewalk. Die Frauenbewegung läßt noch sehr zu wünschen übrig. In der Jugendbewegung geht es wieder vorwärts. Die Arbeitslosen stehen stark unter unserm Einfluß. Die „Rote Hilfe" ist in guten Händen und es wird unsere Aufgabe sein, noch mehr wie bisher die Sammeltätigkeit unserer Genossen anzuregen. Ebenso beginnt jetzt unsere Arbeit in den Konsumgenossenschaften sowie Mietervereinigung. Weiter beginnen jetzt auch die Landpropagandakommissionen zu wirken. Das Gesamtbild unserer Organisation zeigt uns, daß es vorwärts geht.

Bezirk 4 (Ostpreußen).

Der Bezirk Ostpreußen trägt vorwiegend ländlichen Charakter, über zwei Drittel der Einwohner Ostpreußens gehören der ländlichen Bevölkerung an. Daraus ergibt sich, daß die Tätigkeit der Kommunisten keine leichte ist.

Seit Juli 1920 herrscht in Ostpreußen der Ausnahmezustand. Er wurde damals anläßlich des Russenvormarsches verhängt und bis heute noch nicht wieder aufgehoben. Anläßlich der Märzaktion wurde er sogar noch gegen die Kommunisten verschärft.

Die Organisation des Spartakusbundes war in Ostpreußen sehr schwach, auch die Genossen der linken USPD. hatten vor der Spaltung in Halle das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit nur auf Königsberg verlegt und die Provinz sehr vernachlässigt. Die VKPD. fand denn auch eine sehr unübersichtliche Organisation vor. Erst die Wahlen brachten ein halbwegs klares Bild. Die VKPD. erhielt bei diesen etwa 68 000 Stimmen.

Mitten in die organisatorische Ausnützung des Wahlergebnisses und in der Vorbereitung wirtschaftlicher Kämpfe — insbesondere der Landarbeiter — kam die Märzaktion. Am 29. März erfolgte das Verbot der „Roten Fahne des Ostens" und gleichzeitig wurde uns jede Versammlung verboten. Die Partei war noch nicht geschult genug, um diesen Schlag kraftvoll zu parieren. Besonders politisch schwach ist die Parteiorganisation und die Bewegung in Königsberg. Trotz einer zahlenmäßig starken Organisation und trotz fast einstimmigem Generalstreikbeschluß in der Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaftsvertrauensleute kam es in Königsberg nicht zum Generalstreik. In der Provinz wurde in eingen Orten und auf einer Anzahl Güter gestreikt. Zu Entwaffnungsaktionen kam es in den Kreisen Marggrabowa und Labiau. Die junge Partei in Ostpreußen litt ganz besonders unter den gegen die Kommunisten verschärften Ausnahmebestimmungen. Auch der Umstand, daß die Unternehmerschaft besonders rigoros gegen die Kommunisten vorging, brachte es mit sich, daß anfänglich eine große Entmutigung bei unseren Genossen einsetzte. Erst allmählich gelang es, wieder etwas Leben in die Organisation hineinzubringen.

Im Augenblick ist trotz der noch immer anhaltenden Verfolgungen und Schikanierungen ein wesentlicher Aufschwung zu verzeichnen, was, rein organisatorisch genommen, schon daraus hervorgeht, daß die Beitragsein-

nahmen für Monat Juni gegen die des Vormonats sich beinahe verdreifacht haben.

Bezirk 5 (Danzig).

Der 5. Bezirk ist erst bei der Vereinigung im Dezember 1920 entstanden. Bis dahin gehörte Danzig dem Bezirk Ostpreußen als Ortsgruppe an. Nach dem Vereinigungsparteitag wurde von der Ortsgruppenleitung Danzig der KPD. eine erneute Proapaganda unter den USPD.-Genossen entfaltet, um diese für die 3. Internationale zu gewinnen. Die Danziger USPD. hatte aber den Anschluß abgelehnt, sich von der Zentrale in Deutschland getrennt und eine eigene Freistaatspartei (Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Freistaat Danzig) gebildet.

Die Propaganda der KPD.-Genossen hatte jedoch erreicht, daß die USPD. beschloß, Vertreter zum Vereinigungsparteitag nach Berlin zu entsenden. Am 23. Januar hielt denn die USPD. erneut einen Parteitag in Danzig ab. Heftige Kämpfe wurden um den Anschluß an die VKPD. geführt. 75 Genossen stimmten für den Anschluß, 9 dagegen. Diese 9 waren Mitglieder des Danziger Volkstages. Im Anschluß an diesen Parteitag der USPD. fand eine gemeinsame Konferenz der KPD. und USPD.-Genossen statt, auf dem die Verschmelzung beschlossen wurde.

Nun erst begann der Aufbau des Bezirks. Große Schwierigkeiten waren zu überwinden. Das Büro der USPD. mußten wir räumen. Die Zeitung „Das freie Volk" blieb aber in unserer Hand. Die bürgerliche Presse, die SPD.-Presse, die Gewerkschaftsbürokratie und Polizei stürzte sich auf die neugebildete Partei, die VKPD. und suchte uns zu zersplittern. Die Entwicklung war im allgemeinen günstig, soweit es sich um die Steigerung der Mitgliederzahl handelte. An reger Agitation hat es nicht gefehlt. Die Zeitung wurde umgestaltet nnd „Danziger Arbeiter-Zeitung" genannt. Nach langem Bemühen ist es uns auch gelungen, für das Sekretariat ein Büro zu finden, auch wurde eine Buchhandlung eingerichtet. Auch hier sind Schwierigkeiten, weil alle Schriften und Sendungen der Einfuhrgenehmigung bedürfen.

An der Märzaktion war der Bezirk nicht unmittelbar beteiligt. Es zeigt sich, daß die Arbeiterschaft des Freistaats Danzig an den Vorgängen in Deutschland im allgemeinen sehr uninteressiert vorübergeht. Im Volkstag sind wir mit 10 Genossen vertreten. Die Arbeit in den Gewerkschaften nimmt einen günstigen Verlauf. Einige Fraktionen entwickeln sich gut. Die Sympathie der Arbeiterschaft für die VKPD. steigert sich. Unsere öffentlichen Versammlungen sind stets gut besucht. An Polizeischikanen fehlt es nicht. Eine öffentliche Versammlung im Falle Gareis wurde von der VKPD. allein veranstaltet und war gut besucht. Eine Demonstration mit den Forderungen: Entwaffnung der Sipo, Einwohnerwehr, Gegen Klassenjustiz, wurde verboten. Trotzdem demonstrierten Tausende Arbeiter in den Straßen, die überall mit Sipo und schußbereiten Maschinengewehren besetzt waren.

Bezirk 6 (Schlesien).

Der 1. Bezirksparteitag der VKPD. in Schlesien fand am 19. Dezember in Liegnitz statt. Nach Angaben der damaligen Sekretäre zählte die USPD. in Schlesien zirka 15 000 und die KP. zirka 2000 Mitglieder, die zusammen

die VKP. bildeten. Doch stellte sich bald heraus, daß der größte Teil dieser Mitglieder monatelang mit ihren Beiträgen in Rückstand geblieben waren. Als wir dann unumgänglich notwendige organisatorische Maßnahmen trafen (Abonnentenzwang der Parteizeitung usw.) schlug sich ein großer Teil dieser Mitglieder seitwärts in die Büsche. Der wirkliche Mitgliederbestand der VKPD. in Schlesien betrug höchstens 10 000 Mitglieder. Im Verlauf der ersten Wochen setzte eine lebhafte Tätigkeit, sowohl in agitatorischer, als auch organisatorischer Hinsicht ein, so daß sich der Mitgliederbestand festigte und sogar etwas erhöhte.

Ende Dezember veranstalteten wir eine Erwerbslosendemonstration in Breslau, die durch Provokation von der Polizei einen blutigen Ausgang nahm. Die agitatorische Ausnutzung dieser Vorfälle zeitigte eine ziemliche Aktivität der Arbeiterschaft und festigte unsere Position in Schlesien wesentlich. Die beim 1. Bezirksparteitag beschlossene Neueinteilung des Bezirkes in vier Unterbezirke und die Anstellung von Unterbezirkssekretären belastete den Bezirk finanziell sehr, war aber insofern vorteilhaft, als der räumlich weite und auseinandergezogene Bezirk Schlesien viel intensiver bearbeitet werden konnte.

Während des Wahlkampfes wurden alle verfügbaren Kräfte des Bezirks mobil gemacht, wir versuchten in Gegenden, in denen wir noch keinen Fuß fassen konnten, den kommunistischen Gedanken zu tragen. Leider wurde in diesem Wahlkampf zu wenig Wert auf Festigung und Ausbau der Parteiorganisation gelegt, so daß wir aus dieser Wahl nicht viel organisatorischen Nutzen ziehen konnten. Das Wahlresultat entsprach auch nicht den eingesetzten Mitteln und Kräften. Das Stimmergebnis der Landtagswahl in Schlesien betrug knapp 39 000 Stimmen. In den Provinziallandtag schickten wir zwei Abgeordnete.

Nach der Wahl schenkten wir besonders der Erwerbslosenfrage, die in Schlesien außerordentlich brennend ist, erhöhte Aufmerksamkeit. Wir gewannen auf die Erwerbslosenräte starken Einfluß und rekrutieren sich diese zum großen Teil aus Parteimitgliedern.

Auch der Gewerkschaftsfrage brachten wir die nötige Beachtung entgegen und bildeten dort, wo es möglich war, Fraktionen. Leider läßt die Aktivität der schlesischen Genossen sehr zu wünschen übrig, was darauf zurückzuführen ist, daß hier viel zu wenig Bildungsarbeit geleistet wurde. Es wäre für die Bewegung von großem Vorteil, wenn Bildungs- und Rednerkurse in Schlesien in größerem Maßstabe von der Zentrale veranstaltet würden.

Als wir in die Märzaktion eintraten, wurden bis auf den Bezirkssekretär alle Angestellten des Bezirks verhaftet und fast das gesamte Aktenmaterial beschlagnahmt.

Der durch die Ende März weiter erfolgten zahlreichen Verhaftungen und durch zeitweise Schließung des Parteilokals geschaffenen Situation war der verbliebene Teil der Bezirksleitung nicht gewachsen. Durch die zahlreichen Verhaftungen und Beschlagnahmungen unserer Zeitung verloren wir einen großen Teil der Mitglieder und Abonnenten. Trotzdem wurde durch Neubesetzung des Bezirkssekretärpostens mit einem tüchtigen Genossen versucht, den Schlag zu parieren. Es setzte sowohl in der oberschlesischen Frage als auch dem Bergarbeiterstreik in Waldenburg eine lebhafte agitatorische Betätigung ein, die die Parteigenossen einigermaßen aktiv machte und in bezug auf Waldenburg gute Erfolge zeitigte. Leider fiel auch der neue Bezirkssekretär den weißen Schergen in die Hände, ebenso wanderte der nächste Parteisekretär nach kurzer Tätigkeit in Unter-

suchungshaft. Auch bei diesen Verhaftungen wurden jedesmal Material, Adressen und Kassenbelege usw. beschlagnahmt, das wir bis heute zum großen Teil von der Polizei nicht herausbekommen konnten, da sich die Verhafteten niemals Bescheinigungen über das Beschlagnahmte geben ließen. Diese Vorfälle brachten es mit sich, daß in der Mitgliederbewegung ein ganz bedeutender Rückgang zu verzeichnen ist, daß der Bezirk mit vielen Ortsgruppen jede Fühlung verlor und eine Anzahl von Ortsgruppenvorsitzenden und Funktionären zurücktrat. Die Sache liegt heute so, daß der organisatorische Aufbau vollständig von Neuem beginnen muß.

Das Parteiorgan für Schlesien, die „Schlesische Arbeiterzeitung" zählte vor der Märzaktion zirka 6000 Abonnenten; nach der Aktion ging die Zahl der Abonnenten erheblich zurück, was zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß der Drucker sich weigerte, die Zeitung weiter zu drucken, und die Herstellung der Zeitung in Berlin erfolgen muß. Die Herstellung der Zeitung in Berlin bringt es mit sich, daß die Zeitung an Aktualität sehr einbüßt und die Genossen sich wegen der unpünktlichen und verspäteten Zustellung der Zeitung dauernd beschweren. Wenn die Herstellung der Zeitung nicht in der allernächsten Zeit in Breslau ermöglicht wird, ist nicht nur mit einem weiteren Rückgang der Leserzahl zu rechnen, sondern wird dies auch in bezug auf die Partei nicht ohne schwere Folgen bleiben und und die beste Arbeit im Bezirk illusorisch machen.

Der Umsatz unserer Literatur konnte nach dem oben Geschilderten auch nicht so glänzend sein, wie es in Schlesien notwendig ist. Bis zur Märzaktion bewegte sich der Umsatz in aufsteigender Linie, insgesamt wurde für 29 707,24 Mark Literatur umgesetzt. Auf intensives Arbeiten der Buchhandlung geht es seit Ende Juni wieder vorwärts.

Am 24. April fand ein Bezirksparteitag statt, der sich außer mit organisatorischen Fragen namentlich mit der Märzaktion befaßte. Es wurde eine Resolution angenommen, in der sich der Bezirksparteitag mit den organisatorischen und politischen Maßnahmen der Zentrale und den Beschlüssen des Zentralausschusses einverstanden erklärte.

7. Bezirk (Oberschlesien).

Die Kommunistische Partei Oberschlesiens untersteht politisch und organisatorisch der VKPD., sie hat seit ihrer Vereinigung mit der USP. und Polnischen Sozialistischen Partei mehrere Krisen durchlebt. Das Vereinigungsproblem war für die KPO. ein weit schwierigeres wie in den anderen Bezirken Deutschlands, weil sich nicht nur USP.-Arbeiter mit den Kommunisten vereinigten, sondern noch Genossen einer dritten Partei, ein abgespaltener Flügel der PPS., der KPO. angeschlossen hat. Aber die bestehenden politischen Gegensätze zwischen dem alten Spartakusbund einerseits und der USP. und PPS. andererseits wurden durch die Vereinigung aus der Welt geschafft, sondern nur scheinbar überbrückt.

Besonders in der Frage der Volksabstimmung traten die Gegensätze am schärfsten zutage. Die Plebiszitperiode hat den größten Teil unserer Kräfte in Anspruch genommen. Nicht allein das, daß mit dem Thema „Plebiszit oder Revolution" 115 öffentliche Versammlungen abgehalten wurden, daß über eine Viertelmillion Flugblätter verteilt wurden, sondern die größte Schwierigkeit bestand darin, eine einheitliche Parole für die Volksabstimmung herauszugeben. Die Zentrale schlug vor, für die Volksabstimmung die Parole herauszugeben: „Stimmt für die Sowjetrepublik", während ein

ganz geringer Teil von oberschlesischen Genossen des Spartakusbundes die Parole der Stimmenenthaltung vertrat. Letztere Parole siegte mit 3 Stimmen Mehrheit auf der Vereinigungspartei am 12. Dezember. In der Praxis hat es sich erwiesen, daß die von der deutschen Zentrale vorgeschlagene Parole undurchführbar war, weil durch den Akt der Volksabstimmung selbst, die Arbeiter zum Nationalismus aufgehetzt wurden, indem sie sich entweder in deutsche oder polnische Plebiszitlisten eintragen lassen mußten. Ferner hat es sich nach der Volksabstimmung herausgestellt, daß diejenigen Genossen, die sich streng an die von uns herausgegebene Parole hielten, weit weniger unter dem Terror zu leiden hatten, als diejenigen, die abgestimmt haben, auch wenn sie angaben, für die Sowjetrepublik gestimmt zu haben.

Die zweite Krise, die die Partei zu durchleben hatte, war der Ausschluß der sogenannten USPD.-Fraktion, welche vom Bankier Schneeweiß 50 000 Mark erhalten hatte. Es hat sich herausgestellt, daß zu dieser Fraktion in mehreren Ortsgruppen ein ziemlich großer Teil von Anhängern sich fand. Deshalb haben wir die Ortsgruppe Gleiwitz vollständig zertrümmern müssen, weil sich über 60 Proz. der Mitglieder auf die Seite der USPD.-Führer stellten. Wir können sagen, daß der größte Teil der USPD.-Genossen wieder unsere Reihen verlassen hat, und daß nur ein ganz geringer Bruchteil von der USPD. bei uns zurückgeblieben ist. Auch von den PPS.-Genossen ist nur ein ganz geringer Bruchteil in den Reihen der Partei. An Mitgliedern hatten wir im Monat Januar 4300 und im Monat April 3400. Am 1. März begannen wir mit der Herausgabe der „Oberschlesischen Roten Fahne" und der polnischen Zeitung „Czerwony Sztandar" in unserer eigenen Gleiwitzer Druckerei, während die „Rote Fahne" an Abonnenten ständig zugenommen hat und die Zahl der Abonnenten schon im ersten Monat sich verdoppelte, so hat der „Czerwony Sztandar", auf den wir große Hoffnungen gesetzt haben, kaum die Höhe von 500 Abonnenten erreicht. Partei- und Druckereiunternehmen stehen in der besten Entwicklung und die Maidemonstration hat in allen Städten trotz Belagerungszustand und Verbot durch die Interalliierte Kommission Abertausende von Menschen auf die Straße gebracht, die unter unserer Führung demonstrierten.

Große Kraftvergeudung hat noch der Kampf um die sogenannte „Autonomie" der Partei gekostet. Mit dieser Frage haben sich drei Parteitage beschäftigt und diese Frage ist bis zum heutigen Tage noch nicht gelöst worden.

In den letzten zwei Monaten tobte in Oberschlesien der polnische Aufstand. Unsere Partei war nicht imstande, aktiven Widerstand gegen die Hunderttausende von polnischen Aufständischen zu leisten. Sie konnte auch den unerhörten Terror der Polen und der Orgesch gegen die Proletarier nur durch Flugblätter bekämpfen. Aber auch die polnischen Aufständischen und die Heimattreuen und besonders ihre Führer waren nicht imstande, unsere Partei gänzlich tot zu machen. Während des Aufstandes war die Legalität der Partei vollständig aufgehoben. Die Partei war aber illegal soweit organisiert, daß weder die Orgesch noch die Bojowka imstande waren, unsere Mitgliederversammlungen und Konferenzen innerhalb des Aufstandsgebietes auszuheben.

Während des Aufstandes und der Absperrung war es nicht möglich, mit der deutschen Zentrale eine Verbindung aufzunehmen. Die oberschlesische Partei war deshalb auf sich selbst angewiesen und es hat sich herausgestellt, daß die deutsche Zentrale mit den Parolen, die wir in den

verschiedenen Phasen des Aufstandes herausgegeben haben, einverstanden war.

Bereits seit drei Monaten müssen wir unter dem verschärften Belagerungszustand arbeiten. Beide Zeitungen stehen unter Zensur. Die wichtigsten Stellen in der Zeitung werden gestrichen. Die Zensoren gehen so weit, daß die Parteinachrichten, die durch die Zeitung veröffentlicht werden, sämtlich gestrichen werden. Alle Versammlungen und Zusammenkünfte, die mehr als neun Mann umfassen, sind verboten. Wir sind vollständig der Illegalität unterworfen. Auch nach der Liquidierung des Aufstandes ist für uns in den anderen Orten die legale Arbeit unmöglich gemacht. Orgesch und Bojowka sind durchaus noch nicht entwaffnet oder aufgelöst, sondern sie verfolgen nach wie vor unsere Genossen, sprengen die Versammlungen, rauben unsere Kassen und Karteimaterial. In verschiedenen Orten mußten Genossen, die von den Insurgenten in Haft gesetzt waren und denen das Standgericht drohte, durch Kautionen aus den Händen dieser Banden ausgekauft werden. Mehrere Genossen waren über zwei Monate flüchtig, deren Familien von der Partei unterstützt werden mußten. Die Lazarette stellen fortwährend Forderungen für die verwundeten Genossen, die Angehörigen wenden sich wieder an die Partei, welche die Kosten tragen soll. Wir sind jetzt im Begriffe, in Oberschlesien auch die „Rote Hilfe" in der Form zu organisieren wie in Deutschland. Die Sammellisten, die von der Reichsgewerkschaftszentrale herausgeschickt worden sind sind der Vernichtung durch die Insurgenten anheimgefallen.

Nach dem Aufstand ist das gesamte angestellte Personal und alle Funktionäre der Partei entlassen worden. Die gesamte Arbeit muß von den Mitgliedern ehrenamtlich geleistet werden. Obgleich wir unter dem bestehenden Terror nicht die Möglichkeit haben öffentlich zu den Massen zu sprechen, können wir trotzdem konstatieren, daß die Bewegung immer mehr zu unseren Gunsten umschlägt.

Bezirk 8 (Ost-Sachsen).

Der Bezirk gliedert sich in neun Unterbezirke und umfaßt 56 Ortsgruppen, Zehnergruppen sind 235 vorhanden, Betriebsfraktionen 34. Stattgefunden haben: 1 Bezirkskonferenz, 127 öffentliche Versammlungen, 2 Demonstrationen unter freiem Himmel, 11 Maiveranstaltungen, 6 Liebknechtfeiern.

Die Gewerkschaftsagitation wird im Bezirksausschuß wie in den Unterbezirken gesondert behandelt. Es sind bisher 16 Gewerkschaftsfraktionen, 1 Erwerbslosenfraktion und 10 Sportfraktionen gemeldet.

Mit Rednern der Partei wurden belegt: 7 Erwerbslosenversammlungen, 8 öffentliche Gewerkschaftsversammlungen, 1 Eisenbahnerversammlung, 2 Kriegsbeschädigtenversammlungen, 4 Betriebsrätezusammenkünfte.

Für die Frauenagitation ist in der Bezirksleitung und in jedem Unterbezirk eine Genossin oder ein Genosse verantwortlich. Es haben stattgefunden 10 öffentliche Frauenversammlungen, 1 Bezirksfrauenkonferenz. Vertrieben wurden rund 500 Exemplare der „Kommunistin".

Mit der Bearbeitung der Landarbeiter ist erst begonnen worden. Es haben zwei Konferenzen stattgefunden. Mit dem Vertrieb des „Kommunistischen Landarbeiter" und dem „Pflug" wird erst begonnen.

In jedem Unterbezirk ist ein Genosse für die Zusammenfassung der kommunistischen Gemeindevertreter verantwortlich. In fünf

Orten sind die Gemeindevertreter zu Fraktionen zusammengefaßt. Es haben vier Konferenzen stattgefunden. Ferner fanden drei öffentliche Mieterversammlungen statt, die mit Rednern von uns beschickt wurden.

Als Parteiorgan wird das „Volksblatt" vertrieben, das in Chemnitz gedruckt wird. Es soll mit der Gründung einer Genossenschaft begonnen werden.

Bei Ausbruch der Märzaktion war es trotz unseres sofortigen Eingreifens nicht möglich, größere Massen von Arbeitern mobil zu machen. Unser Einfluß auf die Arbeiter war nur gering, weil unsere Presse im Bezirk sehr schwach verbreitet ist. Die SP.-Presse, sowie die USP.-Presse setzte sofort mit ihrem Lügenfeldzug und allen ihren zur Verfügung stehenden Mitteln gegen uns ein. Außerdem kam ihnen die sogenannte sozialistische Regierung zu Hilfe durch ihre Maßnahmen zur Unterdrückung der Aktion. Die Regierung ließ am 2. Osterfeiertag 92 Genossen verhaften, darunter befand sich der Sekretär, sowie eine Anzahl führender Genossen. Dies löste eine große Lähmung aus und das Weiterarbeiten wurde fast zur Unmöglichkeit. Durch das Eingreifen mehrerer Genossen, sowie der beiden Abgeordneten des Kreises und Genossen der KAPD. wurde jedoch der Kampf wieder aufgenommen und es gelang uns, einige Betriebe von Dresden und Heidenau zum Streik zu bringen, während der frühere gut revolutionäre Plauensche Grund vollständig versagte, desgleichen die Arbeitslosen und lebenswichtige Betriebe, auf die wir gehofft hatten. Durch die Herausgabe von Flugblättern gelang es uns, die Aktion etwas zu steigern und wir konnten drei Demonstrationen zur Durchführung bringen. Die erste war schlecht, die anderen beiden wurden besser, aber Massenbewegungen waren es nicht, trotzdem in Dresden 20 000 Erwerbslose vorhanden waren. Sie standen entweder unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie oder, was noch schlimmer, unter dem Neutralitätsdusel des Erwerbslosenrates. In den Unterbezirken stand es noch schlechter.

Nach Abbruch mußten wir eine Umstellung im Bezirk vornehmen, da fast alles Material durch überängstliche Genossen vernichtet worden war. Trotz der Opfer, die uns die Aktion brachte, ist aber im Bezirk ein Rückschlag nicht eingetreten. Die SPD. trat nach Abschluß weniger auf den Plan, aber um so gehässiger und gemeiner die USPD., welche sich als die Hyäne des Schlachtfeldes betätigte. Sie unternahmen eine große Versammlungskampagne mit Ministern und Reichstagsabgeordneten. Dies war aber kein Ruhmesblatt für ihre Politik, sondern aus den Anklägern wurden Angeklagte und aus der angekündigten Vernichtung der VKPD. wurde das Gegenteil. Das Resultat der Aktion bedeutet für den Bezirk nicht Kampfesmüdigkeit, sondern sie ist der Auftakt einer neuen Kampfentschlossenheit zu kommenden Kämpfen.

Bezirk 9 (Erzgebirge-Vogtland).

Die Verschmelzung der linken USPD. mit der VKPD. brachte unserem Bezirke keinen nennenswerten Zuwachs. Die Neugruppierung der Bezirke der VKPD. brachte es mit sich, daß wir den Unterbezirk Gera an Thüringen und den Unterbezirk Selb-Hof an Nordbayern mit insgesamt 21 Ortsgruppen abtreten mußten.

Wir haben im Bezirk eine eigene Zeitung und für das Vogtland geben wir die „Vogtländische Arbeiterzeitung" heraus.

Für Bildung und Aufklärung unserer Mitglieder haben wir einige Kurse über wissenschaftlichen Kommunismus abhalten lassen. Lehrer waren Genosse Dunker, Bittel, Weimer und Borowsky. Die Erfolge dieser Kurse waren die besten.

Im Anfang des Jahres gingen die Unternehmer planmäßig gegen die Betriebsräte vor. Einige unserer Genossen wurden als Betriebsräte gemaßregelt, und wir veranlaßten die Vollversammlung der Betriebsräte, die Chemnitzer Arbeiterschaft zu einer Demonstration während der Arbeitszeit gegen die Willkür der Unternehmer aufzurufen, an der sich 60 000 Arbeiter beteiligten. In Zwickau, Werdau und Crimmitschau fanden ähnliche Demonstrationen statt.

Die Arbeitslosenfrage war in einzelnen Teilen unseres Bezirkes besonders brennend. Im Vogtland gab es Ortschaften, wo auf 1000 Einwohner 190 Arbeitslose kamen. Plauen selbst, eine Stadt von nahezu 100 000 Einwohnern, hatte auf 1000 Einwohner 90 Arbeitslose. In Plauen, Auerbach und anderen Orten des Vogtlandes fanden mächtige Demonstrationen der Arbeiter zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit statt. Die Fraktion im Sächsischen Landtag forderte sofortige Beihilfen für Arbeitslose in Höhe von 600 Mark, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf Existenzminimum usw. Als die Forderungen der VKPD. im Landtage zur Sprache kamen, fanden wiederum im ganzen Lande große Demonstrationen statt. Es gelang immerhin in vielen Orten Beihilfen bis zu 300 Mark für die Arbeitslosen herauszuholen.

Als die Märzaktion notwendig wurde, waren wir uns klar, daß alles getan werden mußte, die Kämpfe des mitteldeutschen Proletariats zu unterstützen, obgleich in unserem Bezirk die Aussichten für eine Aktion sehr ungünstig waren. Vor den Feiertagen war eine Stillegung der Betriebe nicht mehr möglich. Die ganze Zeit vor den Feiertagen und während der Feiertage nutzten die Gewerkschaften und die in unserem Bezirk sehr starke SPD. aus, um gegen die Unterstützung der mitteldeutschen Arbeiter Stimmung zu machen. Am 3. Feiertag setzte die Bewegung ein. In Chemnitz fand eine Demonstration statt, an der sich gegen 30 000 Arbeiter beteiligten. Unsere Genossen befolgten mit wenigen Ausnahmen unsere Parolen. Sie verließen die Betriebe, es gelang auch einen kleinen Teil Sympathisierende mit herauszuholen. Im Erzgebirge, ganz besonders in Aue, Schwarzenberg, Lauter ruhte die Arbeit vollständig.

Im Kohlenrevier war die Situation besonders schwierig, weil das Zwickauer Revier gänzlich unter dem Einfluß der Mehrheitssozialdemokratie steht. Im Lugau-Oelsnitzer Revier hatten wir größeren Einfluß. Die Bergleute, die zur Gelsenkirchener Union gehörten, schlossen sich der Bewegung an. Etwa 5000 Bergleute standen im Streik. Als am zweiten Tage die Miesmacherstimmung Platz griff, wurde von einem führenden Genossen der Union eine Dummheit gemacht. Er forderte auf, auf die Zechen zu gehen und die Arbeitenden aus den Gruben herauszuholen, wenn sie nicht kommen, dann sollen die Feuer herausgerissen und die Gruben stillgelegt werden. Ein Zug von etwa 200 Arbeitern folgte diesen Aufforderungen, es kam zu einem unheilvollen Zwischenfall. Die Betriebsleiter ließen die Notsirenen ertönen und die ganze Bevölkerung in der Annahme, es sei ein Grubenunglück geschehen, strömte herbei, um zu retten. Als sie erkannten, welche Ursachen die Notsirenen in Bewegung setzt, richtete sich ihr ganzer Zorn gegen die streikenden Bergleute. So brach im Kohlenrevier die Bewegung zusammen.

Chemnitz allein 130, und aus den größten Betrieben: Wandererwerke, Presto, Zimmermann, Hartmann, Krautheim, Sondermann und Stier wurden unsere Betriebsräte herausgeschmissen. Erst jetzt kann man feststellen, daß die Unternehmer damit den empfindlichsten Schlag gegen uns geführt haben. Die in den Betrieben zurückgebliebenen Genossen haben nicht die Fähigkeit, sich gegenüber SPD. durchzusetzen. Darum kommen sie zu der einfachen Lösung: Wir wollen nichts mehr mit den Brüdern zu tun haben und deshalb: Heraus aus der Gewerkschaft. Die Strafverfolgungen setzten erst im April ein. In unserem Bezirk sind 66 Genossen bestraft worden. Die Höchststrafe ist 2½ Jahre Zuchthaus. Die Bezirkskonferenz, welche zur Märzaktion Stellung nahm, stellte sich gegen wenige Stimmen auf den Boden der Aktion, sie verurteilte aber alle Einzelheiten, die zu den verhängnisvollen Folgen führten. Einstimmig hieß sie den Ausschluß Levis aus der Partei gut. Diese Beschlüsse kamen zustande, obwohl sich die Genossin Zetkin die größte Mühe gab, die Bezirkskonferenz umzustimmen.

Im allgemeinen können wir sagen, daß wir den kritischen Punkt wieder überwunden haben, es geht wieder vorwärts, wir hoffen die Verluste bald wieder wettgemacht und darüber hinaus einen weiteren Vorstoß machen zu können.

Der Lohnabbau führte auch bei uns in Chemnitz zu einem Kampf, der heute noch andauert und dessen Ausgang noch nicht abzusehen ist. Die Firma Pöge A.-G. hat ihrer Belegschaft, etwa 1200 Mann, einen Lohnabbau von etwa 30 Prozent angekündigt. Die Arbeiter setzten sich dagegen zur Wehr und legten geschlossen die Arbeit nieder. Der Streik dauert schon vierzehn Tage. Wir haben unseren Genossen gesagt, daß es Aufgabe aller Metallarbeiter sein muß, in den Betrieben uno Belegschaftsversammlungen dahingehend zu wirken, daß in der gesamten Metallindustrie Lohnforderungen gestellt werden. Diese Tätigkeit hat bereits Erfolg. Mehrere Betriebe haben Lohnforderungen gestellt. Wir bemühen uns mit aller Kraft diesem Kampf eine breitere Basis zu geben. Die Gewerkschaftsbürokratie wird zwar alles aufbieten, das zu verhindern.

Bezirk 10 (West-Sachsen).

Durch Beschluß des Vereinigungsparteitages wurde der alte KPD.-Bezirk Mitteldeutschland in die zwei Bezirke Halle-Merseburg und Westsachsen getrennt. Diese Trennung des einheitlichen Wirtschaftsbezirks in zwei politische Leitungen ist nach unserer Ansicht ein großer Fehler gewesen. Wir haben auf dem Parteitag gewarnt und erklärt, daß die nächste Aktion des Proletariats die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigen werde. Die Märzbewegung hat das getan. Durch die Teilung der Bezirke wurde die organisatorische Verschmelzung der beiden sich vereinigenden Teile wesentlich erschwert. Das erleichterte der USPD., die in unserem Bezirk ihre Hochburg hat, die Arbeit. Das wortradikale Treiben der „Leipziger Volkszeitung", gemischt mit dem gemeinsten Kampf gegen Moskau, das Weggehen bekannter führender linker USPD.-Genossen kurze Zeit vor der Spaltung in andere Parteibezirke, das sind alles die Ursachen der Tatsache, daß die USPD. auch jetzt noch einen guten Teil revolutionärer Kräfte behielt, die auf Grund ihrer Ideologie zu uns hätten stoßen müssen. Wir konnten den Angriffen der USPD. nicht Gleiches entgegensetzen. Uns fehlte vor allem eine gute Tageszeitung, die auf all diese Dinge einging.

Die „Rote Fahne", die in unserem Bezirk verbreitet wurde, war das Zentralorgan der KPD.. Sie hatte keinen Platz für unsere Bezirksnöte. Auf das „Hallesche Volksblatt", welches wir später verbreiteten, traf dasselbe zu. Als wir uns im Februar ein Kopfblatt für unseren Bezirk, den „Klassenkampf" von Halle, schufen, mußten wir erfahren, daß durch die Erschwerung der Redaktions- und Expeditionstätigkeit und durch technische Mängel der bisherige Uebelstand nicht abgeschafft wurde. Wir mußten deshalb, wenn wir in die Hochburg der Menschewisten die notwendige Bresche schlagen wollten, daran gehen, ein eigenes Druckereiunternehmen zu schaffen.

Zu den allgemeinen politischen Fragen, zum Offenen Brief, zur polnisch-schlesischen Frage, zur Maifeier, zum Ultimatum, zur Frage des weißen Schreckens, zum Gareismord, ist von uns immer eine lebhafte Versammlungskampagne geführt worden. Dabei zeigte sich, daß der Einfluß der Partei weit über den Rahmen der von uns organisatorisch erfaßten Arbeiter reichte.

Die Arbeit in den Gewerkschaften und Betriebsräten ist als die wesentlichste Tätigkeit aufgefaßt worden. Durch systematische Arbeit ist unser Einfluß von Tag zu Tag innerhalb der Gewerkschaften gewachsen. Die Fraktionsbildung ist zwar noch nicht restlos durchgeführt, sondern erst in den hauptsächlichsten Industrien in Angriff genommen worden. Die Ortsgruppe Leipzig läßt die Fraktionsführer der Gewerkschaften und Betriebsräte allwöchentlich zusammenkommen und bespricht mit ihnen alle Arbeit, die im Laufe der Woche zu erledigen ist. Nach der Märzbewegung tauchte auch bei uns die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften" auf. Die Bezirkskonferenz bezeichnete diese Ansicht gegen wenige Stimmen als falsch und verpflichtete alle Genossen nach wie vor in den Gewerkschaften zu bleiben. Eine Ausnahme bilden die Genossen, die im Bornaer Braunkohlen-Revier innerhalb der „Freien Arbeiter-Union" arbeiten. Hier wollte man dem Beispiel der Geschäftsleitung der FAU.-Richtung Gelsenkirchen folgen. Die Genossen waren der irrigen Auffassung, daß der Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale ihre Ansicht teilen würde. Wir hoffen ganz bestimmt, daß, nachdem nun der Kongreß entschieden hat, auch sie die revolutionäre Disziplin anerkennen, sich ihr unterordnen und nach den Richtlinien, die der Weltkongreß gegeben hat, arbeiten.

Die bisher arg vernachlässigte Arbeit der Fraktionsbildung in den Betrieben ist nach der Märzbewegung als unbedingt notwendig überall in Angriff genommen worden. Es haben einige Konferenzen der verantwortlichen Genossen der Betriebe für den Bezirk stattgefunden, auf denen die politischen Fragen und Anregungen behandelt wurden. Wir werden, um die notwendige enge Verbindung zwischen Partei und Betrieb zu schaffen, diese Einrichtung ausbauen und vor allem versuchen, auch die nicht zu unserer Partei gehörigen Arbeiter (Parteilose und Arbeiter anderer Arbeiterparteien) auf diese Konferenzen zu bringen. Die Abhaltung von Versammlungen in den Betrieben wird von der Bezirksleitung auf das eifrigste unterstützt.

Die Frauenbewegung steckt trotz aller unserer Bemühungen noch in den Kinderschuhen. Man sah die Notwendigkeit in den Ortsgruppen nicht genügend ein, auch fehlte es sehr an Kräften, die hier erfolgreich arbeiten konnten. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, wurden während der Berichtszeit zwei Kurse für Genossinnen und in der Frauenbewegung tätigen Genossen veranstaltet. Außer diesen Kursen sind noch Konferenzen der tätigen Genossinnen abgehalten worden. Die „Kommunistin" wird in einer Auflage von 2500 Exemplaren verbreitet. Die Genossinnen versuchen

entsprechend den Richtlinien des Reichs-Frauensekretariats ihre Bewegung auszubauen und zu gliedern. Die Organisation ist jedoch erst in einigen Orten durchgeführt, in den meisten ist man bei der Aufbauarbeit.

Der Bezirk entsendet an Parlamentsvertretern in den Reichstag 1 Genossen, Sächsischen Landtag 3, Bezirksausschuß 1, Provinzial-Landtag 2, Bezirksversammlung 3, Kreistag 6, Stadtparlamente 6, Gemeindeparlamente 130. Als Gemeindevorstände sind zwei Genossen tätig. Um eine einheitliche Linie der parlamentarischen Betätigung zu erreichen, sind die Parlamentsvertreter in der Berichtszeit zweimal zusammenberufen worden. Diese Konferenzen legten fest, daß unsere Genossen überall zur Offensive vorgehen sollten, stellten die Ziele der Arbeit auf und zeigten den Weg, der zu diesen Zielen führte.

Die Landarbeiterbewegung ist ebenfalls versucht worden, in jeder Beziehung zu fördern. In der Berichtszeit hat zusammen mit dem Bezirk Halle-Merseburg eine Konferenz der Vertrauensleute dieses Ressorts stattgefunden, die leider sehr schlecht besucht war. Alle Ortsgruppen sind angewiesen, Genossen der Leitung mit dieser Arbeit zu beauftragen. Wir haben viel Wert darauf gelegt, in Verbindung mit den Vertrauensleuten des Landarbeiterverbandes und mit den Gutsräten zu kommen. Unser Einfluß wächst bei diesen Arbeitern.

Die Zusammenarbeit mit der Jugend ist eine günstige. Die gesteigerte Arbeit innerhalb der kommunistischen Jugend führte in letzter Zeit zur Anstellung eines Sekretärs. Der Bezirk gewährt der Jugend einen monatlichen Zuschuß zur Erhaltung des Sekretariats.

Kommunistische Kindergruppen bestehen nur in Leipzig.

Unsere Abteilung Buchhandel erlitt durch die vom Vereinigungsparteitag beschlossene Teilung des Bezirks eine große Schädigung, weil ihr damit das beste Absatzgebiet genommen wurde. Auch die Abrechnung wurde sehr verschleppt. So ist die Buchhandlung als Parteiinstitution nicht mehr zu halten. Die Mitglieder der Uns-Produktiv-Genossenschaft haben sich aber entschlossen, die Buchhandlung ihrem Betriebe als Zuschußabteilung anzugliedern. Die Genossenschaft als solche wird mit eigenen Verlagswerken auf den Markt treten. Dieser Verlagsabteilung wird angegliedert sein der Schriftenvertrieb der Partei.

Wir haben schon weiter oben auf die Notwendigkeit einer eigenen Tageszeitung für unseren Bezirk und die Bemühungen der Bezirksleitung in dieser Hinsicht hingewiesen. Eine eigene Tageszeitung für uns bedeutete gleichzeitig eine eigene Druckerei. Eine Anzahl Genossen haben aus diesem Grunde eine Produktivgenossenschaft gegründet. Wir hoffen, durch gesteigerte Propaganda den „Roten Kurier" zu einer der mit am meisten gelesenen Tageszeitungen für den Kommunismus zu bringen.

Die Organisation des Bezirks gliedert sich in sieben Unterbezirke mit 78 Ortsgruppen. Die Organisation hat unter der Nachwirkung der Märzbewegung nur in einigen preußischen Ortsgruppen, die direktes Kampfgebiet waren, gelitten. Diese Erscheinung überraschte uns keineswegs, weil diese Orte noch niemals in einem wirklichen Kampfe gewesen sind und sie die Nachwirkungen eines verlorenen Kampfes noch nicht aus eigener Erfahrung kennengelernt haben. Hinzu kommt, daß das Wüten des weißen Terrors die männlichen Mitglieder fast alle und die aktiven Träger der Organisation alle aus den Orten entweder ins Zuchthaus und Gefängnis gesperrt oder zur Flucht gezwungen hat. Doch muß gesagt werden, daß die Genossen überall versuchen, nicht nur die alte Zahl der Mitglieder wieder zu ereichen, sondern, was das wesentlichste ist, sie selbst gehen jetzt,

innerlich gefestigter und überzeugter mit viel größerem Eifer an die allgemeine Parteiarbeit.

Die Versammlungstätigkeit war eine äußerst rege. Abgehalten wurden in der Berichtszeit 298 öffentliche Versammlungen, außer den vielen Versammlungen während der Märztage. Die Bezirksleitung mußte außerdem in 1146 Mitgliederversammlungen Redner stellen. Zur Schulung der Redner haben in Bezirken und in den Unterbezirken Kurse stattgefunden. Außerdem haben wir in Leipzig jede Woche eine Zusammenkunft der Redner, die durch gegenseitigen Austausch ihre Erfahrung und durch Behandlung der wichtigsten politischen Tagesfragen versuchen, ihre Arbeit auf eine streng einheitliche Linie zu bringen. Um das Letztere zu erreichen, sind von der Bezirksleitung bei den wichtigsten Ereignissen besondere Rede-Dispositionen ausgearbeitet worden.

Die Märzaktion zur Verteidigung der mitteldeutschen Arbeiter stellte uns das erste Mal vor größere Aufgaben. Wir müssen erklären, daß wir mit den Arbeiten unserer Organisationen trotz ihres zahlenmäßig geringen Bestandes und der langen Nachwehen des Verschmelzungsprozesses, trotz einiger Mängel, zufrieden sein können. Es galt den Weg zu finden zu den Massen der beiden sozialistischen Parteien, die als Parteien sich auf die Seite Hörsings stellten. Durch das zwiespältige Verhalten der „Leipziger Volkszeitung", das Entrüsten Hörsings gegenüber und das gemeine Denunzieren kämpfender Arbeiter wurden die Arbeiter der USP. vom Kampf isoliert und eine größere Wirkung der Bewegung verhindert. Mit ganz verwerflichen Mitteln arbeitete das USP.-Gewerkschaftskartell und die Parteileitungen. Es galt vor allem, die vorhandenen wirtschaftlichen Bewegungen zur Unterstützung der mitteldeutschen Bewegung auszunutzen. So stand am Anfang der Aktion in unserem Bezirke eine starke Bewegung der Arbeitslosen in Leipzig. Die Erregung unter den Arbeitslosen riß einige Betriebe, die unter dem Einfluß unserer Genossen standen, mit. So wurde die Bewegung zunächst getragen von den Arbeitslosen und 12 000 Arbeitern, vorwiegend KPD.-Genossen als Streikende. Die Bewegung in Borna, Meuselwitz, Riesa stand im engsten Einklang mit der Leipziger Bewegung. Nur zeigte sich hier wieder das Verwerfliche der Trennung der mitteldeutschen Braunkohlen- und Montanindustrie in zwei Teile. Aber in der Einstellung der beiden großen sozialistischen Parteien gegen die Bewegung lag die Unmöglichkeit, eine große politische Aktion hervorzurufen.

Während und nach der Märzaktion setzten die Verhaftungen und die Justizschande ein. Das Dresdener Sondergericht fällte Urteile, wie alle diese Institutionen. Jahrelange Zuchthausstrafen trennen uns von guten Genossen, aber das Wirken der Sondergerichte zeigt den noch nicht an der revolutionären Bewegung interessierten Arbeitern den Gegner, wo sie ihn zu suchen haben: in dem sich immer aktiver bewegenden gegenrevolutionären Bürgertum.

11. Bezirk (Halle-Merseburg).

Im Mittelpunkt des Berichts für die Zeit vom Dezember 1920 bis zum Juli 1921 steht die Märzaktion. Sie hatte die Partei vor eine Aufgabe gestellt, die sie, so wenig sie dazu vorbereitet war, lösen mußte. Die Mansfelder Arbeiter, zum großen Teil erst nach Kriegsende in die proletarische Bewegung hineingezogen, von 1918 her noch mit Waffen versehen, hatten durch ihre Aktivität im Februar 1921 einen Sieg über die Werkspolizei davongetragen. Die Regierung sah sich gezwungen die Werkspolizei aus

Mansfeld zurückzuziehen. Im März ging die Regierung planmäßiger vor, provozierte durch nichts begründete Erlasse die Arbeiterschaft und schickte tausende von Schupo in das Mansfelder Revier. Obwohl die Bezirksleitung in Halle unsere Genossen zur Besonnenheit mahnte und in Gemeinschaft mit der Zentrale die Aktion nur insoweit steigern wollte, als die Abwehrbewegung der Mansfelder sich mit den Bewegungen des Proletariats im übrigen Deutschland vertrug, schritt trotzdem die Mansfelder Arbeiterschaft zum bewaffneten Aufstand. Als dann die Kämpfe einsetzten, die Schupo Verstärkung durch Reichswehr erhielt, beschloß am Dienstag, den 22. März, abends, die Bezirksleitung, im Einverständnis mit der Zentrale, den Generalstreik für Mitteldeutschland zu proklamieren. Im Mansfelder Gebiet stand fast die ganze Bevölkerung im bewaffneten Aufstand und der Generalstreik setzte im ganzen Bezirk erfolgreich ein. Aber als ein Teil maßgebender Genossen gegen den Willen der Bezirksleitung, einen Teil Hallescher Arbeiter unbewaffnet nach Mansfeld führte, wurde dem Generalstreik in Halle der Boden entzogen und die Situation zu ungunsten der Arbeiterschaft verschoben. Der Generalstreik für ganz Deutschland, den die Zentrale am Donnerstag vor Ostern erklärte, nahm den erwarteten Umfang nicht an. Besonders die Transporte der Reichswehr waren durch Sachsen und Thüringen nicht aufzuhalten. Die Folge davon war, daß nun die entfesselte Soldateska, die Schupo und Reichswehr, sich auf die Mansfelder allein konzentrieren konnte, und die Bewegung im Blute erstickte. Es sind allein 61 Familienväter erschlagen, die Zahl der ledigen erschlagenen Arbeiter ist noch nicht festgestellt. Bei den im Bezirk Halle-Merseburg eingesetzten Sondergerichten in Halle, Wittenberg, Naumburg, Nordhausen, Torgau sind mehr als 10 000 Prozesse eingeleitet worden. Unerhörte Urteile sind gefällt worden. 1184 Kämpfer schmachten im Zuchthaus, darunter 1053 verheiratete mit 2254 Kindern und rund 131 Ledige. Flüchtig sind 134, deren Frauen mit 252 Kindern von der „Roten Hilfe" unterstützt werden. Es sind also 1248 Familien allein in Mitteldeutschland, die als Opfer der Schandjustiz unterstützt werden müssen.

Politisch ist der Einfluß der Partei gegenwärtig gesunken. Der Belagerungszustand, der jetzt noch besteht, das siebenwöchige Verbot des „Klassenkampf", seit dem 13. Mai erscheint nur ein Ersatzorgan unter dem Namen „Tribüne", das noch heute herrschende Verbot über die Verbreitung kommunistischer Literatur, Zeitungen, Flugblätter hat natürlich manches Mitglied der Partei schwankend gemacht, zumal die Rechtssozialisten und Unabhängigen in ihrer Versammlungstätigkeit von den mit Rechtssozialisten besetzten Behörden gefördert wurden, während kommunistische Diskussionsredner in öffentlichen Versammlungen kurzer Hand verhaftet worden sind.

Die Organisation ist bereits wieder zusammengefaßt worden und die Genossen stehen im gesamten Bezirk trotz der unerhörten Opfer politisch zur Märzaktion. Die Parteigenossen erkennen die Fehler, die während der Aktion zutage traten, aber sie verurteilen die Aktion nicht um ihrer Fehler willen, sondern die Fehler der künftigen Aktion wegen.

Bei der Verschmelzung zur VKPD. im Dezember 1920 war der politische Einfluß der Partei ausschlaggebend im ganzen Bezirk, organisatorisch war aber der Bezirk wenig zusammengefaßt. Es fehlte ein geeigneter Vertrauensmännerkörper und auch die notwendige Auffassung über Parteidisziplin. Der Bezirk mit seinen 350 Ortsgruppen wurde in sieben Unterbezirke eingeteilt und für jeden Bezirk ein Sekretär angestellt, um erst eine gute Grundlage für die Organisation zu schaffen. In diese Vorbereitungen

fiel die Märzaktion. An eine illegale Arbeit in diesem Kampfe war bei diesem Stande der Organisation nicht zu denken und daraus resultieren auch die großen Mängel, die während jener Aktion zutage getreten sind. So ist es nicht möglich gewesen ein Flugblatt herzustellen und eine Verbindung unter den Genossen aufrechtzuerhalten. Die Partei war völlig ohne Fühlung mit den Mitgliedern und aller Lüge und Verleumdung war Tor und Tür geöffnet.

Der Wiederaufbau nach der Märzaktion, der bis heute unter dem Belagerungszustand erfolgen muß, ist um so schwieriger, weil noch fortgesetzt Genossen in den Ortsgruppen, in den Unterbezirken, sowie in der Bezirksleitung wegen ihrer Tätigkeit verhaftet werden.

Trotz alledem ist der politische Einfluß unserer Partei noch heute der ausschlaggebende im Bezirk. Die KAPD. hat nur noch in Halle eine Anzahl Mitglieder, im Mansfelder Gebiet, in dem bisher die KAPD. am stärksten war, arbeiten die Genossen bereits in unserer Partei. Die USPD., die alles versuchte, um unsere Genossen einzufangen, ist nicht stärker geworden, ebensowenig die SPD. trotz ihrer riesenhaften Anstrengungen. Der Verlust unserer Mitglieder ist keiner anderen Partei zugute gekommen. Es ist lediglich Einschüchterung und Unklarheit, die sie von jeder Parteiarbeit vorläufig fernhält.

Vor der Märzaktion erschien in Halle der „Klassenkampf", weiter der „Klassenkampf für Merseburg" und die „Mansfelder Volkszeitung". Diese Zeitungen wurden in der Märzaktion verboten und an ihrer Stelle wurde später, weil der rechtssozialistische Regierungspräsident Hörsing das Verbot des „Klassenkampfes" nicht aufgeben wollte, die Zeitung unter dem Titel „Die Tribüne" herausgegeben, die aber nach kurzer Zeit wieder auf 10 Tage verboten wurde. Diese Verbote haben einen erheblichen Verlust an Abonnenten zur Folge gehabt, der durch gesteigerte Agitation wieder ausgeglichen werden muß.

Bei der Spaltung der USPD. ist die Hallische Genossenschaftsdruckerei, eine Gesellschaft mit 60 Genossenschaftern, in den Händen der USPD. geblieben. Verlag „Klassenkampf" mit der Volksbuchhandlung ist durch Verhandlungen, wie das Vermögen der Bezirksorganisation und der Ortsgruppe Halle in den Besitz der Kommunistischen Partei übergegangen. Alle Versuche, durch finanziellen Ausgleich auch das Druckereiunternehmen in die Kommunistische Partei zu übernehmen, sind gescheitert. So blieb uns nichts übrig, als selber an die Schaffung eines Druckereiunternehmens zu gehen. Wir gründeten die Produktiv-Genossenschaft für Halle-Merseburg, die den Verlag, die Druckerei, die Bezirksbuchhandlung, die Büroräume, sowie eine Gastwirtschaft in den Betrieb nehmen soll. Dieser Genossenschaft können nur Mitglieder der 3. Internationale angehören. Wir glauben durch die Gründung dieser Genossenschaft die kommunistische Bewegung im Bezirk Halle-Merseburg zu festigen und vor allem die Herstellung unserer Zeitung, der weitverbreitesten im ganzen Reiche, für alle Zukunft sicherzustellen.

Die Bezirksbuchhandlung besteht seit Anfang Januar. Mitte Februar wurden 1500 „Kommunistische Gewerkschafter", 1000 „Kommunistinnen" im Bezirk vertrieben. Vor Beginn der Aktion wurden etwa 100 Ortsgruppen beliefert mit 3000 „Gewerkschaftern", 2000 „Kommunistinnen" und 500 „Pflug". Gleichzeitig wurden alle Parteischriften und Bücher versandt. Nach der Aktion werden nur noch zirka 15 Ortsgruppen regelmäßig beliefert mit 200 „Gewerkschaftern", 100 „Kommunistinnen", 100 „Pflug", 200 „Der junge Genosse" und 150 „Die Internationale". Die an-

deren Ortsgruppen werden von Frankes Verlag direkt beliefert. Die Bezirksbuchhandlung hatte einen Umsatz zu verzeichnen im Februar 25 784,74 Mark, im März 29 313,57 Mk., im April 16 757,50 Mk., im Mai 5 628,90 Mk., im Juni 4 887,25 Mk.

Der Monat Juli zeigt eine allgemeine Aufwärtsentwicklung im Bezirk. Der Neuaufbau ist im vollen Gange, die Wirkungen des Zehnergruppensystems zeigen sich bereits in der Beitragskassierung und in der Ablieferung an die Bezirkskasse. Die Organisation des gesamten Bezirkes ist bereits eine viel straffere als vorher, wenn auch manche Unterbezirke noch nachhinken. Die bei der Märzaktion gemachten Erfahrungen werden nach besten Kräften zur Stärkung der Organisation und der revolutionären Bewegung angewandt.

12. Bezirk (Magdeburg-Anhalt).

Nach dem Vereinigungsparteitag ging die Verschmelzung in unserem Bezirk im allgemeinen ohne Schwierigkeit vonstatten. Nur die Mitgliedschaft der linken USPD. im Freistaat Anhalt, war von partikularistischen Tendenzen durchsetzt, sie beansprucht in bezug auf Bezirkseinteilung und Rechte im Bezirksvorstand weitgehende Berücksichtigung. Der Bezirk wurde eingeteilt in sechs Unterbezirke, in denen sich 88 Ortsgruppen befinden. Der größte Teil unserer Ortsgruppen befinden sich im südlichen Teil unseres Bezirks.

Politisch ist unser Bezirk eine Hochburg der SPD. und hat diese fünf Tageszeitungen zur Verfügung.

Unser Einfluß und Bewegung könnte bedeutend stärker sein, wenn wir in der Lage wären, eine Tageszeitung, die allen technischen und politischen Anforderungen entspricht und hier in Magdeburg gedruckt würde, herausgeben könnten.

In allen Ortsgruppen ist vom Bezirksvorstand als eine der wichtigsten Aufgaben für die Parteiorganisation immer auf die regelmäßige Kassierung der Beiträge hingewiesen worden. Die Ortsgruppen lieferten ihren Pflichtbeitrag an den Bezirk überhaupt sehr unregelmäßig ab, welches mit darauf zurückzuführen ist, daß die Unkosten für Versammlungen und Propaganda in manchen Orten sehr groß sind.

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni wurden 95 öffentliche Versammlungen abgehalten, darunter 19 Gewerkschafts-, 10 Landarbeiter- und 1 Frauenversammlung. Außerdem wurden in 72 Mitgliederversammlungen Referate abgehalten. Ferner sind auch gegnerische Versammlungen mit Referenten als Diskussionsredner beschickt worden.

Der Fraktionsbildung in den Gewerkschaften wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet und deren Durchführung in den Ortsgruppen gefordert. Es wurden an Fraktionsbezirkskonferenzen abgehalten 2 Metallarbeiter, 1 Holzarbeiter, 1 Bergarbeiter, 1 Eisenbahner. Von der „Roten Gewerkschafts-Internationale" fanden in unserem Bezirk in der letzten Hälfte des Juni weitere Gewerkschafts-Versammlungen statt.

Die Landagitation wurde nicht in genügender Weise betrieben. Ungefähr ein Fünftel der Arbeiterschaft sind Landarbeiter, die sich auf den ganzen Bezirk verteilen. Unsere Tätigkeit mußte sich zunächst darauf beschränken, in den Ortsgruppen Verständnis für die Landagitation zu wecken. Zu diesem Zwecke fand am 29. Mai eine Konferenz der Landagitationsvertrauensleute in Magdeburg und eine am 12. Juni in Dessau statt. Am 20. Juni wurde ein allgemeiner Agitationssonntag für die Landagitation im ganzen Bezirk abgehalten.

Die Agitation unter den Landarbeitern war deshalb mit Schwierigkeit verbunden, weil ein großer Teil der Landarbeiter sogenannte Kleinpächter sind, die entweder einen oder mehrere Morgen Land pachteten, diese mit Zwiebeln oder anderem Gemüse bepflanzten und es auf den Markt brachten, so daß ihre freie Zeit gänzlich durch diese Tätigkeit in Anspruch genommen wurde. Zur Beschäftigung mit politischen Zielen fanden sie kein Interesse und keine Zeit.

Um die Frauenbewegung, die in unserem Bezirk noch sehr schwach ist, zu fördern, wurde eine Bezirksfrauenkonferenz abgehalten.

Nach der Verschmelzung war von einer kommunistischen Jugendbewegung in unserem Bezirk kaum die Rede, nur in einzelnen Orten waren wenige Jugendgenossen vorhanden, die dafür eintraten. Jetzt können wir feststellen, daß mit unserer Unterstützung eine gute Jugendbewegung entstanden ist, die bereits 23 Ortsgruppen zählt.

Auch die Kindergruppenbewegung macht seit der Internationalen Arbeiter-Kinderwoche gute Fortschritte.

Um unsere Parteigenossen in die kommunistischen Ideen und Grundsätze einzuführen, wird nicht nur unsere Literatur verbreitet, es wurde auch ein Kursus abgehalten in den Ortsgruppen Magdeburg, Halberstadt und Aschersleben. Der Kursus konnte infolge der Märzkämpfe nicht weitergeführt werden. In Magdeburg haben nur zwei Unterrichtsabende stattgefunden.

Seit dem 1. Februar haben wir in der „Tribüne für Magdeburg-Anhat" eine selbständige Zeitung, die als Kopfblatt der Berliner „Roten Fahne" erscheint. Da diese meist nur 4seitig, 3mal wöchentlich 6seitig erscheint, so kommt der lokale wie provinzielle Teil sehr kurz weg. Schwierigkeiten wurden unserer Zeitung insbesondere von den Genossen aus dem südlichen Teil unseres Bezirkes gemacht, die nach dem Halleschen Parteitag den „Klassenkampf", Halle, abonnierten, sie konnten sich nur schwer dazu entschließen, unser Bezirksorgan zu abonnieren.

Der Bezirksvorstand hatte im Januar beschlossen, eine Produktivgenossenschaft ins Leben zu rufen, welche die Herstellung und den Vertrieb unserer Zeitung übernehmen sollte, um die Grundlage für ein eigenes Zeitungsunternehmen in unserem Bezirk zu schaffen.

Der Registerrichter hatte Einsprüche gegen das eingereichte Statut geltend gemacht und hat dadurch die Produktivgenossenschaft bis heute noch keine gesetzliche Grundlage erhalten.

Der Broschürenvertrieb wurde von der Bezirksleitung in allen Rundschreiben und in jeder Versammlung auf die Notwendigkeit des Literaturvertriebs hingewiesen. Das Ergebnis entsprach aber nicht den Erwartungen, weil die wirtschaftliche Notlage die Arbeiterschaft zu äußerster Einschränkung ihrer Ausgaben zwingt. Seit dem 1. März hat der Bezirk ein offenes Ladengeschäft in Magdeburg eingerichtet, um an die breitere Masse der Arbeiter Magdeburgs mit Literatur heranzukommen. Mit dem 1. Juli ist der Buchhandel in Frankes Verlag übergegangen.

Der Bezirk hatte zur Landtagswahl eine umfangreiche Agitation eingeleitet. Durch die Verhaftung des Bezirkssekretärs hat die Wahlbewegung erheblich darunter gelitten. Es wurden 81 öffentliche Wahlversammlungen abgehalten. Wir haben 26 034 Stimmen erhalten.

Ende Februar setzte eine Krise in der Kaliindustrie ein, weil die Unternehmer die Kalifabriken schließen wollten. Die Bezirksleitung hat in Massenversammlungen in dem Kalibezirk hierzu Stellung genommen, und da die Arbeiter mit Streik drohten, so ließen die Unternehmer ihre Pläne

zunächst fallen. Nachdem unser Einfluß durch die Märzkämpfe und dem Ausnahmezustand zum erheblichen Teil gesunken ist, führten die Unternehmer ihr Vorhaben durch und legten einige Kalifabriken still.

Die Arbeitslosigkeit hat in unserem Bezirk noch nicht solche Formen angenommen, daß größere Massen in Bewegung gesetzt werden konnten.

In Aken a. Elbe wurde die Gemeindevertretung aufgelöst und fanden darauf Neuwahlen statt. Zwei Mandate sind von uns besetzt. In Hornhausen hat sich die Gemeindevertretung ebenfalls aufgelöst. Die Neuwahlen haben noch nicht stattgefunden.

Um die Märzaktion durchzuführen, wurde ein aus drei Genossen der VKPD. und drei Genossen der KAPD. bestehender Aktionsausschuß gebildet, der versuchte, in den Ostertagen die Verbindung mit den Ortsgruppen und den sich im Kampf befindlichen Arbeitern Mitteldeutschlands durch Kurierverbindung herzustellen. Der Boden für einen offenen Kampf war in der breiten Masse nicht gegeben, um aber die mitteldeutschen Arbeiter im Kampfe zu unterstützen, beschloß der AA. in Magdeburg, die Arbeitslosen zu den in den Betrieben stehenden Genossen zu schicken, um diese zum Generalstreik zu bewegen. An der Passivität der Arbeitslosen scheiterte auch dieser Versuch. Auch die Bergarbeiter des Westeregelnerbezirks gelang es nicht, in den Generalstreik zu bringen. Als die Sipo in dieser Gegend einmarschierte, trat totale Verwirrung ein und unsere Genossen verloren infolgedessen jede Führung.

Die angestrebte Hilfe für das mitteldeutsche Proletariat schlug zum Schaden der Arbeiterschaft in unserem Bezirk um. Ausnahmezustand und Presseverbot schnitten uns die Verbindung mit den Genossen im Bezirke ab. Massenverhaftungen wurden vorgenommen und Entmutigung trat ein. In Magdeburg, wo Hörsing residiert, war der Konzentrationspunkt der Weißen Garden und Spitzelzentrale. „Stahlhelm" wurde eingekleidet und mobil gemacht. SPD.-Funktionäre besorgten Courierdienst für die Kontrerevolution. Nächst der SPD. benahm sich die USPD.-Presse am schäbigsten und kämpfte offen gegen uns.

In den Mitgliederversammlungen der SPD. und der USPD. wurde die Aktion besprochen und es zeigte sich, daß die Arbeiter mit der Haltung ihrer Parteilung sich nicht ganz einverstanden erklärten, so daß die SPD. ihre Götzen Hörsing und Beims zweimal heranholen mußte, um die Mitglieder der SPD. wieder zu beschwichtigen. Auch in der USPD. zeigte sich schon während der Aktion eine oppositionelle Strömung, die die Haltung der Parteileitung der USPD. nicht gut hießen. Erfolge aus unserer Niederlage hat die USPD. wie SPD. nicht erzielen können.

Wenn auch unser Mitgliederbestand um einen erheblichen Teil zurückgegangen ist, so hat doch die Märzaktion für die Partei nicht nur reinigend sondern auch anspornend gewirkt. Die noch bestehenden Ortsgruppen arbeiten jetzt aktiv und sind sehr rührig, so daß der Mitgliederschwund durch die Rührigkeit der Genossen ausgeglichen wird. Die Arbeiter der SPD und USPD. und die Indifferenten erkennen jetzt schon das aktive Vorgehen der VKPD. als eine Notwendigkeit.

13. Bezirk (Großthüringen).

Die Tätigkeit der Bezirksleitung mußte sich nach der Vereinigung auf die organisatorische Zusammenfassung der sich zu der Dritten Internationale

bekennenden Ortsgruppen der USP., oder Teile solcher Ortsgruppen verlegen. Parteiblätter standen uns in der „Neuen Zeitung" Jena, und dem „Gothaer Volksblatt" Gotha, zur Verfügung. Der „Volkswille" Suhl, wurde erst im Februar gegründet. Aeußerst erschwert wurde diese Tätigkeit durch das Fehlen der Erfurter „Tribüne", die durch die Hilferdinge mit Hilfe von Sipo, der kommunistischen Arbeiterschaft geraubt war. Diese organisatorischen Mängel erschwerten auch den Wahlkampf zum Preußenparlament. Die Wahlpropaganda trug meist den Charakter der Auseinandersetzung zwischen der VKPD. und USP. In diesem Kampfe gewannen wir noch ca. 10 000 Genossen und erweiterten so unsere Arbeitsbasis räumlich bis auf den Wirkungskreis der alten USP. Der Wahlkampf brachte unserer Partei unter Hinzuziehung von Reststimmen aus dem Wahlkreis Merseburg ein Mandat, auch bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Provinziallandtag erhielten wir ebenfalls ein Mandat, während zu den verschiedenen Kreistagen etwa 20 Genossen gewählt wurden. Innerlich schlecht organisiert und für schwere Kämpfe ungenügend vorbereitet, kam die Märzaktion. Zur Unterstützung des für die mitteldeutsche Arbeiterschaft sich notwendig ergebenden Kampfes gegen die Hörsingschen Maßnahmen forderten wir die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf. Es gelang uns jedoch nicht eine größere Streikbewegung herbeizuführen, weil die USP.- und SPD.-Führer mit aller Kraft die Arbeiter vom Streik zurückhielten. Nur in Suhl, Gotha, Nordhausen, Erfurt und einigen anderen Städten kam es zu Streiks größeren Umfangs, doch dauerte er meist nur einige Tage.

Die Justiz verhängte über neun Genossen 35 Jahre Zuchthaus und acht Jahre Gefängnis. Eine Anzahl Genossen mußten vor den Schergen der Konterrevolution flüchten, während fünf führende Genossen nach einigen Wochen Untersuchungshaft von dem Erfurter Sondergericht freigesprochen werden mußten.

Die Märzaktion hatte offen die Mängel der Organisation gezeigt. Vor allem mußte eine innigere Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben hergestellt werden. Daneben machte sich die Schaffung einer straffen politischen Leitung notwendig, um jenen vorzugsweise in Thüringen herrschenden Kantönligeist zu unterbinden, der die Aktivität der Partei lähmt.

Das Vorgehen der Konterrevolution in Thüringen überzeugte die Genossen von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen. Nach den mitteldeutschen Kämpfen wurde in Thüringen unter dem Protektorat der rechtssozialistisch-demokratischen Regierung die Umstellung der Staatspolizei zu einem brauchbaren konterrevolutionären Werkzeug vorgenommen.. „Unzuverlässige" Beamte warf die Regierung auf die Straße. Zu gleicher Zeit begannen auswärtige Kriminalbeamte systematisch bei der Arbeiterschaft nach Waffen zu suchen, während die Orgesch ihre Kampforganisationen auf- und ausbaute. Das Unternehmertum versuchte diese Situation zum Lohnabbau auszunützen und rechnete mit der Unterstützung durch die staatlichen Machtorgane. Durch Vorstöße im Landtag, öffentliche und Betriebsversammlungen wies die VKPD. die Arbeiterschaft auf die konterrevolutionäre Offensive in Thüringen hin. SPD., USP. und Gewerkschaften lehnten ein gemeinsames Vorgehen mit der VKPD. ab.

Die Fraktionsbildung ist in den größten Gewerkschaften und wichtigsten Großbetrieben Thüringens vorgenommen. In jeder Ortsgruppe wurde ein Spezialbeauftragter für die Gewerkschaftsfrage gewählt, während die Fraktionsleiter der einzelnen Gewerkschaften arbeitsgebietsweise wirken.

In den kommunalpolitischen Fragen zeigten sich wesentliche Differenzen zwischen der Taktik unserer Genossen in den Gemeinden und ihren eigentlichen Aufgaben als Kommunisten. Auf einer Konferenz der Gemeindevertreter wurden die Streitfragen eingehend erörtert und den Genossen Richtlinien für die weitere Tätigkeit gegeben. Im Bezirk Thüringen sind 87 Genossen Stadtverordnete, 246 Gemeindevertreter und 5 Gemeindevorsteher.

Anschließend an die Veröffentlichungen des Staatsministeriums über das Kinderelend in Thüringen wurden von der Landtagsfraktion und den Gemeindevertretern mehrerer Orte Anträge gestellt auf obligatorische Speisung der Schulkinder usw. Parallel damit fanden öffentliche Frauenversammlungen statt. Der Erfolg entsprach leider nicht unseren Erwartungen.

Die Fraktionsbildung in den Konsumgenossenschaften machte wesentliche Fortschritte. In einigen Konsumvereinen sind kommunistische Mehrheiten vorhanden.

Zur Förderung der Propaganda unter der Landbevölkerung fand in der Berichtszeit ein Kursus für die Funktionäre statt. Außerdem wurden in den Mitgliederversammlungen der größeren Orte Referate über die Agrarfrage gehalten.

Die propagandistische Tätigkeit leidet sehr unter dem Mangel an Rednern. 6 Rednerkurse in 6 Orten mit einer Dauer von insgesamt 8 Wochen und einer Teilnehemrzahl von 252 Genossen zeitigten gute Erfolge. Um den Anforderungen von Rednern durch die Ortsgruppen genügen zu können, ist die Abhaltung weiterer Kurse notwendig. Besonders die Tätigkeit unserer Genossen in den Gewerkschaften erfordert diesen Ausbau der Kursustätigkeit.

Die Mitgliederzahl war nach der Märzaktion erheblich zurückgegangen. Nach Entfaltung einer regen Tätigkeit wurden die eingegangenen Ortsgruppen zum großen Teil erneut aufgebaut und die verlorenen Mitglieder im wesentlichen wiedergewonnen Durch die seit Mitte Mai in Angriff genommene Umstellung der Organisation, macht sich nicht nur eine Festigung der Ortsgruppen und ein engeres Zusammenwirken mit der Bezirksleitung bemerkbar, sondern auch die Zahl der Ortsgruppen und besonders die Mitgliederzahl erhöhte sich. Die 6 Unterbezirke gliedern sich in insgesamt 46 Arbeitsgebiete und 273 Ortsgruppen. Durch Zusammenlegung naheliegender Ortsgruppen wird die Zahl der Ortsgruppen von 273 auf ungefähr 160 verringert werden.

14. Bezirk (Niedersachsen).

Während sich die Verschmelzung in der Provinz Niedersachsen fast reibungslos vollzog, waren im Freistaat Braunschweig größere Schwierigkeiten zu überwinden. In Braunschweig ist es uns nicht gelungen, der USP. eine wesentliche Anzahl von Mitgliedern zu entziehen. Es scheint, daß der Klärungsprozeß nicht mit der nötigen Energie geführt worden ist. Im ersten Quartal ist die Partei nicht über den üblichen Rahmen der politischen Betätigung hinausgekommen. Es sind eine Reihe von Versammlungen abgehalten worden, die aber keineswegs eine Stärkung der Partei bewirkten. Erst durch die preußischen Landtagswahlen wurde die Partei in eine gesteigerte Tätigkeit hineingezwängt.

Die Märzaktion fand einen vollständig unvorbereiteten Bezirk. Die führenden Genossen hatten die Eroberung der Gewerkschaften als die wesentlichste organisatorische Aufgabe betrachtet und dabei alle anderen Fragen in den Hintergrund gestellt. Die Märzaktion fand auf Grund der schlechten propagandistischen Bearbeitung in den Massen wenig Widerhall, nur in verschiedenen Gegenden der Provinz Hannover und des Freistaates Braunschweig war ein stärkerer Wille zur Teilnahme an der Aktion vorhanden.

Ansätze zum Streik wurden in verschiedenen Orten gemacht, sie brachen aber schnell zusammen, da eine genügende Unterstützung nicht gegeben war. In den Hauptorten ist die Partei nicht über Demonstrationen hinausgekommen, wobei besonders die hannoverschen Genossen unter den Gegenmaßnahmen des reaktionären Regimes der Sozialdemokraten Leinert und Noske schwer zu leiden hatten. Auf dem größten Werk (Continental) hatte sich der Betriebsrat, der nur aus Sozialdemokraten bestand, der Direktion als Betriebswache zur Verfügung gestellt, falls die Arbeitslosen etwa den Betrieb besetzen wollten. In der Aktion vollständig versagt, hat die KAPD. in Braunschweig sowohl wie in Hannover, sie hat auch während der Aktion keine wesentliche Propaganda getrieben.

Die Märzaktion wurde zum Läuterungsprozeß in der Partei, was vorerst noch unerkannt war, das wurde jetzt in seiner opportunistischen Auswirkung klar erkannt und sofort abgestellt. Seit der Märzaktion hat die Bezirksleitung eine lebhaftere Verbindung mit den Ortsgruppen herbeigeführt. Eingegangene Ortsgruppen wurden wieder aufgebaut, und in den meisten größeren Orten ist eine Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Verschiedene Versammlungskampagnen haben das politische Leben innerhalb des Gesamtbezirks wesentlich gesteigert. Referenten für wirtschaftliche und politische Versammlungen wurden in starkem Maße verlangt. In der Berichtsperiode haben 180 öffentliche Versammlungen im Bezirk stattgefunden. Der Besuch derselben kann im allgemeinen als gut bezeichnet werden. Die Versammlungstätigkeit hat im Verlauf des Juli noch zugenommen. Das Arbeiten in den Gewerkschaften zeitigt erfreuliche Fortschritte. Seit der Märzaktion sind die Genossen bedeutend aktiver geworden.

Im ganzen Bezirk zählten wir 123 kommunistische Betriebsräte, die zum großen Teil die Führung in den Betrieben in den Händen haben, obwohl sie fast nirgends eine kommunistische Mehrheit im Betrieb hinter sich haben. Einzelne der Genossen sind Betriebsratsvorsitzende.

In den Gemeinde-Parlamenten haben wir 34 Vertreter, deren Wirken durch das seitherige Fehlen einer richtunggebenden Zeitschrift eingeengt war. Hinzu kommt, daß diese Genossen in der Parlamentsarbeit fast durchweg unerfahren sind. Doch auch dieser Mangel ist zum Teil schon überwunden.

An die Arbeitslosen heranzukommen, war bis jetzt mit Schwierigkeiten verbunden. Bei der letzten Erwerbslosenratswahl in Hannover erhielten wir von acht fünf Sitze.

Das Zehnergruppensystem wird von den Genossen als guter organisatorischer Fortschritt erkannt und der Ausbau macht in allen größeren Orten gute Fortschritte.

Die Hauptarbeit im Bezirk liegt vorläufig auf organisatorischem Gebiete. Ein guter Boden für die Partei ist vorhanden. Der Bezirk ist eingeteilt in 11 Unterbezirke, in denen 103 Ortsgruppen vorhanden sind.

Ein im braunschweigischen Freistaat geführter Wahlkampf (Gemeinde- und Kreistagswahlen) konnte auf Grund der mangelhaften Organisation nicht mit der nötigen Energie geführt werden und hat deshalb auch kein

befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Die Fehler werden mit der fortschreitenden Durchorganisierung der Partei behoben werden.

Die Auswirkung der Sanktionen geht im Bezirk langsam vor sich. Bis jetzt haben Betriebsstillegungen und Einschränkungen sowie Arbeiter-Entlassungen in größerem Maße noch nicht stattgefunden. Immerhin aber ist die Ziffer der Arbeitslosen auch in unserm Bezirk ständig gestiegen. Betriebseinschränkungen in kleinerem Umfang haben fast in allen Industriezweigen stattgefunden. Der Kali-Bergbau und die Metallindustrie ist davon am stärksten betroffen. Eine allgemeine wirtschaftliche Konferenz von Delegierten aller drei Parteien wurde von uns am 17. Juli abgehalten, die einen sehr befriedigenden Verlauf nahm, vertreten waren 25 Arbeiter der VKPD., 24 der beiden anderen Parteien.

15. Bezirk (Mecklenburg).

Nach dem Vereinigungsparteitag im Dezember v. J. setzte die Bezirksleitung sofort mit einer intensiven Tätigkeit ein, um den Verschmelzungsprozeß der USPD. mit der KPD. durchzuführen. Es wurden in allen Ortsgruppen Mitglieder- und öffentliche Versammlungen zu diesem Zwecke einberufen. Die Verschmelzung erfolgte in allen Ortsgruppen nahezu restlos. Die USPD. verfügt nur in einigen Ortsgruppen noch über wenige Mitglieder. Von der Landtagsfraktion, die fünf Mitglieder betrug, spaltete sich ein Mitglied ab. Nach der Neuwahl des Landtages im März ist kein Mitglied der USPD. wieder ins Parlament gewählt worden. Die Organisation der VKPD. hatte sich im Januar d. J. bereits so gekräftigt, daß es der Bezirksleitung gelang, zu der Rosa Luxemburg-Liebknecht-Gedenkfeier im Bezirk 75 gutbesuchte Versammlungen einzuberufen.

Hierauf setzte die Propaganda auf Grund des Offenen Briefes ein, welche ziemlich gute Erfolge zeitigte. In vielen öffentlichen, sowie Gewerkschaftsversammlungen wurde der Offene Brief angenommen. Außerdem trug diese Propagandatätigkeit zur schnelleren Bildung und Kräftigung der KPD.-Fraktionen in den Verbänden bei, die in verschiedenen Ortsgruppen sehr gut arbeiteten.

Im Februar und März hatten wir im holsteinischen Teil unseres Bezirkes den Wahlkampf zum Reichs- und preußischen Landtag, sowie in Mecklenburg-Schwerin zum Landtag und den Amtsvertreterversammlungen zu führen. Der Wahlkampf wurde von uns streng prinzipiell nach den Richtlinien der Dritten Internationale, ohne jede opportunistische Tendenz durchgeführt. Er ergab in Mecklenburg-Schwerin eine Stimmenzahl von 15 500 (3 Abgeordnete zum Landtag, sowie 9 Vertreter in den Aemtern).

Die SPD. dominiert auf Grund der Tatsache, daß sie mit ihrem großen Partei-Apparat, sowie dem ausschlaggebenden Einfluß in allen Verbänden, vor allen Dingen dem Landarbeiterverband, den Konsum-Genossenschaften, weiter mit ihren vier verlogenen Presseorganen eine umfassende Propagandatätigkeit zu entfalten in der Lage war.

Im Stadium politischer und organisatorischer Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen war, traten wir in die Märzaktion ein. Nach der Zentralausschußsitzung am 17. März stellte sich der Bezirk auf eine gesteigerte Aktivität ein. Zu diesem Zweck wurde eine Landarbeiterkonferenz einberufen, die gut beschickt war. Wir waren uns von vornherein klar, daß bei der eigenartigen politischen Struktur unseres Bezirkes an ein aktives Eingreifen in die Kämpfe nicht gedacht werden konnte, daß weiter bei dem ge-

hässigen Widerstand der SPD. und Gewerkschaftsführer der Generalstreikparole unserer Partei keine Folge geleistet werden würde. Wir brachten schon auf der Zentralausschuß-Sitzung zum Ausdruck, daß es unsere Aufgabe sein müsse, alles daran zu setzen, die in Mecklenburg organisierte Konterrevolution festzuhalten, damit sie nicht anderwärts zum Niederschlagen unserer Bewegung benutzt werden kann. Diese Aufgabe haben wir erfüllt. In unserem Organ, „Die Volkswacht", wurden alle Aufrufe der Zentrale und der RF. zum Abdruck gebracht, weiter angeknüpft an die konkreten Verhältnisse in unserem Bezirk, um die Arbeiter aufzurütteln. Wir verbreiteten drei Flugblätter, forderten zum Generalstreik auf, hielten täglich öffentliche und Demonstrations-Versammlungen ab. Dadurch erreichten wir, daß die gesamte Bourgoisie im Verein mit SPD. und Gewerkschaftsbürokratie auf uns einschlug, die konterrevolutionären Organisationen in Alarm gesetzt wurden und in steter Aufregung verblieben. Nach der Aktion wurde in vielen Fällen die Weiße Justiz gegen unsere Parteigenossen in Bewegung gesetzt. Anträge auf Aufhebung der Immunität unserer Abgeordneten an den Landtag wurden allerdings abgelehnt.

Auf Grund der organisatorischen Lehren der Aktion setzte der Umbau der Partei ein, mit dem Resultat, daß in den 58 Ortsgruppen unseres Bezirks die Durchorganisierung beendet ist. So treten wir im gegenwärtigen Augenblick in die Landarbeiter-Bewegung ein. Wir können heute mit aller Bestimmtheit sagen, daß in die SPD.-Hochburg Mecklenburg endlich Bresche geschlagen ist. Die Landarbeiter wollen von den Rechtssozialisten nichts mehr wissen, sie rufen die Kommunisten. Unser Einfluß beginnt zu wachsen und wir werden alle Kraft aufbieten, um die von der SPD. sich abwendenden Massen zu sammeln und unserer Partei zuzuführen. Es wird eine harte Arbeit sein, diese Massen zu schulen und zu Kommunisten zu erziehen. Aber wir sind fest gewillt, diese Aufgabe zu erfüllen, damit das Agrargebiet Mecklenburg in nicht allzulanger Zeit ein ausschlaggebender Faktor der deutschen Revolution werde.

16. Bezirk (Wasserkante).

Die Verschmelzung war im Bezirk im Gange ehe noch der Vereinigungs-Parteitag tagte. Jedoch dauerte dieser Prozeß längere Zeit, da die verschiedensten Widerstände zu überwinden waren. So blieben ganze Ortsgruppen unerfaßt, weil die Passivität einzelner Genossen gegenüber der Vereinigung eine Erfassung verhinderte. In Hamburg schied die USP. fast ganz aus. In der Provinz blieben vereinzelt stärkere Ortsgruppen, so in Kiel und Harburg, doch haben auch sie dort wenig politische Bedeutung.

Die Durchorganisierung des Bezirks Wasserkante wurde von uns mit allen Mitteln betrieben; er wurde nach wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkten in 9 Unterbezirke eingeteilt, von denen Kiel ein Bezirksunterssekretariat erhielt.

Die Arbeit in den Gewerkschaften wurde energisch betrieben. Sie ist um so schwerer, als die SPD. im Norden noch starke Organisationen hat, eine weitverbreitete Presse besitzt und in fast allen Orten und Gewerkschaften dominiert. Auf Konferenzen der Metallarbeiter, Eisenbahner, Bauarbeiter, Landarbeiter und anderen wurden unsere Richtlinien für die Arbeit festgelegt. Seit unsere Genossen die kommunistische Kleinarbeit mehr betreiben, nimmt auch unser Einfluß in den Gewerkschaften erheblich zu. Die Ausnutzung der jetzigen Krise und ihre Folgen für Werftarbeiter, Straßen-

bahner, unsere Post-, Telegraphen- und Eisenbahnangestellte und Arbeiter ist eine unserer wesentlichsten nächsten Aufgaben.

Die Durchführung der Wahlbewegung litt unter den Mängeln der Organisation. Neben der Landtagswahl war in Schleswig-Holstein die Reichstagswahl und in Hamburg die Bürgerschaftswahl zu bewältigen. Die Wahlarbeiten brachten uns eine erhebliche politische Stärkung und einen organisatorischen Zuwachs.

Der Auftakt zu den Wahlen waren die Flensburger Vorgänge in den ersten Januartagen. Dort wurde der Genosse Hoffmann von der KAPD. von der Sipo verhaftet und nachts im verschlossenen Kasernenhof „auf der Flucht erschossen". Der Mord brachte die gesamte Arbeiterschaft der Stadt auf die Beine, doch wurde der von unseren Genossen als Massenprotest vorgeschlagene Generalstreik von den Führern der SPD. und USP. sabotiert. Sie begnügten sich mit einem halbtägigen „Streik" am Tage der Beerdigung. Die Vertreter unserer Partei sprachen am Grabe bei einer anschließenden Demonstration und am Abend in öffentlichen Versammlungen. Die dort gemachten Vorschläge, vor die Sipokaserne zu ziehen, wurden von unseren Genossen bekämpft, doch konnte ein an die Versammlungen sich anschließender großer Demonstrationszug an der Kaserne vorbei nicht verhindert werden. Die Massen wurden dort aus dem Hinterhalt beschossen. 21 Tote lagen auf der Straße. Später stellte sich heraus, daß die SPD. vor der Beerdigung Sipoverstärkungen von Kiel herangeholt hatte. Die für das Blutbad Verantwortlichen sind nicht zur Rechenschaft gezogen.

Die Märzaktion, die für unsere Organisation überraschend kam, legte die Mängel der Organisation deutlich bloß. Auf das Verbot der Zeitung und die Besetzung des Parteibüros war die Organisation nicht genügend vorbereitet, die legalen Wirkungsmöglichkeiten wurden nicht rasch genug durch illegale ersetzt. Die Generalstreikparole konnte nach dem Blutbad auf den Werften und in der Stadt nicht schnell genug in die Massen geworfen werden. Auf einen Teil der Werften wurden die Arbeiter ausgesperrt, andere beteiligten sich am Generalstreik. Die Landbetriebe nahmen nur zum geringen Teil den Streik auf. In Geesthacht und Umgegend wurden die Betriebe stillgelegt. Die Entwaffnung eines auf der Elbe stationierten Bootes des Reichswehrwasserschutzes führte zu einer militärischen Aktion gegen Geesthacht, die unblutig verlief, aber zahlreiche Verhaftungen zur Folge hatte. In einer Reihe von Orten kam es zu Demonstrationen, an einzelnen auch zu Betriebsstillegungen und Streiks. Im großen und ganzen setzte sich der Generalstreik im Bezirk nicht durch, besonders wurde die Landarbeiterschaft fast nicht erfaßt. Das Ausnahmegericht von Hamburg verhängte 102 Jahre Zuchthaus, Gefängnis und Festung. Die Hamburger Bürgerschaft, in der die SPD. mit den Kommunisten und zwei Unabhängigen die Mehrheit hat, hob gerade auf Betreiben der SPD. die Immunität für mehrere Genossen auf. Die Zeitung erschien erst nach fünfwöchigem Verbot wieder. Die Märzaktion hat die Aktivität der Genossen wesentlich gesteigert. Das äußert sich besonders in der Gewerkschaftsarbeit und unter den Landarbeitern. Der 1. Mai brachte im ganzen Bezirk einen Aufmarsch der totgesagten VKPD., der die SPD. verstummen ließ.

In Hamburg hat die Partei die Mieterbewegung auszunutzen verstanden, die wahren Ursachen der Mieternot aufgezeigt, in zahlreichen Mieterversammlungen gut abgeschnitten. Das Einsetzen für ein Volksbegehren brachte zwar nicht die erforderliche Zahl von 76 000 Unterschriften,

doch trug es starke Erregung in die SPD.-Kreise hinein, deren Presse sich gegen die Angriffe aus eigenen Mitgliederkreisen zu wehren hatte und über die angebliche Demagogie der Kommunisten schimpfte.

In Kiel und Umgegend hatte unsere Partei die Führung in der Bewegung gegen die Milchpreiserhöhung, die bis zu einem Streik der Konsumenten gesteigert wurde und SPD. und die Gewerkschaftsbürokratie trefflich demaskierte. Unsere Partei gewann besonderen Einfluß unter Frauen und Mittelstandsschichten. Kleinere Streiks der Transportarbeiter und Bauarbeiter wurden von uns mit Geschick ausgenutzt. Hier zeigte sich besonders, daß die Mitglieder unserer Partei durch die Märzaktion ganz anders arbeiten gelernt haben, als vorher, denn ein zehnwöchiger Streik der Landbetriebe in Hamburg vor der Märzaktion wurde von der Partei fast nicht beachtet. In den letzten Wochen sind die Kräfte der Partei auf die Werftarbeiter- und Landarbeiterbewegung gerichtet, die bei letzteren gerade jetzt zu Streiks führt. Die von der Bürokratie des Landarbeiterverbandes verschandelte Tarifbewegung hat die Landarbeiter erregt und in den Streik getrieben, den unsere Partei versucht, allgemein über den ganzen Bezirk zu gestalten, um den Landarbeitern zu ermöglichen, die Zeit der Ernte für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu benutzen. Die Ausschlußpraxis der Führer des DLV. hat den Einfluß unserer Landvertrauensleute nicht zu brechen vermocht, sondern eher gesteigert.

Eine Stabilisierung der Partei ist zwar bemerkbar, doch bleibt in Bezug auf organisatorische Erfassung wie politische Durchbildung noch vieles zu tun. Es ist zu erwarten, daß die jetzigen Bewegungen unter den verschiedenen Arbeitergruppen uns ein gut Teil vorwärtsbringen werden.

17. Bezirk (Nordwest).

Im Gebiet des Freistaates Bremen hatten wir Ende Dezember bis 9. Januar die Volksentscheid-Bewegung. Am 26. November hatte die Bremer Bürgerschaft mit 57 gegen 49 Stimmen die Auflösung der Stadtwehr beschlossen, das Bürgertum wandte sich nun geschlossen gegen den Beschluß der sozialistischen Parlamentsmehrheit und der bürgerliche Minderheitssenat, welcher durch die Impotenzerklärung der USP. und wohlwollende Neutralität der Rechtssozialisten regierte, verweigerte die Ausführung des Beschlusses und ordnete den Volksentscheid an mit der Fragestellung: „Soll der Senat zurücktreten?“ Gegen die Herrschaft der Kommunisten und Sozialisten, gegen den Terror und Räte-Republik, so lauteten die Parolen, mit denen der bürgerliche Block Spießer und Frauen aufscheuchte. Die im Parlament vorhandene Konstellation bedingte es, daß die sozialdemokratische Mehrheit eine interparteiische Besprechung abhielt, wo ein Aktionskomitee gebildet wurde, um äußerlich gegen die Bourgeoisie auch eine Einheitsfront der Arbeiter zu schaffen. Diese Gemeinschaft bestand in der Herausgabe einer Volkentscheidmarke zur Finanzierung des Kampfes und wurde durch die Gewerkschaften vertrieben, in gemeinsamen Plakaten und Versammlungen. Flugblätter gaben die beiden sozialdemokratischen Parteien gemeinsam heraus, während wir zwei eigene Flugblätter herausgaben. Politisch hatten wir uns unsere Selbständigkeit gesichert und in den Versammlungen haben wir überall Redner entsandt, die unsere Stellung zur Diktatur und Demokratie vertreten haben. Die Bürgerlichen brachten 25 000 Stimmen mehr auf und somit wurde die Bürgerschaft aufgelöst. Am 20. Februar fanden Neuwahlen statt, wobei an Stelle der sozialistischen Mehrheit eine bürgerliche gewählt wurde.

Die Partei war im Februar auf vier verschiedene Wahlkämpfe eingestellt. Die Erfolge bei diesen Wahlen waren gering. Zum preußischen Landtag erhielten wir kein Mandat, 2 zum Provinziallandtag, 4 zu den Kreistagen und 6 zur Bremer Bürgerschaft.

Im März entfaltete die Partei erhöhte Versammlungstätigkeit, um die Wahlerfolge organisatorisch zu festigen.

Anknüpfungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Kämpfe in Mitteldeutschland waren in unserem Bezirk sehr gering. Die Arbeiter der A.-G. Weser-Bremen waren ungefähr zu 50 Prozent, in Bremerhafen zu 8 Prozent in den Streik getreten. In Bremerhafen sind die Genossen nach dreitägigem Streik zum größten Teil auf der Straße geblieben, in Bremen sind sie nach zwei Tagen geschlossen wieder in den Betrieb gegangen. Die Feiertage hatten eine allgemeine Steigerung der Aktion verhindert und als zwei Tage nach Ostern der Aufstand in Mitteldeutschland stockte, war eine weitere Unterstützung nicht möglich. Die kleineren Schlappen, die wir in der Aktion erlitten haben, sind durch gesteigerte Aktivität der anderen Genossen ausgeglichen.

In den Gewerkschaften haben die Sozialdemokraten gemeinsame Fraktionssitzungen und gemeinsamen Pressedienst, sie wenden sich in der Hauptsache gegen die Kommunisten. Der Kampf um die zehn Forderungen des ADGB. blieb bei der theoretischen Anerkennung durch die Gewerkschaften stehen. Wo diese die zehn Forderungen praktisch anwenden sollten, zum Beispiel bei der Entlassung auf den Werften, wollten sie von der Erfüllung der zehn Forderungen nichts wissen, sondern erklärten, falls unsere Genossen gegen den Willen der Unternehmer die Arbeitszeit selbst einschränken würden, würden sie Gegenparolen herausgeben. Unser Einfluß ist nicht groß genug, um gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie Teile dieser zehn Forderungen zu verwirklichen. Die Maßnahmen der Unternehmer, die Entlassungen nur in kleinen Trupps vorzunehmen, können von uns in den wenigsten Fällen verhindert werden.

Die Arbeitslosigkeit war im Verhältnis zu anderen Bezirken gering, erst seit Mai und Juni setzte eine stärkere Entlassung ein, die sich im Juli auf gut 2000 allein auf den Werften steigerte. In Emden und Bremen sind Arbeitslosenversammlungen zustande gekommen. In anderen Orten noch nicht. In Wilhelmshaven, wo unsere Genossen auf den Werften wenig Einfluß hatten, haben sie durch einen Sieg bei den Betriebsrätewahlen in einer späteren Lohnbewegung starken Einfluß gewonnen. Doch können sie kleinere Arbeiterentlassungen auch nicht verhindern.

Die Betriebsräte haben ihren Einfluß nicht steigern können, ebenso ist unser Einfluß auf dem Lande sehr gering. Die Jugendbewegung macht gute Fortschritte. Bei der Frauenbewegung sind erst schwache Ansätze.

Die Durchorganisierung der Partei in Zehnergruppen ist in Angriff genommen und schreitet gut vorwärts. Der Bezirk gliedert sich in acht Unterbezirke, welche zusammen 50 Ortsgruppen und einige Vertrauensgruppen umfassen. Die „Rote Fahne", Bezirk Nordwest, die als Kopfblatt des Zentralorgans „Rote Fahne" erscheint, ist das Bezirksorgan, welches in kurzer Zeit zu einer eigenen Zeitung ausgebaut werden wird.

18. Bezirk (Oestl. Westfalen und Lippe).

Die gleich nach der Verschmelzung einsetzenden Landtagswahlen für den preußischen und lippischen Landtag machten es unmöglich, alle Kräfte lediglich in der Organisation der uns zuneigenden Ortsgruppen zu ver-

wenden und die bereits gewonnenen Ortsgruppen organisatorisch zu festigen und geistig zu vertiefen. Die Landtagswahlen selbst haben gute Anfangserfolge gezeitigt. In beiden Wahlkampagnen konnten wir einen Vertreter durchbekommen.

Der Bezirk umfaßt heute 5 Unterbezirke mit 30 Ortsgruppen. Es besteht die Aussicht, in absehbarer Zeit mit der Neugründung von Ortsgruppen den Bezirk zu stärken.

Die Märzaktion hat aus der Tatsache heraus, daß keine Bezirksleitung noch Kopfblatt besteht, ungeheuren Schaden anrichten können, da neben diesem Mangel auch zu verzeichnen war, daß die Organisation selbst schwach an Kräften war. Großer Anstrengung und zäher Arbeit hat es bedurft, diese Schäden zu liquidieren. Heute steht die Organisation, abgesehen von einigen geringen Erscheinungen gut und festgefügt da. Die nach der Märzaktion zeitweise einsetzende Passivität und Lauheit der Mitglieder ist heute behoben und gewinnt das Interesse an der Mitarbeit stetig neuen Boden.

Eine rege Agitationstätigkeit, besonders in der letzten Zeit, zeigte uns, daß neben der Belebung der Mitgliedschaft die Sympathie der Arbeiterschaft mehr und mehr sich uns zuwendet. Eine besondere Agitation entfalteten mit teilweise gutem Erfolge unsere Fraktionen in den Betrieben und Gewerkschaften.

In der letzten Zeit legten wir unsere Hauptarbeit auf die Durchorganisation unseres Bezirks, wozu auf zahlreichen Unterbezirkssitzungen Stellung genommen wurde. Letztere waren immer vollzählig durch die Ortsgruppen besucht. Zu allen bedeutenden Fragen der Politik wurde in den Sitzungen der Bezirksleitung und des Bezirksausschusses Stellung genommen, die immer gut besucht waren.

19. und 20. Bezirk (Rheinland-Westfalen).

Nach dem Vereinigungsparteitag war unsere Hauparbeit die Durchführung der organisatorischen Arbeiten. Die Vereinigung selbst hat weniger Schwierigkeiten erfordert, aber auch der Aufbau der Parteiorganisation nach den neuen Richtlinien ist leichter zustande gekommen, als ursprünglich angenommen wurde. Neben dem Schaffen organisatorischer Grundlagen hat die Partei durch öffentliche Versammlungen weiter gewirkt, um die Arbeiter der früheren USP., die durch die Spaltung unentschlossen blieben, zu sammeln. Die Aussperrung in Hamborn, als Beginn der Unternehmeroffensive in Rheinland-Westfalen gab der Partei Anlaß, ihre Propagandatätigkeit zu steigern. Wir waren lebhaft bemüht, diesen Kampf über den lokalen Rahmen hinauszutreiben. Am 28. Dezember 1920 beschlossen Vertreter aller Parteien und Gewerkschaftsorganisationen, 9 Punkte aufzustellen und eine Aufforderung an das Rheinisch-Westfälische Proletariat zur Solidarität zu richten. Eine wüste Gegenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie war die Antwort.

Bei der bald danach einsetzenden Eisenbahnerbewegung zeigte sich, obwohl die Fraktionsbildung noch im argen lag, der wachsende Einfluß der Partei. An den meisten Hauptpunkten hatten wir engste Fühlung mit den Eisenbahnern, durch Parteigenossen, die als Betriebsräte, Verbandsfunktionäre und Beamte funktionierten. Auch die Einigung zwischen Regierung und Eisenbahnorganisationsführern ließ die Möglichkeit einer Teilaktion bestehen. Letzteres ist durch den Zwiespalt zwischen Beamte und Arbeiter nicht eingetreten.

Es war uns bei der Eisenbahnerbewegung nicht möglich, zum Kampf weiter zu treiben. So konnten wir auch nicht den Streik der Straßenbahner im Industriegebiete auf andere überspringen lassen. In dem Teil des Bezirks, in dem die Metall- und Textilindustrie ausschlaggebend ist, herrschte Arbeitslosigkeit und Depression. Wichtig ist, daß in dieser Periode die Partei durch ihre Fraktionen zur Propaganda für den Offenen Brief in die Betriebe verlegte, und dadurch stieg unser Einfluß mit den Massen.

Die Wahl zum Preußischen Landtag hatte es ermöglicht, den Kreis der Genossen, die Parteiarbeit leisten, zu erweitern. Eine großzügige Aufklärungsarbeit durch Versammlungen, Flugblattverteilungen, Hausagitation ist gemacht worden. Ganz besonders schwer war unsere Arbeit unter dem wichtigsten Teil des Bezirks, den Bergarbeitern. Bei diesen herrschte seit dem Abkommen von Spa Kampfmüdigkeit. Anfangs März kam etwas Bewegung in die Bergarbeitermassen. Die Ueberschichtenfrage, die nach dem Dortmunder Schiedsgerichtsspruch so weit ging, daß die Massen in einer Urabstimmung Stellung nahmen gegen die Führer ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Unsere Arbeit innerhalb des Bergarbeiterverbandes war stark gehemmt dadurch, daß der größte Teil unserer Genossen zur Union gehört und wir andauernd Auseinandersetzungen mit der Unionsleitung hatten. Jedoch hat die Bezirksleitung mit der Union zusammen 2 Konferenzen der Bergarbeiter einberufen. Nach dem Beschluß des Zentralausschusses vom 17. März waren diese Konferenzen in Zusammensetzung und Stimmung für uns ein Erfolg.

Nach dem Einsetzen des mitteldeutschen Genralstreiks und der Parole der Zentrale, den Arbeitern Mitteldeutschlands zu Hilfe zu kommen, beschloß der Bezirksausschuß der VKPD., Bezirk Rheinland-Westfalen, in einer am Charfreitag stattgefundenen Konferenz, sofort an dieser Bewegung teilzunehmen. Die Parole Generalstreik sollte am Sonnabend überall befolgt werden. Es waren jedoch nur einzelne Unterbezirke, die dieser Parole fast restlos folgten.

Der größte Teil und zwar der industriell wichtigste Teil des Bezirks beteiligte sich so gut wie gar nicht an der Bewegung. In ganz Westfalen haben wohl in den Anfangstagen Zusammenstöße zwischen Sipo und Arbeiterschaft stattgefunden. In Essen wurden 21 Tote gezählt. Durch ungenügende Organisation wurden auch hier viel Fehler gemacht, und dabei ganz erhebliche Opfer der Weißen Justiz ausgeliefert. Im Unterbezirk Mörs wurde alles, was Kommunisten hieß, verhaftet, anfangs 400 Personen, die später teilweise wieder entlassen wurden. Im Unterbezirk Hagen sind weit über 100 Parteigenossen verhaftet, ebenso im Unterbezirk Bochum 34 Verhaftete. In Düsseldorf haben zirka 30 Prozent der Arbeiterschaft gestreikt. Doch sind auch hier ungefähr 20 Genossen verhaftet worden. Im Unterbezirk Remscheid beteiligten sich 75 Prozent der Arbeiterschaft an der Aktion. 459 Funktionäre sind gemaßregelt, 10 Genossen sind vor den Richter geschleppt und abgeurteilt. Jetzt kann festgestellt werden, daß in den Bezirken, wo vorher eine gute Organisation und zwar Führer und Massen innig verbunden waren, die Organisation heute wieder einigermaßen stabil ist. Dagegen ist in den Unterbezirken, wo sich die Arbeiterschaft weniger an dem Kampf beteiligt hat, ein erheblicher Rückgang und Lauheit unter der Arbeiterschaft zu verzeichnen. Das bedeutet, daß in diesen Unterbezirken kräftig eingesetzt werden muß, um die Organisation wieder aktionsfähig zu gestalten.

Nach dem Märzkampf war die Bezirksleitung eifrig bemüht die Niederlage zu überwinden, organisatorisch dort einzugreifen, wo sich Mängel im Kampf gezeigt haben.

Jetzt finden im Bezirk Versammlungen statt gegen Steuererhöhungen, Preissteigerung, in einzelnen Orten zusamen mit der SPD. und USPD. Am 20. Juli fand eine solche Versammlung in Solingen statt, die sehr stark besucht war. Im übrigen wird unsere nächste Arbeit ferner darin bestehen, die Kongreßbeschlüsse zur Durchführung zu bringen.

Am 15. und 16. Januar fanden im ganzen Bezirk Gedächtnisfeiern zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts statt. Die Veranstaltungen nahmen durchweg einen würdigen Verlauf. Zu Ehren der Märzgefallenen wurden fast in allen Unterbezirken Demonstrationen veranstaltet, die wuchtig verliefen. In den Unterbezirken Hamborn und Buer wurden auf dem Friedhof der Märzgefallenen Denkmäler errichtet. Bei der Weihe derselben waren ungeheure Massen aus den Nachbarbezirken anwesend. Die Maifeier nahm ebenfalls im Durchschnitt einen würdigen Verlauf. In einzelnen Unterbezirken waren jedoch auf Grund der Märzaktion keine Maidemonstrationen möglich.

Gegen das Arbeitslosenelend, gegen die Sanktionen, gegen die Annahme des Ultimatums, gegen die Schandjustiz, gegen den Gareismord haben in allen Unterbezirken und in den meisten Ortsgruppen Demonstrationsversammlungen stattgefunden.

Für die weltliche Schule ist im ganzen Bezirk rege Propaganda gemacht worden. Dabei stieß man des öfteren auf Widerstand bei den Lehrern, sowie bei den höheren Schulbehörden. Die Sabotage, die von diesen Behörden vielfach ausgeübt wurde, nötigte in den einzelnen Unterbezirken zum Schulstreik. So haben im Hamborner, Düsseldorfer und Remscheider Unterbezirk längere Streiks stattgefunden. In Hamborn ist in dieser Frage ein Fortschritt zu verzeichnen, da dort bereits weltliche Schulklassen eingerichtet sind. In Düsseldorf und Remscheid fehlt es an den nötigen Lehrkräften, so wären auch hier, auf Grund der erheblichen Zahl der Eltern und Kinder, welche für die weltliche Schule eintreten, solche eingerichtet.

Als besondere Streikbewegung nennen wir die von Hamborn (August-Thyssen-Werke), Wiesdorf (Farbwerke) und allgemeine Straßenbahnerstreiks im Bezirk. Unsere Fraktionen haben bei diesen Streiks ganz vorzüglich mitgewirkt. Jedoch sind auch diese, nach Teilerfolgen, durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie sowie der sozialistischen Parteien nach längerer Dauer abgebrochen worden.

Die gegnerischen Parteien, vor allen Dingen USPD. und SPD. versuchten fortgesetzt die Arbeiterschaft die diesen Parteien abtrünnig geworden ist, wieder zu sich herüber zu ziehen. Die größten Paradepferde mußten aufmarschieren. Die Massen haben überall ihren Mann gestanden und haben aus sich heraus diesen Leuten die Türe gewiesen. Allerdings gelang das auch nicht in allen Unterbezirken, sondern nur da, wo für eine straffe Organisation Sorge getragen war.

Im Bezirk erscheinen zur Zeit 4 Zeitungen und zwar „Bergische Arbeiterstimme"-Solingen, „Freiheit"-Düsseldorf, „Ruhr-Echo"-Essen und „Bergische Volksstimme"-Remscheid. Außerdem erscheint ein tägliches Kopfblatt der „Bergischen Volksstimme", die „Rote Tribüne" für die Unterbezirke Hagen und Elberfeld-Barmen.

Die Bildung von Fraktionen ist in den einzelnen Gewerkschaften, sowie in den Betrieben in erheblichem Maße durchgeführt. In den meisten Unterbezirken, die durch die Märzaktion sehr gelitten haben, ist ein sehr starker Rückgang in den Fraktionen vor sich gegangen. Allerdings die Aussperrung unserer besten und tätigsten Genossen hat den Wiederaufbau sehr gehemmt. Die energisch durchgeführten Arbeiten haben aber dazu geführt, daß in den meisten Unterbezirken die Fraktionen wieder im Aufstieg begriffen sind, zum großen Teil wieder vollständig kontakt sind.

Aus den Berichten der einzelnen Unterbezirke ist zu erkennen, daß ein erfreulicher Aufstieg in den Organisationen in allen Unterbezirken vorhanden ist. Es erfordert aber die intensivste Tätigkeit, um dieses Wiederaufleben auch voll und ganz ausnutzen zu können.

Die rege Betätigung bei der Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes wirkt ebenfalls sehr befruchtend.

Die im gesamten Bezirk abgehaltenen öffentlichen Versammlungen für die 10 Forderungen des ADGB. haben überall eine starke Beteiligung der Gesamtarbeiterschaft gehabt. In dieser Frage weiter, auf die Gesamtarbeitermassen wirkend, werden wir dadurch Erfolge für unsere Sache aller Voraussetzung nach in größerem Maße zu verzeichnen haben.

Der Landagitation ist im Bezirk nicht die Aufmerksamkeit gewidmet worden, wie die Wichtigkeit dieser Frage erfordert. Es sind sowohl im bisherigen Bezirk Westliches Westfalen, als auch im Bezirk Niederrhein je ein Genosse mit der Landagitationsfrage beauftragt worden. In den Unterbezirken werden nunmehr aus den jeweiligen einzelnen Ortsverwaltungen Vertrauensleute zusammengefaßt, denen die Betätigung in der Landfrage übertragen wird. Diese Genossen werden zusammengeholt zu Konferenzen, wo ihnen die Wichtigkeit der Landagitation vor Augen geführt und durch Referate Material zur Betätigung in der Landfrage gegeben wird. Die in der Hauptsache in Frage kommenden, halb Land- und halb Industrieproletarier sind der Agitation sehr zugänglich, wenn klug an den Augenblicksnöten dieser Leute angefaßt wird. Das hier vorherrschende Kleinbauerntum, welches infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder einer Verelendung entgegen geht, ist auch für die Landagitation empfänglich. Die Anfangserfolge in einzelnen Unterbezirken zeigen, daß die Möglichkeit des Hineintragens unserer Ideen auf dem Lande sehr wohl gegeben ist.

Seit dem 20. März ist ein Frauensekretariat eingerichtet, wodurch die Frauenagitation erheblich gefördert worden ist. Es fanden während dieser Zeit zwei Frauenbezirkskonferenzen statt, in denen die organisatorischen und agitatorischen Aufgaben unter den Frauen besprochen wurden. Für den organisatorischen Aufbau fanden in verschiedenen Unterbezirken Frauenkonferenzen statt und sind jetzt in fast allen Unterbezirken und Ortsgruppen FAK. gebildet. Es fanden Diskussionsabende für die Frauen, Konferenzen und öffentliche Frauenversammlungen statt. Auch haben sich hier die Frauen sehr rege an der Bewegung für die weltliche Schule beteiligt und Schulstreiks geführt. Ebenso arbeiten sie in den Kommunistischen Kindergruppen mit.

In der letzten Zeit ist auch ein Rückgang der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen, was zum großen Teil auch auf die fortschreitende Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Es ist geplant, in der nächsten Zeit eine großzügige Propaganda unter den Frauen zu veranstalten, wo angeknüpft werden soll an alle persönlichen Nöte der Frauen. Hierbei soll auch versucht werden, unsere kommunistische Literatur und die „Kommunistin" zu verbreiten.

21. Bezirk (Mittelrhein).

Der größte Teil der USPD. im Bezirk Mittelrhein trat nach dem Vereinigungparteitag zur VKPD. über. Der demagogische Kampf der SPD. und Gewerkschaftsführer im Verein mit dem Zentrum half kräftig mit, die alle Tage stärker werdende junge VKPD. fest zusammen zu schweißen.

Die starke militärische Besetzung durch Engländer, Amerikaner, Franzosen und Belgier mit weißen und farbigen Truppen schaffte im Vergleich zum übrigen Deutschland im Rheinlande wirtschaftlich und politisch besondere Verhältnisse. Lohnstreitigkeiten in lebenswichtigen Betrieben z. B. wurden stets durch die Besatzungsbehörden auf Grund ihrer „Ordonanzen" im Interesse der Sicherheit der Besatzungstruppen verboten. Der im Februar ausgebrochene schwere Kampf in der chemischen Industrie um die Erhaltung des Achtstundentages endete trotz größter Opferwilligkeit und Tapferkeit durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie mit einer Niederlage, welcher dann die übliche Rache mit dauernder Aussperrung sämtlicher kommunistischer Arbeiter folgte. Im Saargebiet mit seiner ausgedehnten Montanindustrie standen die Arbeiter Anfang Juni im erbitterten Abwehrkampf gegen einschneidende Lohnreduzierungen, der ebenfalls durch die verräterische Haltung der Gewerkschaftsführer des DMV. und DBV. abgewürgt wurde und den Arbeitern viele Millionen Mark Lohnherabsetzung brachte. Durch diesen Kampf im Saargebiet hat unsere Partei sehr erfreulich an Zahl, Einfluß und Ansehen gewonnen und gute Fortschritte gemacht.

Unsere täglich vier bis acht Seiten stark erscheinende „Sozialistische Republik" hat durch die Spaltung einigen Abbruch erlitten, der aber durch mehrmalige Werbewochen wieder wett gemacht wurde. Wir sind im Begriff, unser Blatt im eigenen Haus mit eignen Maschinen herzustellen. Durch die dadurch eintretende technische Vervollkommnung und bessere redaktionelle Ausgestaltung rechnen wir mit einer bedeutenden Steigerung unserer Auflageziffer trotz der sehr starken bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse am Ort.

Die Frauenagitation entwickelt sich infolge des noch fast ungebrochenen Einflusses der katholischen Kirche sehr langsam. Bei der letzten Wahl zum preußischen Landtag 1921 stimmten in der Stadt Köln neben 40 000 Männern, 60 000 Frauen für das Zentrum. In Trier, Aachen, Köln, den vielen kleinbäuerlichen Gemeinden an der Mosel, Ahr, Nahe usw., die noch ohne jeden industriellen Einschlag sind, herrscht das Zentrum beinahe unbeschränkt durch seine kirchliche Kanzelpropaganda gegen uns. Die Kirchenaustrittbewegung ist deshalb hier noch gar nicht in Fluß gekommen. Die Bewegung für die freie Schule hat zu wiederholten Streiks von Arbeiterseite, noch viel mehr aber von zentrümlicher Seite geführt.

Die Gewerkschaftsbewegung hat durch die Tätigkeit des seit Ende April hier tätigen Gewerkschaftssekretärs eine kräftige Förderung erhalten. Der Kampf der Gewerkschaftsbürokratie setzt jetzt mit doppelter Wucht ein. Aus dem DEV. wurden schon eine ganze Anzahl unserer besten Genossen ausgeschlossen.

Im politischen Leben der Rheinlande spielten die am 20. Februar stattgefundenen Wahlen zum preußischen Landtag, zum Provinzial-Landtag in Düsseldorf und den Kreistagen eine große Rolle. Unser Genosse Dahlem-Köln wurde in den Landtag, die Genossen Mehlich und Knab-Köln, und Deppe-Alsdorf in den Provinzial-Landtag und zehn Genossen in die Kreistage gewählt.

Die Märzaktion fand im Bezirk Mittelrhein keinen Widerhall. Infolge der starken Ententebesatzung und verschiedener Umstände kam es hier nicht zur aktiven Beteiligung am Generalstreik. Die „Sozialistische Republik" wurde wegen „aufreizender Artikel" auf drei Tage verboten. Das durch die wüste Hetze des Zentrums und der Rechtssozialisten gegen uns aufgebrachte rheinische Proletariat ist durch die vielen Gefängnis- und Zuchthausstrafen gegen unsere Genossen allmählich zu einer gerechteren Würdigung unserer Taktik gekommen. Es bedarf aber noch riesiger Anstrengungen in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht, um der Partei die Massen zuzuführen, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf.

Der Bezirk Mittelrhein ist räumlich der größte von ganz Deutschland. Er umfaßt 7 000 000 Einwohner, die zum allergrößten Teil im Weinbau und Kleinlandwirtschaft tätig sind. Die stärksten Ortsgruppen, über die Hälfte unserer gesamten 140, befinden sich im industriell konzentrierten Saargebiet. Die Arbeiterschaft im Wurmrevier um Aachen und im Saargebiet steht uns durchaus freundlich gegenüber. Sie untersteht zwar noch sehr dem Klerus mit seinen sehr geschickt ausgebauten wirtschaftlichen, politischen und geselligen Organisationen. Bei einigermaßen entgegenkommender Hilfe der Gesamtorganisation für unsern Bezirk können außerordentlich gute Erfolge in verhältnismäßig kurzer Zeit geerntet werden, was bei dem Brückencharakter zwischen Ost und West unseres Gebietes sehr wichtig werden wird. Die Verbindungen mit Frankreich, Belgien, Luxemburg und Holland sind gute.

22. Bezirk (Hessen-Waldeck).

Bei der Spaltung der USPD. kamen etwa zwei Drittel der Mitglieder zur VKPD. Stärkere Gruppen des Spartakusbundes fanden sich in Hannoversch-Linden und Homberg, eine sehr schwache in Cassel selbst. Aufgabe der Bezirksleitung war es, ideologisch wie organisatorisch die Verschmelzung auf schnellstem Wege durchzuführen. Reibungen beider Gruppen waren hierbei nicht zu verzeichnen, doch blieb organisatorisch fast alles zu tun. Es wurden 11 Unterbezirke geschaffen, in denen sich 40 Ortsgruppen befanden. Das Zeitungsunternehmen, das ein ziemlich selbständiges Dasein führte, wurde unter die Kontrolle der Partei und auf die Grundlage einer geordneten Buchführung gestellt. In den Großbetrieben Cassels wurden Fraktionen gebildet und, wo das nicht möglich war, Vertrauensmänner eingesetzt. Eine Frauenbewegung existierte bei Beginn des Berichtsjahres nicht. Es wurden zunächst in die Bezirksleitung wie in die Unterbezirks- und Ortsvorstände Frauen delegiert und so ein Apparat für die Arbeit geschaffen. Der Broschürenvertrieb, der von Cassel aus zentralistisch organisiert wurde, machte gute Fortschritte. Die Agitation unter Kleinbauern wie Landarbeitern liegt noch darnieder. Doch wurden in die Unterbezirksleitungen allenthalben Landagitationsobmänner delegiert, die Hand in Hand mit der Bezirksleitung die Unterbezirke bearbeiten sollten. Bei der Landtagswahl bildete der Bezirk mit Hessen-Frankfurt zusammen einen Wahlkreis. Wenn es auch nicht gelang, weder in den Landtag noch in den Provinziallandtag Vertreter zu entsenden, so haben wir doch durch den Wahlkampf unsere Organisation gestärkt.

Nur in einigen Dörfern um Cassel hat die Partei Kommunalvertreter.

Anläßlich des Kommunistenprozesses in Cassel fand am 5. März eine große Demonstration der Gesamtarbeiterschaft statt, bei der nur kommunistische Redner sprachen.

23. Bezirk (Hessen-Frankfurt).

Die Vereinigung hatte nicht den Mitgliederzuwachs gebracht, der nach der Abstimmung in der U.S.P. anzunehmen war, so daß festgestellt werden mußte, daß ein großer Teil die Spaltung als Mittel zum Zweck benutzte und der Organisation den Rücken kehrte, ein anderer Teil eine abwartende Haltung einnahm. Die Wahlen zum preußischen Landtag, zu den Kommunallandtagen und den Kreistagen wurden in über 300 Versammlungen benutzt, um die Massen für den Kommunismus zu gewinnen. Als Abgeordneter für den Landtag wurde der Genosse Schubert gewählt, der zugunsten des in Haft befindlichen Genossen Knoth zurücktrat. In den Kommunallandtagen Cassel und Wiesbaden haben wir je zwei Genossen, ebenso im Provinziallandtag. In die Kreistage Hanau, Wiesbaden und Höchst sind ebenfalls Genossen gewählt worden. Auch nach den Wahlen setzte die Versammlungstätigkeit erneut dort ein, wo wir Stimmen, aber keine Mitglieder hatten. Besonders erschwert ist die Tätigkeit im besetzten Gebiet, wo von der französischen Behörde verschiedene Verhaftungen vorgenommen und ganz empfindliche Geld- und Gefängnisstrafen verhängt worden sind.

Bei der Märzaktion war es im Bezirk nicht möglich, trotz aller Versammlungen, trotz Propaganda in der Presse, die Arbeiterschaft in Bewegung zu bringen. In einem Flugblatt wurde am Ostersonntag die Arbeiterschaft Frankfurts zu einer Demonstration auf dem Opernplatz aufgerufen, wo die Parole Generalstreik ausgegeben wurde. Die Demonstration war, trotz der Gegenaktion des mehrheitssozialistischen Polizeipräsidenten Ehrler, der die Flugblattverteiler verhaften ließ, von zirka tausend Personen besucht. In Darmstadt wurde der gesamte Vorstand verhaftet. In einer Sitzung der Betriebsräte und Obleute, die sehr schlecht besucht war, wurde beschlossen, am Dienstag in allen Betrieben die von der Bezirksleitung gegebene Parole zum Generalstreik zur Durchführung zu bringen. Alle Versuche der Bezirksleitung, durch Versammlungen in den Betrieben, auf der Straße und in der Presse die Massen in Bewegung zu bringen, schlugen fehl. Zu den Flugblättern der Zentrale hat der Bezirk noch weitere vier herausgegeben. Nachdem die Aktion beendigt, setzte im Bezirk die Auseinandersetzung über die Aktion ein, trotzdem vorher völlige Einmütigkeit herrschte. Auf dem Bezirksparteitag, der am 24. April stattfand, entschied sich die Mehrheit für die Zentrale.

Eine von der U.S.P.D., Zentrum und Demokraten einberufene Versammlung auf dem Römerberg zur Oberschlesienhilfe benutzten unsere Genossen zur Gegenaktion, wobei die Sipo eingriff, unsere Anhänger verprügelte und verschiedene Genossen verhaftete, darunter die Genossen Knoth und Schönlank. Der Bezirk umfaßt zurzeit 15 Unterbezirke mit 194 Ortsgruppen.

24. Bezirk (Pfalz).

Die Genossen der K.P.D. und der U.S.P.D. hatten sich in unserem Bezirk schon ortsgruppenweise verschmolzen, als der Bezirksparteitag stattfand. Die ersten Monate im Jahre 1921 wurde voll den Organisationsarbeiten gewidmet. 80 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten. Auf Veranlassung der Zentrale wurde am 1. März ein Bezirkssekretariat in Ludwigshafen errichtet. Die organisatorischen Arbeiten beschränkten sich zum größten Teil auf Bildung von Fraktionen, Frauenkommissionen und Jugendorganisationen. Die dazu nötigen Konferenzen haben stattgefunden. Während der Märzaktion haben wir uns dem Bezirk Baden angeschlossen und mit diesem gemeinsam gehandelt. Wir hatten im Bezirk zwei Tote und

einen Verwundeten zu beklagen. Acht Protestversammlungen mit einem eintägigen Generalstreik gegen Klassenjustiz, Brandler-Prozeß und Gareis-Mord wurden veranstaltet.

25. Bezirk (Baden).

Als wir in der V.K.P.D. unsere Tätigkeit begannen, war ein Ueberblick über den Stand der neugeschaffenen Parteiorganisation sehr schwierig. Ein großer Teil der U.S.P.-Mitglieder, die sich für Moskau entschieden hatten, haben den Weg in unsere Partei nicht angetreten. Der linke Flügel der U.S.P. entbehrte in den maßgebenden Orten einer energischen und zielbewußten Führung, so daß er nicht den erforderlichen Einfluß auszuüben vermochte. Dazu kam, daß die neue Bezirksleitung erst zu Anfang des Jahres ihre Tätigkeit aufnehmen konnte, was in organisatorischer Hinsicht sich unangenehm auswirken mußte, da in Mittel- und Unterbaden der linke Flügel der U.S.P. nicht im geringsten zusammengefaßt war. Die U.S.P. spielt heute in Baden eine kaum nennenswerte Rolle. Im allgemeinen muß bei der Beurteilung unserer Parteistärke beachtet werden, daß wir zum größten Teil eine kleinbürgerliche Bevölkerungsschicht in Baden haben, und nur wenige Orte vorhanden sind, die Industrie aufzuweisen haben.

Unser Bezirk mit seinen 8 Unterbezirken ist in 96 Ortsgruppen eingeteilt, die seit dem 1. Juli in 3 Sekretariatskreise mit je einem besoldeten Sekretär zusammengefaßt sind.

Um die Organisation zu heben und die Zusammengehörigkeit der Ortsgruppen untereinander zu fördern, wurden insgesamt 22 Unterbezirksversammlungen und 90 Funktionär- und Referentenkonferenzen sowie zwei Unterbezirksleiterkonferenzen abgehalten. Der Bezirksausschuß hat zweimal getagt, während die Bezirksleitung in der Regel wöchentlich eine Sitzung abgehalten hat. Nach den vorliegenden Angaben haben insgesamt 350 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Davon waren: 60 Demonstrationsversammlungen, 30 Gewerkschaftsversammlungen, 21 Frauenversammlungen, 32 Bauernversammlungen und 20 Jugendversammlungen. In diesen Versammlungen wurde zu allen auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen Stellung genommen.

Der Offene Brief gab unseren Ortsgruppen reichlich Gelegenheit, sowohl in öffentlichen Versammlungen als auch in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen die Aufgaben des Proletariats zu präzisieren. In über 60 Versammlungen haben unsere Genossen über den Offenen Brief gesprochen und nicht selten die große Mehrheit der Anwesenden von der Notwendigkeit des Kampfes für unsere Forderungen überzeugen können.

Die Kämpfe in Mitteldeutschland haben auch in den Reihen unserer Genossen lebhaften Anteil wachgerufen. In 30 Orten haben öffentliche Versammlungen bzw. Demonstrationen in der Woche nach Ostern stattgefunden. In Mannheim und in Karlsruhe kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, da der sozialdemokratische Minister Remmele die Demonstrationen verboten hatte. In Mannheim gab es 4 Tote und 6 Verwundete, wovon einer bald im Krankenhause seinen Verletzungen erlegen ist. Drei befinden sich heute noch dort. In Karlsruhe gab es 2 Tote und 7 Verwundete. In verschiedenen Ortsgruppen wurden eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen, und nach längerer oder kürzerer Frist die Verhafteten wieder freigelassen. Auch sind eine Reihe von Anklagen erhoben worden wegen Hochverrats, Landfriedensbruchs und Aufreizung zum Klassenhaß sowie wegen Verteilung von Flugblättern. In Mannheim sind bereits vier Teilnehmer der Demonstration wegen Aufruhr zu Gefängnis-

strafen von 6, 10, 9 und 6 Monaten verurteilt worden. In Karlsruhe standen 15 Demonstranten vor den Schranken des Gerichts, davon mußten 6 mangels Beweisen freigesprochen werden, die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 6 und 2 Monaten bzw. 1 Woche verurteilt. Ferner wurden bereits einige Geldstrafen wegen Verteilung von Flugblättern verhängt. Weitere Gerichtsverhandlungen stehen in Aussicht.

Abgesehen von verschiedenen Austritten, hat die Märzaktion in unserem Bezirk die Organisation gefestigt und die Notwendigkeit einer straffen Disziplin sowie vermehrtes Verständnis für eine gut ausgebaute Organisation stark geweckt.

Unserem Rufe, gegen das Wüten der Sondergerichte und gegen die Meuchelmordregierung zu demonstrieren, haben 30 Ortsgruppen Folge geleistet. An verschiedenen Orten wurden die Versammlungen und Demonstrationen gemeinsam mit den übrigen Parteien, teils mit dem Gewerkschaftskartell durchgeführt.

Die Bezirksleitung ist bemüht gewesen, nach Kräften das geistige Leben der Mitglieder zu heben. Schon im Januar haben wir den Unterbezirksleitungen Anregungen zu Bildungskursen gegeben und sind von Zeit zu Zeit wiederholt mit Anregungen zur Förderung des Bildungswesens an die Ortsgruppen und Unterbezirksleitungen herangetreten. Drei Unterbezirken konnten wir einen von der Zentrale zugewiesenen Wanderlehrer für einen vierwöchigen Kursus zur Verfügung stellen. In einigen Unterbezirken sind unter Leitung ansässiger Genossen Bildungsabende eingerichtet worden.

Am 1. Januar wurde das Erscheinen der dreimal wöchentlich herausgegebenen, in Mannheim gedruckten „Roten Fahne" eingestellt und von diesem Zeitpunkt ab diese als Kopfblatt des in Stuttgart täglich erscheinenden „Kommunist" bezogen. Die Erwartungen, die an diese Neuordnung geknüpft wurden, haben sich leider nicht erfüllt. Eine Reihe Umstände technischer und redaktioneller Natur haben sich herausgestellt, die eine Entwicklung des neuen Preßunternehmens hemmten. Zurzeit sind Bestrebungen im Gange, die es ermöglichen sollen, in absehbarer Zeit den Druck der „Roten Fahne" wieder nach Mannheim zu verlegen, was ohne Zweifel in einem Aufstieg der Abonnentenzahl und einer Ausdehnung des Inseratengeschäftes sich auswirken wird. Nicht zuletzt auch unsere Organisation würde durch diese Umstellung einen frischen Impuls erhalten.

Mit der Frauenbewegung können wir trotz aller Berücksichtigung der Verhältnisse in unserem Bezirk nicht zufrieden sein. Ueber Pfingsten fand eine Bezirks-Frauenkonferenz statt, die nicht so besucht war, wie es wünschenswert gewesen wäre. Trotzdem aber wurde sehr ersprießliche Arbeit geleistet. Jedenfalls sind die Teilnehmer dieser Konferenz mit neuer Kraft und größerem Elan an die mühevolle Arbeit gegangen.

Wir gaben uns Mühe, die Aufklärung unter der vorwiegend kleinbäuerlichen Bevölkerung zu betreiben. Leider mangelt es hier besonders an geeigneten Kräften. Um diesem Mangel etwas abzuhelfen, haben wir drei Kurse über die Agrarfrage abhalten lassen, die ziemlich gut besucht waren. Großen Wert legten wir auf die sonntäglichen Landtouren, die auch von einzelnen Ortsgruppen systematisch durchgeführt werden. Es haben insgesamt 32 spezielle Bauernversammlungen stattgefunden. Die Landarbeiterbewegung tritt in unserem Bezirk nichts groß in Erscheinung, da nur vereinzelte größere Landgüter in Frage kommen. Die Mitglieder des Landarbeiterverbandes setzen sich in unserem Bezirk hauptsächlich zusammen aus den von Staat und Gemeinde beschäftigten land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern.

Unser Einfluß in den Gewerkschaften kommt, in Zahlen ausgedrückt, wie folgt zum Ausdruck: In 25 Ortsgruppen haben wir 39 Genossen im Vorstand des Gewerkschaftskartells, in 49 Ortsgruppen haben wir 252 Kartelldelegierte, in 39 Ortsgruppen 110 Genossen in den Vorständen der einzelnen Gewerkschaftsverbände, in 47 Ortsgruppen haben wir 244 Genossen als gewerkschaftliche Vertrauensleute und in 7 Ortsgruppen 8 Genossen, die Angestellte eines Verbandes sind, in 58 Ortsgruppen haben wir 285 Betriebsräte, davon sind 12 in der örtlichen Betriebsrätezentrale. In einigen Ortsgruppen haben wir im Gewerkschaftskartell die Mehrheit. Die Fraktionsbildung ist noch nicht lückenlos durchgeführt; wir haben in 45 Ortsgruppen 185 Fraktionen bzw. Vertrauensleute. Um die Arbeit in den Gewerkschaften einheitlich zu gestalten, hat eine Bezirkskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftler stattgefunden, ferner eine Konferenz der Metallarbeiter, Eisenbahner, Bauarbeiter, Bekleidungsindustrie. Mit Befriedigung konnte an allen diesen Konferenzen festgestellt werden, daß ein einheitlicher Zug durch die Tätigkeit unserer Genossen in den Gewerkschaften hindurchgeht.

Der Einfluß unserer Partei auf dem Gebiet der Kommunalpolitik kommt zahlenmäßig folgendermaßen zum Ausdruck: In 3 Ortsgruppen haben wir 5 Stadträte und in 7 Ortsgruppen 34 Stadtverordnete; in einer Ortsgruppe haben wir einen Genossen als Bürgermeister. In 20 Ortsgruppen haben wir 25 Genossen als Gemeinderäte, und in 53 Ortsgruppen 185 Genossen als Bürgerausschußmitglieder. Um die Arbeit dieser Genossen entsprechend unseren Grundsätzen zu beeinflussen, haben wir eine Bezirkskonferenz der kommunistischen Gemeindevertreter einberufen und sämtlichen Genossen die Richtlinien zugestellt. Im Badischen Landtag hat unsere Partei wie auch die U.S.P. keine Vertretung. In diesem Herbst finden die Landtagswahlen statt, und dürften hierbei unserer Partei einige Mandate zufallen.

Der wirtschaftlichen Struktur unseres Bezirkes entsprechend und der Art der Produktion gemäß, war bisher die Zahl der Arbeitslosen verhältnismäßig gering. Erst in den letzten Wochen der Berichtsperiode hat auch in unserem Bezirk die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter stark zugenommen. Der Einfluß unserer Partei in dieser Bewegung nimmt dank der erbärmlichen Taktik der Gewerkschaftsbonzen immer mehr zu.

Seit dem bald zweijährigen Bestehen unserer Bücherei haben wir zum ersten Male von einer Verminderung des Umsatzes zu berichten. Und dies, obwohl unsere Verbreitungsmöglichkeit seit der Verschmelzung sich vergrößert hat. Wir werden mit aller Energie uns einsetzen, um die früheren Umsatzziffern wieder zu erreichen.

26. Bezirk (Württemberg).

Schon einige Wochen vor dem Vereinigungsparteitag bestand in Württemberg zwischen dem Spartakusbund und dem linken Flügel der U.S.P. ein enges Kartellverhältnis. Trotzdem die württembergische U.S.P. eine Domäne Crispiens war, hatten die U.S.P.-Genossen nach dem Leipziger Parteitag die Klärung in ihren Reihen so weit vorangetrieben, daß fast ausnahmslos die württembergische U.S.P. sich zum linken Flügel bekannte. Auf dem Landesparteitag am 3. Oktober, der Stellung zum Hallenser Parteitag nehmen sollte, erfolgte die Spaltung zwischen dem rechten und dem linken Flügel. Seit dieser Zeit wurden alle politschen Fragen im engsten Einvernehmen zwischen dem Spartakusbund und der linken U.S.P. behandelt. Nach dem Gründungsparteitag der V.K.P.D. lag naturgemäß

das Schwergewicht der Parteiarbeit in der Organisierung. Es galt, die vielen Ortsgruppen im Lande unter eine Leitung zu bringen. Mit ganz geringen Ausnahmen erfolgte die Verschmelzung beider Parteien reibungslos.

Daß die neue Partei ein wichtiger politischer Faktor in Württemberg geworden war, beweist die Aktion des „Offenen Briefes". Trotzdem diese Bewgeung über die Propaganda nicht hinaus kam, hat die Taktik des „Offenen Briefes" uns doch große Sympathie bei der gesamten Arbeiterschaft verschafft. Die Taktik des „Offenen Briefes" schuf uns auch einen sehr guten Boden innerhalb der Gewerkschaften. Dieselbe Einstellung, die dem „Offenen Brief" zugrunde lag, liegt den bekannten fünf Forderungen des Stuttgarter Metallarbeiterverbandes zugrunde. Diese Forderungen wurden schon vor dem „Offenen Brief" propagiert, und die Partei hatte sich im Bezirk sehr dafür engagiert.

In dieser Zeit fanden in Stuttgart, Eßlingen, Schwenningen und Backnang Straßendemonstrationen statt. Die V.K.P. hatte aus Anlaß der Flensburger Vorgänge und des Wütens der weißen Justiz in Württemberg die Arbeiterschaft zu Protestkundgebungen aufgerufen.

Die Märzaktion löste in Württemberg keine Massenbewegung aus. Trotzdem die Bezirksleitung alles tat, die württembergische Arbeiterschaft zu veranlassen, der mitteldeutschen Arbeiterschaft im Kampfe beizustehen, blieb die Bewegung auf Versammlungen und Straßenkundgebungen beschränkt. Die Ursachen liegen darin, daß im Stuttgarter Industriegebiet durch den vorjährigen Generalstreik im Herbst, den sogenannten Steuerstreik, der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft aus den Großbetrieben geworfen wurde. Der Großbetrieb Bosch hatte zu Ostern auf vierzehn Tage geschlossen, und in der Metallindustrie wurde zum großen Teil wochenlang verkürzt gearbeitet.

Am 29. März wurde die gesamte Bezirksleitung bei einer Sitzung von der Polizei überrascht. Ein großes Aufgebot von Polizeisoldaten hatte das Sitzungslokal umstellt und die Genossen verhaftet. In Ravensburg wurde auch eine ganze Anzahl von Parteigenossen verhaftet. Nach wochenlanger Haft wurde gegen die Genossen ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Während der Märzbewegung wurde unser Organ „Der Kommunist" verboten und durch Herausnahme von Maschinenteilen der Druckereibetrieb unbrauchbar gemacht. Gegen die verantwortlichen Redakteure wurde wiederholt vom Staatsanwalt Anklage wegen Hochverrats erhoben. Wie in Bayern, so wollte auch in Württemberg die Reaktion die kommunistische Tageszeitung gänzlich unterdrücken; ist doch „Der Kommunist" das einzige in Süddeutschland erscheinende kommunistische Organ. Ein wahres Kesseltreiben veranstaltete der Innenminister Graf gegen unsere Zeitung. „Der Kommunist" wurde einen Monat lang unter Zensur gestellt und später nochmals durch Unbrauchbarmachung der Druckmaschinen eine ganze Woche lang verboten. In Demonstrationen, öffentlichen und Betriebsversammlungen protestierten Arbeiter aller Parteien gegen die Unterdrückung des „Kommunist". In dieser Zeit wurde in München der Unabhängige Gareis ermordet. In Stuttgart rief die Partei zu Straßendemonstrationen auf, und in den größeren Orten des Landes fanden auf Initiative unserer Genossen gemeinsame Kundgebungen aller Arbeiterorganisationen statt.

Im württembergischen Landtag ist unsere Partei durch sechs Genossen vertreten. Bei der Beratung von wichtigen Fragen für die Arbeiterschaft versuchen wir auch immer außerhalb des Parlaments, die Massen in Bewegung zu setzen.

In Stuttgart, Cannstatt und Eßlingen bestehen Mietervereine mit ziemlich starker Mitgliederzahl. In diesen Mietervereinen haben wir zum Teil nennenswerten Einfluß. Verschiedene Mieterversammlungen, die in letzter Zeit stattfanden, wurden durch die V.K.P. beherrscht. Um die Bewegung auf eine breitere Basis zu stellen, fordern wir die Bildung von Aktionsausschüssen.

Der Frauenbewegung fehlt es vor allen Dingen an Kräften. Seit dem Vereinigungsparteitag fanden 26 öffentliche Frauenversammlungen im Lande statt. Auf dem letzten Bezirks-Frauentag wurde ein Frauenausschuß für das ganze Land gewählt.

In den großer Verbänden, vorwiegend Metall-, Holz- und Lederindustrie, dem Baugewerbe, ist die Fraktionsbildung und ihre Zusammenfassung im ganzen Bezirk gut durchgeführt. Die anderen Industriegruppen konzentrieren sich momentan noch auf die wichtigen Industriezentren Stuttgarts und Eßlingen. In letzter Zeit macht sich dann noch eine Bewegung bemerkbar, die verlangt, man solle den Kampf in den Gewerkschaften aufgeben und aus den Gewerkschaften austreten. Allen diesen sich zeigenden Tendenzen haben wir entgegengewirkt. Einmal durch Abhaltung von Kursen im Monat März für die Gewerkschaftsfunktionäre und durch wiederholte Konferenzen an allen Orten, wo die K.A.P.-Krankheit sich zeigt. Gewerkschaftsangestellte haben wir 26 im Bezirk, die sich zur V.K.P. bekennen, und zwar 15 Metallarbeiter, 3 Textilarbeiter, 2 Eisenbahner, 1 Transportarbeiter, Buchbinder, Bauarbeiter und 1 Angestellter eines Gewerkschaftskartells. Für 14 Industriegruppen bestehen Obleute, die mit dem Bezirkssekretär für die Gewerkschaftsarbeit die Bezirksleitung bilden.

Die letzten Wahlen zu den Gemeindeparlamenten brachten der damaligen U.S.P. eine starke Mandatszahl. Der Spartakusbund hatte sich nicht an diesen Wahlen beteiligt. Ein großer Teil unserer Gemeinderäte kennt sich auf dem Gebiet der kommunistischen Kommunalpolitik noch nicht aus, sie treiben zum Teil noch ihre alte sozialdemokratische Politik. In 62 Orten sind 123 Gemeinderäte tätig. In Pforzheim 2 Stadträte und 9 Stadtverordnete. Für den ganzen Bezirk fand am 31. Januar eine Gemeindevertreterkonferenz statt. Wir hatten uns zur Aufgabe gestellt, unseren Genossen Klarheit auf dem Gebiete der Kommunalpolitik zu bringen.

Das Genossenschaftswesen ist in Württemberg weitverbreitet. Unser Einfluß ist jedoch noch sehr gering. In 20 Orten sind 36 Kommunisten als Aufsichtsräte tätig. Die Bildung von kommunistischen Fraktionen in den Konsumvereinen ist im Gange. In jeder Kreisleitung ist ein Genosse verpflichtet worden, die Konsumgenossenschaften zu bearbeiten.

Die kommunistische Agitation auf dem Lande hat auch dieses Jahr gute Erfolge gezeitigt. In Württemberg-Hohenzollern wurden seit dem Vereinigungsparteitag 105 Versammlungen abgehalten, die durchweg gut besucht waren. In Württemberg gibt es zwei politische Bauernparteien, der Bauernbund unter Führung Körners und der Schwäbische Bauernverein, der die katholischen Bauern umfaßt. Beide Vereine bekämpfen sich auf die gehässigste Weise. Durch unsere Agitation haben wir in der Hochburg des katholischen Bauernvereins sehr viel dazu beigetragen, daß der Einfluß Körners sehr im Schwinden begriffen ist. In den Kreisen Ravensburg, Ulm und Biberach fanden Bezirksbauernversammlungen statt. In Isny war eine solche Versammlung von 700 Bauern besucht. Trotz eifriger Gegenpropaganda war die Versammlung ein einziges Bekenntnis zu unserer kommunistischen Agrarpolitik.

„Der Kommunist" ist das Parteiorgan des Bezirks. Durch die ungeheuren Schikanen der Regierung hat der Abonnentenstand sehr gelitten. Die Zeitung wurde im November zweimal, im Januar einmal, im März sechsmal, im April einmal und im Mai fünfzehnmal beschlagnahmt. Durch Unbrauchbarmachung der Maschinen wurde der „Kommunist" vom 29. März bis 13. April und vom 15. Juni bis 22. Juni 1921 verboten. Die Zensur wütete vom 27. Mai bis 22. Juni. Zurzeit schweben 35 Prozesse gegen die Redakteure, vom einfachsten Pressevergehen bis zum Hochverrat. Außer verschiedenen speziellen Flugblättern wurden im Bezirk im ganzen 21 Flugblätter mit einer Gesamtauflage von 1 700 000 Stück verbreitet.

Die Organisation des Bezirks Württemberg gliedert sich in 15 Kreise (Unterbezirke) mit 180 Ortsgruppen. Die Ortsgruppenausschüsse der Kreisvororte bilden zugleich die Kreisausschüsse. Die Versammlungstätigkeit war eine überaus rege. Allein vom Bezirkssekretariat wurden 240 öffentliche Versammlungen abgehalten, doch sind von den einzelnen Kreisen mindestens noch einmal soviel veranstaltet worden. Das Zehnersystem ist im ganzen Lande eingeführt, doch können wir uns noch kein Urteil über den Erfolg der neuen Organisationsform bilden. Seit der Vereinigung fanden im Bezirk zwei Bezirksparteitage statt. Die Kreiskonferenzen, die sehr oft stattfinden, führen einen innigen Kontakt mit der Bezirksleitung herbei.

27. Bezirk (Nordbayern).

Als sich in den Herbsttagen 1920 die Geister innerhalb der U.S.P. schieden, als es galt, für oder gegen Moskau zu votieren, und als die 21 Punkte keine platonische Liebeserklärung zuließen, sondern eine klare, eindeutige Antwort forderten, da entschied sich auch der weitaus größte Teil der U.S.P.-Arbeiter Nordbayerns für Moskau. Freilich, den „führenden Geistern" der bayerischen U.S.P. paßte diese Schwenkung der Massen nicht, und da sie unglücklicherweise von vier bayerischen U.S.P.-Zeitungen drei an sich reißen konnten, so entfalteten sie eine beispiellos verlogene Hetze gegen die „Moskowiter". Besonders die Gewerkschaftszersplitterung spielte in dieser Verhetzung eine große Rolle, und da unsere Genossen monatelang keine Ersatzzeitung hatten, im Gegenteil, auf Grund von Monatsabonnements noch an diese Menschewistenblätter gebunden waren, so gelang es diesen, eine heillose Verwirrung in die Reihen der weniger klarsehenden Genossen hineinzutragen. Endlich, ab 1. Dezember, gelang es uns, für Nordbayern den Augsburger „Volkswillen" einzuführen. Die guten Folgen zeigten sich bald: es gelang uns sehr rasch, wieder Ordnung in unsere Reihen zu bringen. Freilich, die Herrlichkeit dauerte nicht lange. Wiederholt wurde die Zeitung beschlagnahmt, und endlich, am 13. Januar, ganz verboten. Wieder standen wir vor dem Nichts. Und dies in einer Zeit, die jeden Tag neue Probleme aufwarf. Nun gaben wir eine Zeitlang sogenannte Mitteilungsblätter heraus. Aber ganz abgesehen von der Unzulänglichkeit dieser nur wöchentlich erscheinenden Blätter, waren diese auch sehr teuer und verursachten eine starke Belastung unserer Genossen. Einige Ortsgruppen versuchten es mit dem Bezug außerbayerischer Zeitungen, Stuttgarter „Kommunist", Karlsruher „Rote Fahne", auch mitteldeutsche Parteiblätter wurden behelfsmäßig bezogen. Endlich, ab 1. März, bekamen wir für unseren Bezirk den „Weckruf". Derselbe mußte in einer außerbayerischen Druckerei hergestellt werden, da kein Drucker es wagte, in der bayerischen Ordnungszelle den Druck zu übernehmen. Daß wir während dieser schweren Zeit nichts unversucht ließen, durch Versammlungs- und Betriebsagitation unsere Sache zu fördern, ist selbstverständlich.

Da kamen die Ereignisse in Mitteldeutschland. Die Stärke der bayerischen Reaktion und die Schwäche unserer eigenen Position verboten es uns, den mitteldeutschen Genossen wirksame Hilfe zu gewähren. Proteste in Zeitungen und Versammlungen waren das einzige, was wir tun konnten. Aber das genügte der Kahr-Regierung durchaus, um nun erst recht mit allen Mitteln kapitalistischer „Demokratie" gegen uns zu wüten. Der „Weckruf" wurde am 27. März verboten, ebenso die in kurzer Reihenfolge erscheinende „Rote Fahne", „Fränkische Volkstribüne", „Nordbayerische Arbeiterzeitung" und „Der Kommunist". Daß es dabei nicht an Strafbefehlen und Prozessen fehlte, nur nebenbei. Dazu gab es fortwährend Haussuchungen und Beschlagnahmungen von Flugblättern, deren Zahl in viele Hunderttausende geht. Das Schlimmste aber ist das vollständige Verbot jeder kommunistischen Versammlung in Bayern. Seit mehr denn einem Vierteljahr durfte legal weder eine Mitgliederversammlung noch eine öffentliche Versammlung abgehalten werden. Nur über S.P.D.- oder U.S.P.-Versammlungen können wir zu den Arbeitern reden, dabei werden wir von diesen Menschewisten noch viel wütender verfolgt und begeifert, wie von Kahr selbst. Sie benutzen unsere vollständige Wehrlosigkeit infolge Versammlungs- und Presseverbot zu einer unerhörten Hetze gegen uns. Und trotzdem ist unsere Bewegung nach einem begreiflichen Rückgang wieder im Erstarken begriffen. Wir haben rund 60 Ortsgruppen.

Dabei ist in Wirklichkeit der Einfluß unserer Partei in vielen Orten und Betrieben viel größer als unsere zahlenmäßige Stärke. Die Arbeiter fühlen instinktiv die Berechtigung unserer Bewegung und fassen Vertrauen zu ihr. Dies zeigt sich am besten in der gewerkschaftlichen Tätigkeit unserer Genossen, wo diese selbst in Betrieben mit starken menschewistischen Mehrheiten zu Betriebsräten und sonstigen Vertretungen gewählt werden. Die Fraktionsbildungen in den Betrieben sind besonders in einzelnen Industrien, wie Glas- und Metallindustrie, gut durchgeführt. Auch gelang es uns sehr oft in Kartellen und Gewerkschaftsversammlungen, die Annahme der Forderungen des „Offenen Briefes" zu erwirken, auch die zehn Forderungen des A.D.G.B. wurden auf unser Drängen immer wieder diskutiert und neu gefordert. Dabei darf nicht vergessen werden, daß uns auch jede gewerkschaftliche Tätigkeit, wie Fraktionssitzungen und dergleichen, verboten ist. Weniger erfolgreich war unsere Tätigkeit bisher leider in der Frauen- und Genossenschaftsbewegung.

Alles in allem genommen, sehen die nordbayerischen Genossen trotz aller Verfolgungen, trotz Mangels jeglicher Presse und trotz Versammlungsverbot der kommenden Zeit mit froher Hoffnung entgegen. Die Zeit und Herr Kahr arbeiten letzten Endes doch für uns.

28. Bezirk (Südbayern).

Nach dem Verschmelzungsparteitag ging die Vereinigung der Kommunisten und der linken USP. nach Ueberwindung geringer Schwierigkeiten glatt von statten. Die Agitations- und Organisationsarbeit, die während der Verschmelzungskampagne geleistet wurde, fing bereits an ihre Früchte zu tragen und es schien, als ob sich der Bezirk, der nach der Rätezeit schwer daniederlag, bald wieder erholen würde und die kommunistische Partei Südbayerns ein wesentlicher Faktor in der proletarischen Bewegung werden würde.

Es ist bekannt, daß Südbayern der Hort der deutschen Reaktion ist und die Kahr-Böhner-Regierung mit allen nur denkbaren Rücksichtslosigkeiten und Brutalitäten gegen die Kommunisten vorgeht, die Orgesch und die übrigen illegalen Organisationen der Weißgardisten in Bayern ganz öffentlich die Herrschaft ausüben. In diesen weißgardistischen Organisationen zeigten sich starke nationalbolschewistische Tendenzen, denen die Bezirksleitung und die Genossen Graf und Thomas leider zum Opfer fielen. Das war der erste schwere Schlag für den Bezirk. Die rücksichtslose Verfolgung durch die Reaktion machte die Herausgabe unserer Zeitungen unmöglich und setzte die Verteilung von kommunistischer Literatur unter schwere Strafen. Es sei nur erwähnt, daß selbst die Verteilung des Offenen Briefes der VKPD. mit 8 Tagen Gefängnis bestraft wurde.

An die Märzaktion konnte sich der Bezirk nicht aktiv beteiligen. Einige Handlungen übereifriger Genossen brachten eine erneute Schädigung des Bezirks. Inzwischen war auch der Abgeordnete Wendlin Thomas verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Es kam die Ermordung des unabhängigen Abgeordneten Gareis, und es schien, daß eine allgemeine proletarische Aktion durchgeführt werden könne. Die Bezirksorganisation war leider viel zu schwach, als daß sie selbständig in diese Aktion eintreten konnte. Andere Arbeiterparteien versagten völlig, da sie sich lediglich auf einen dreitägigen Demonstrationsstreik einließen, der aber noch nicht einmal durchgeführt wurde. In den Hauptorten beteiligten sich noch nicht einmal 50 Prozent der Arbeiter und in zahlreichen Orten traten die Arbeiter überhaupt nicht in die Bewegung ein.

Die Parteiarbeit ist außerordentlich erschwert, durch die Unmöglichkeit, Versammlungen abzuhalten. Die Bezirkstage wurden durch die Polizei gesprengt, trotzdem solche außerhalb Bayerns, z. B. in Württemberg abgehalten wurden. So ist der Bezirk Südbayern angewiesen, lediglich illegal für die kommunistische Bewegung in Bayern zu arbeiten. Die Folge davon ist, daß sich bis jetzt nur die mutigsten Arbeiter der Partei anschlossen. Aber es zeigt sich, daß doch eine allgemeine Festigung und ein langsames Wachsen der Bewegung in Südbayern offensichtlich ist.